

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 4.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 28 Pf., frei ins Ausland. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Mittwoch außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 19. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 60 Pfg., für vollständige und gemeinschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Partei- und Gewerkschaftsgenossen!

## Demonstriert am Sonntag vormittag durch den Besuch der Friedenskundgebung für den Völkerfrieden, gegen die Kriegshege!

### Die Entscheidung.

Nürnberg, 18. September, 4.30 nachm.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der heutige Vormittag hat die Entscheidung in der Frage der Budgetbewilligung gebracht. Sie ist so ausgefallen, wie das nach dem Verlauf der Debatten zu erwarten war.

Zur Abstimmung standen im wesentlichen zwei Resolutionen, die Frohmes und die des Parteivorstandes. Die Resolution Frohmes wollte vermitteln, den süddeutschen Genossen eine ungewisse Willenskundgebung des Parteitagess ersparen. Sie begnügte sich mit der Bestätigung der Lübecker Resolution und forderte für künftige Fälle einer Budgetzustimmung eine vorhergehende Verständigung zwischen Fraktion, Landesvertretung und Parteivorstand. Diese Resolution wurde mit 217 gegen 160 Stimmen abgelehnt. Daß sie die beträchtliche Zahl von 160 Stimmen auf sich vereinigte, kam daher, daß eine Anzahl Genossen aus Besorgnis, durch die Rebellion der süddeutschen Genossen könnten schwere Parteivirnisse entstehen, für dieses unzulängliche Kompromiß stimmten.

So sehr die Sorge dieser Genossen um die äußere Einheit und Geschlossenheit begreiflich ist, so erfreulich ist es doch, daß die Kompromißresolution Frohmes nicht angenommen wurde. Denn ihre Annahme hätte nur neuen Verwirrungs- und Verdunkelungsbestrebungen Vorschub leisten können. Zunächst wäre es nicht zum klaren Ausdruck gekommen, daß die große Mehrheit der Parteidelegierten der Auffassung ist, daß sich die Abstimmung in Bayern, Württemberg und Baden mit dem Lübecker Beschluß nicht in Einklang bringen läßt. Zweitens wäre der Satz, daß die Resolution den Beschluß des Lübecker Parteitages bestätigt, dadurch entwertet worden, daß auch jene süddeutschen Genossen für sie stimmten, die während der letzten beiden Tage so oft emphatisch erklärt hatten, für sie sei die Frage der Budgetbewilligung keine aus den Grundfragen des sozialistischen Klassenkampfes hergeleitete, sondern nur eine „taktische“, eine „reine Zweckmäßigkeitsfrage“. Der Satz „der Parteitag bestätigt die Lübecker Resolution“, wäre also eine wächserne Nase geworden, die sich jeder nach seinem Guldünken zurechtgerichtet hätte. Das bewies klassisch die Auslegung der Lübecker Resolution selbst durch die Budgetbewilliger!

Endlich war es, wie Genosse Ebert in seinem ruhigen und sachlichen, in Form wie Inhalt der Situation entsprechenden Schlussworte nachwies, ganz unentschieden gelassen, in welcher Art denn in einem Falle abweichender Meinungen die Verständigung zu erfolgen habe. Denn damit, daß auf den Einspruch des Parteivorstandes hin die Entscheidung auszusprechen und dem Parteitag selbst zu überlassen sei, wollten sich ja die süddeutschen Budgetbewilliger, wie Segitz ausdrücklich betonte, nicht einverstanden erklären!

Die Annahme der Resolution hätte also die Situation nicht geklärt, sondern künftige Konflikte geradezu heraufbeschworen.

Nachdem die Resolution Frohmes und weiterhin ein Amendement zur Parteivorstands-Resolution gefallen waren, gelangte die unveränderte Resolution des Parteivorstandes zur Abstimmung. Sie wurde nunmehr, da ein Teil der Befürworter der Resolution Frohmes für die Resolution des Parteivorstandes stimmte, mit 258 gegen 119 Stimmen, also mit starker Zweidrittelmajorität angenommen.

Daran schloß sich noch ein kleines Nachspiel. Genosse Segitz verlas im Namen von 66 süddeutschen Delegierten eine Erklärung des Inhalts, daß sie zwar dem Parteitag das Recht zugestanden, über die prinzipiellen und taktischen Richtlinien für die gesamte Partei bindende Beschlüsse zu fassen, daß sie aber gleichwohl

an der Auffassung festhielten, daß es das Recht der Organisationen der Einzelstaaten sein müsse, nach bester Ueberzeugung über die Frage der Budgetabstimmung selbständig zu entscheiden.

Eine eigenartige Erklärung, an der der Vordersatz den Nachsatz oder der Nachsatz den Vordersatz aufzuheben scheint. Wir glauben indessen, diese widerspruchsvolle Erklärung dahin auslegen zu dürfen, daß die süddeutschen Fraktionen in freier, selbständiger Entscheidung zu der Ueberzeugung gelangen werden, daß eine Budgetbewilligung künftig nur in den Ausnahmefällen zulässig ist, die die Lübecker und die im Sinne sich mit ihr deckende Nürnberger Resolution nach nunmehr zweifelsfreier Deklaration des Parteitages vorsehen.

Wir bringen also der Minderheit des Parteitages das Vertrauen entgegen, daß sie den Willen der Partei gewissenhaft respektieren wird. Sollten wir in unserem Vertrauen getäuscht werden, so wären allerdings die letzten Konsequenzen aus solchem Verhalten zu ziehen!

### Die Sozialpolitik.

Nürnberg, 18. September (8.30 Uhr nachm.)

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der Nachmittag der heutigen Verhandlungen gehörte der Sozialpolitik. In 1 1/2 stündigem höchstinteressantem Referat behandelte Mollenhuth das Thema: „Die Sozialpolitik und der neue Kurs“.

Die Rede war in gewissem Sinne eine Ergänzung der vorhergehenden Debatten, der Nachweis für die Wichtigkeit der Marx'schen Klassenkampftheorie, der Lehre von der Konzentration des Kapitals und der ausschlaggebenden Bedeutung der ökonomischen Faktoren, gegen die alle parlamentarische Schlaumeierei und alle diplomatisierenden Künste kläglich versagen.

Mollenhuth wies nach, daß die Blockpolitik gerade für die Sozialpolitik, den Prüfstein fortschrittlicher Entwicklung, äußerst ungünstig sei. Das Großunternehmertum habe die Kosten der Hottentottenwahlen aufgebracht, natürlich nicht, um Sozialpolitik zu fördern. Die kolossale Konzentration des Kapitals gerade in der Schwerindustrie habe nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den politischen Einfluß des Unternehmertums gestärkt. Ein Zeichen des arbeitersozialreformfeindlichen Treibens des Unternehmertums sei des Professor Lillie höchst bemerkenswerter Versuch, durch Schaffung einer reinen Großindustriellenpartei den reaktionären, sozialpolitisch bremsenden Einfluß dieser machtvollen Unternehmerrgruppen zu steigern. Und doch ermöglige die gesteigerte Produktionskraft, sowie die unerhörte Preissteigerung durch Kartelle und Syndikate die Erhöhung der niedrig gebliebenen Löhne, speziell auch die Einführung des Achtstundentages.

Der Redner geißelte weiter die sozialpolitische Heuchelei der bürgerlichen Parteien, speziell des Zentrums, namentlich sein heuchlerisches Trugspiel mit der Witwen- und Waisenversicherung. Er formulierte sodann die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen des Augenblicks: eine wirklich durchgreifende ernsthafte Witwenversicherung, die Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf die Landarbeiter, Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts, Sicherstellung des Anteils der Arbeiter an Wohlfahrtsrichtungen usw.

In der Debatte ergänzten die Genossen Paul Müller-Gamburg, Hoch, Sachs und Dr. Quard die Darlegungen durch wertvolle Anregungen.

Zum Schluß wurde beschlossen, den nächsten Parteitag in Leipzig abzuhalten.

### Wird die Krone wortbrüchig?

Aus Wien wird uns vom 15. d. M. geschrieben: Die österreichische Sozialdemokratie wird Ende dieses Monats eine Gesamtberatung abhalten, um auf ihr die Maßregeln zu erwägen, durch welche sie die Erringung des allgemeinen

und gleichen Wahlrechts in Ungarn fördern könnte. Die Pflicht zu dieser Erörterung entspringt nicht bloß aus dem Gefühl der Solidarität, welche das kämpfende Proletariat über alle Staatsgrenzen hinweg verbindet; und natürlich gar nicht aus irgend einem „großösterreichischen“ Bedürfnis, welches in dem selbständigen Staate Ungarn nur eine österreichische Provinz erblickt. Zu dieser freundschaftlichen Hilfe fühlen sich die Arbeiter in Oesterreich vor allem aus der Erinnerung an ihren eigenen Wahlrechtskampf verpflichtet, dessen stärkster Antrieb bekanntlich das durch das Ministerium Fejerdary-Kristoffy verkündete Wahlreformprogramm in Ungarn war, wodurch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in beiden Staaten eine zwar ungeschriebene, aber nichtsdestoweniger unerlässliche, neue gemeinsame Angelegenheit geworden ist. Nicht minder leitet sie aber das Bewußtsein, daß ihr eigener Fortschritt in so lange nicht als vollendet betrachtet werden kann, als nicht die Zwingsburg des Unrechts auch in dem verbündeten Staate gebrochen ist, daß es also auch ihre eigene Sache ist, um welche der Kampf in Ungarn geht. Was an ihr liegt, wird die Sozialdemokratie in Oesterreich tun, um der Wahlreform in Ungarn die Wege zu ebnen. Insbesondere wird sie es treffen, den Nachhabern mit der nötigen Deutlichkeit klar zu machen, daß der Treubruch, der in der Zustimmung der Krone zu den schändlichen Absichten der Koalitionsregierung läge, auch von ihr als der Bruch eines dem Proletariat geleisteten Versprechens aufgefaßt werden müßte.

Denn darüber, was die Koalitionsparteien planen, kann heute kein Zweifel obwalten: ihre Wahlreform ist ein Johr auf den Gedanken des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Die Verkommenheit der bürgerlichen Parteien, die ihre Programme just dann preisgeben, wenn sie sie verwirklichen können, bewährt sich auch an der kossuth'schen Unabhängigkeitspartei, die sich in ihrer Oppositionszeit als Fahnenträgerin des demokratischen Fortschrittes gebärdete, als Regierungspartei aber alles verrät, was sie einst angebetet hat. Man weiß nun, was Graf Andrássy, der Wahlreformminister, nach langen Mühen ausgeheckt hat: eine Wahlreform, die erstens dem Magyarenstamme, der in Ungarn nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, das unerschütterliche Übergewicht im Reichstage verschafft und zwar ein Übergewicht, das über eine Dreiviertelmehrheit hinausgeht. Das soll durch eine schleichweg schamlose Wahlgeometrie herbeigeführt werden, die den magyarschen Bezirken die Mandate mit Scheffeln zumißt, wogegen den Nationalitäten, wie der hochwürdige Budapester Jargon die Rumänen und Slowaken benennt, sogar der gegenwärtige Besitzstand verkümmert werden soll. Zweitens hätte die Wahlreform auch das Regime der heute herrschenden Klassen, der feudalen Gentry und der Budapester Pseudointellektuellen zu kontervirieren; wofür ein Pluralwahlrecht ausgedoten werden soll, das über die belgischen drei Familien noch hinausgehen und dessen Effekt kein anderer wäre, als die Vergewaltigung der breiten Massen, die heute rechtlos sind, in anderer Form. Das Ergebnis der Wahlreform, die das Mittel seien sollte, die bedrückten Massen zu befreien, wäre also eine neue Anrechtung und eine dauerndere und empfindlichere als der heutige Wahlrechtsraub. Denn zu der Wahlgeometrie und zu der Pluralität, dem neuen Unrecht, würde sich das alte gesellen: die öffentliche Abstimmung und die zentrale Wahl (daß es für einen Wahlbezirk immer nur einen Wahlort und nur ein Wahlkolat gibt), den besitzlosen Klassen also die Freiheit der Wahl völlig genommen wäre. Die Wahlreformbewegung in Ungarn, die mit der feierlichen Verkündung des allgemeinen und gleichen, geheimen und gemeindefreien Wahlrechts durch die Krone begann, würde nach diesen Fälschungsplänen in eine Reform münden, die von den Versprechungen auch nicht eine erfüllt, kein einziges Unrecht beseitigt und ein trauriger Schritt nach rückwärts wäre.

Wird die Krone diesen Schritt machen wollen! Monarchen sind zwar selten Schwärmer für demokratische Fortschritte, und das allgemeine und gleiche Wahlrecht steht im Katalog der dynastischen Interessen nicht gerade an erster Stelle. Doch darf man bei der Beurteilung der Sachlage in Ungarn eben nicht vergessen, daß die Wahlreform dort als ein wahres Königsprogramm angefangen ward, daß sich in ihr ein Stück bewußter imperialistischer Politik verkörpert, die den Widerstand und Aufruhr der Massen durch die Entfesselung der Volkskräfte bannen und brechen will. Wohl ist es richtig, daß sich der feudale Uebermut, der zu der langjährigen Krise führte, seither gründlich verflüchtigt hat, daß aus den trohigen und anscheinend unverföhlichen Rebellen sehr rasch ergebene Hölzlinge geworden sind, die heute bei der Krone, die sie einst an

demütigen gedachten, nun wehmütig um Hilfe winseln. Aber soviel Einsicht wird in der Hofburg doch noch vorhanden sein, um zu erkennen, daß sie die Verbesserung ihrer Stellung, daß sie eine Erhöhung ihrer dynastischen Macht aus sich selbst und dem Wahlreformprogramm dankt, daß ihr der schäblichste Versuch einer vollständigeren Politikalpolitik eingebracht hat, auf die sie vor drei Jahren wohl selbst nicht gerechnet. Daß die Koalitionsherren heute sehr billig zu haben wären und für die Zustimmung zu ihren Wahlschlüssen gern den Preis zahlen möchten, um denselben die Krone den Kampf begann, die militärischen Forderungen also glatt bewilligen würden, ohne daß ihnen die geringste dekorative Konzession gemacht wird, ist allerdings richtig; aber die Krone würde damit nur den Augenblick gewinnen, alle Zukunft jedoch verlieren. Die Rekruten, die der König bekäme, wenn er die Wahlreform fallen ließe, wären also wirklich teuer bezahlt. Ueberdies müßte eine machtvolle Erhebung der Arbeiter auf der einen, der Rationalitäten auf der anderen Seite der Krone auch die Erkenntnis vermitteln, wozu das Schiff steuert: daß ihre Zustimmung, welche die Wahlreform verfälscht, von den unterdrückten Nationen und Klassen als Kriegserklärung aufgefaßt würde und beantwortet werden müßte. Eine rechtliche Wahlreform ist für Ungarn heute die erste Notwendigkeit der Zeit, und es ist unmöglich, daß sie das Opfer gewissenloser Schliche und Klünne wird.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. September 1908.

### Die Anklage gegen Schüding.

Dem Volkfreisinn hat all sein Jammern nichts genützt, die preussische Bureaucratie wird es sich nicht nehmen lassen, auf der politischen Ehre der verachteten Partei mit ihren Füßen herumzutampeln. Die „Frankf. Ztg.“ teilt heute mit, daß die Anklageschrift gegen den Bürgermeister Schüding an dem Ziel der Amisentsetzung festhält. Dabei haben alle Untersuchungen und Zeugenvernehmungen nicht im geringsten neues Material ergeben. Die Anklage baut sich nach wie vor ausschließlich auf die schriftstellerische Tätigkeit Schüdings auf. Sie behauptet, daß der Angeklagte sich durch Unrechthaltung gegen den Landesherren (1) und gegen die Satzungen bestehender Gesehe und Anordnungen der Behörden unter wissentlichen und leichtfertigen Fälschungen sowie durch die persönlichen Beleidigungen der vorgesetzten Dienstbehörden und der Inhaber anderer öffentlicher Ämter am 1. März 1908 unzulässig geäußert habe.

Was den Inhalt der Anklage im einzelnen betrifft, so wird zunächst darin geleugnet, daß das Verfahren einen politischen Charakter gehabt habe. Infrimiert ist umgekehrt der ganze Inhalt des Buches über die Reaktion in Preußen. Es sind aber hier nicht nur vom Verfasser der Anklage die einzelnen beanstandeten Sätze des Buches aus ihrem natürlichen Zusammenhang gerissen, sondern sie sind durch Entstellungen, Fortlassungen und Hinzufügungen einzelner Worte in ihrer Bedeutung vielfach so verändert, daß der eigentliche Sinn nicht wiederzuerkennen ist. Hervorzuheben ist noch, daß dem Angeklagten vorgeworfen ist, er habe den König, dem er Treue geschworen, und andere deutsche Bundesfürsten mit Persönlichkeiten von minderwertigen Charaktereigenschaften gleichgestellt.

Soweit die Angaben der „Frankf. Ztg.“ sind sie, woran kaum zu zweifeln ist, richtig, dann bedeuten sie die denkbar stärkste Demütigung, die dem Freisinn überhaupt zugemutet werden konnte. Es wird interessant sein, wie der Freisinn sich damit abfinden wird.

### Agrarische „Arbeiterfreundlichkeit“.

Ein nationalliberales Blatt wandte sich dieser Tage gegen die geplante Erhöhung der Tabaksteuer mit der Begründung, daß jede Verteuerung des Tabaks es unmöglich machen würde, die am stärksten konsumierten (85 Proz.) Zigarensorten in Preisen bis 5 und 6 Pfennigen ohne stärkere Zuhilfenahme inländischen Tabaks herzustellen. Damit werde die Zigarrenindustrie in Norddeutschland für diese Sorten vollkommen ausgeschlossen werden. Jedermann werde sich künftig solche billigen Zigarren nur noch in Süddeutschland bestellen, wo der beste inländische Zigarrentabak produziert werde.

Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ bemerkt dazu — und die „Deutsche Tagesztg.“ drückt den Senf nach —

„Wenn durch eine Erhöhung der Tabaksteuer eine starke Zuhilfenahme des inländischen Tabaks für Herstellung der Massenverbrauchs-Zigarren notwendig werden soll, so müssen wir im Gegenzug zu den National-Zeitungs-„Freunden“ das als ein sehr wirksames Argument „für“, nicht „wider“ eine solche Steuererhöhung ansehen.“

Die Aeußerung ist charakteristisch für die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Herren Agrarier. Die Hauptsache ist, daß der inländische Tabakanbau gefördert wird und die Bauern ein gutes Geschäft machen, ob die Industrie in Norddeutschland geschädigt wird, große Arbeiterschichten ihre Arbeit verlieren und die kleinen Konsumenten gezwungen werden, sich mit „Pfälzer“ und „Udemärker“ zu begnügen, ist gleichgültig. Was geht die Agrarier die Arbeitslosigkeit der Zigarrenarbeiter und die Zigarre des „Pöbels“ an? Die Herren Junker können es sich, dank der Vermehrung ihrer Einkünfte durch die Agrarzölle, gestatten, echte Importen zu rauchen.

### Oldenburgische Landtagswahlen.

Die Wahlmännerwahlen im Großherzogtum Oldenburg ergaben bisher, wie telegraphisch gemeldet wird, einen großen Erfolg unserer Partei. Soweit sich bisher übersehen läßt, erlangten unsere Genossen in Delmenhorst, Sande, Reuende und in Oberstein die Mehrheit der Wahlmänner. In der Stadt Oldenburg siegte dagegen mit ganz knapper Mehrheit die Liste der bürgerlichen Parteien.

### Pius IX. und Antonelli.

Die Verehrer des Papstes Pius IX. betreiben mit Eifer seine Seligsprechung; doch ist von verschiedenen Seiten Einspruch erhoben. Besonders deshalb, weil er die Familie Falconieri um einen Teil ihres Vermögens gebracht hat und weil er zweitens den in allerlei unsauberen Liebesaffären verwickelten, als Schürzenjäger bekannten Kardinal Antonelli jahrzehntelang als Staatssekretär im Vatikan gebildet hat, obgleich er von dessen Treiben unterrichtet war. Die „Voss. Zeitung“ bringt dazu folgende Aeußerungen eines katholischen Geistlichen:

„Das zwanzigste Jahrhundert“, das Organ der Reformkatholiken, bringt in einem ausführlichen Artikel aus Rom eine lange Reihe von Gründen gegen die beabsichtigte Kanonisation, die nach dem Autor hauptsächlich von den französischen, spanischen und südamerikanischen Bischöfen betrieben wird, welche auch die fanatistischsten Agitatoren für die Unschuldserklärung dieses

Papstes gewesen sind. Das schwerste Hindernis für die Seligsprechung Pius Nonos erblickt jedoch das reformkatholische Blatt in der Tatsache, daß dieser Papst zum Minister, ja zum Premierminister, zum Staatssekretär einen Mann wie Antonelli hatte, und daß er ihn rund 30 Jahre in dieser Stellung belieh, d. h. bis zu dem Tage, an dem Antonelli starb, bis zum Jahre 1870. Die ganze Unpopularität der Regierung Pius IX. schreibt sich davon her, daß von 1848 bis zum Sturz der weltlichen Herrschaft des Papstes Antonelli der eigentliche Regent des Kirchenstaates war. Dann heißt es in dem Artikel weiter: „Nun ist es aber Meritoren wie Liberalen in Rom bekannt, daß Kardinal Antonelli nichts weniger als ein Ehrenmann war. Er opferte die Interessen des hl. Stuhles und des Kirchenstaates, ohne sich die mindesten Gewissensbisse zu machen, seinen Privatinteressen, seinem Ehrgeiz und seinen Leidenschaften. Noch schlimmer war, daß Antonelli ein moralisch ganz verkommenen Mensch ohne religiösen Halt war. Pius IX. wußte, besonders in den letzten 15 Jahren, ganz genau, in welchem Ruf Antonelli stand, er kannte das ziellose Leben, das er im vatikanischen Palaste selbst führte, und doch fand er nie den Mut, ihn zu entlassen. Pius IX. war ein Mann, vor dessen sittlicher Lebensführung man alle Hochachtung haben muß, und gerade deshalb hätte er um so mehr Antonelli davonjagen sollen. Er hat es nicht getan, obwohl er darum gebeten wurde von Kardinalen, Bischöfen, Prälaten und einflussreichen Personen der römischen Welt. Man wird erwidern, daß es aber eine Schwäche war, wenn Pius IX. es nicht wagte, Antonelli zu entlassen. Ganz recht, dann muß man aber beifügen, daß man einen Mann, der solche Schwäche gezeigt hat, nicht selig sprechen kann.“ Und dies um so weniger, als der Seligsprechende die nächste Antworthalt auf die Seligsprechung hat. Wie es mit der Schwäche Pius IX. in diesem Punkte bestellt war, zeigt ein Scherzwort dieses Papstes, das zur Zeit des vatikanischen Konzils in bezug auf einen anderen Prälaten der Kurie in Rom kursierte, dessen Ernennung zum Kardinal betrieben wurde: er habe der Schürzenjäger schon drei im Vatikan, er wolle nicht noch den vierten. Daß es überhaupt in dieser Beziehung am Hofe Pius IX. von Anfang an Übel ausjah, bezeugt auch Geheimrat Professor Dr. v. Schulte-Dorn, der bekannte Führer der Alt-katholiken, im ersten Bande seiner vor kurzem erschienenen „Lebenserinnerungen“, S. 1008. Als Schulte 1854 in Rom war, machte er schon die Beobachtung, daß die Prälaten der Kurie in gar keiner besonderen Achtung standen. „Man konnte“, schreibt er, „oft von den Liebesaffären derselben erzählen hören, wobei Antonelli und einer der ersten Beamten die Hauptrolle spielten.“ Der bekannte advocatus diaboli wird also im Kanonisationsprozeß Pius IX. um Material nicht verlegen sein.

### Reichsverbands-Erfolge.

Die Geldgeber des Reichsverbandes wollen Erfolge sehen, sonst knöpfen sie ihre Taschen zu und die Kommiss des Reichsverbandes können sehen, wo sie bleiben. Deshalb müssen diese Bedauernswerten, wenn sie keine Erfolge aufweisen können, solche erfinden. Der Abg. v. Kaufmann in Wolfenbüttel war kaum gestorben, als auch schon die „Korrespondenz des Reichsverbandes“ verkündete, daß der Reichsverband sofort die Wahlarbeit begonnen habe. Der „Erfolg“ ist, daß der Wahlmandat mit 10771 Stimmen erhielt, 3351 weniger, als der verstorbene v. Kaufmann erhalten hatte. Von diesem effektanten Mißerfolg sagen die Reichsverbändler ihren Geldgebern natürlich nichts; dafür lägen sie ihnen einen Erfolg gegen die Sozialdemokratie vor, weil unser Kandidat 800 Stimmen weniger erhalten hat, als früher. Die Korrespondenz des Reichsverbandes verkündet, die Sozialdemokratie habe 10 Proz. ihrer Stimmen eingebüßt; dagegen verschwiegen die Reichsverbändler, daß ihr Kandidat Kliche nicht weniger als 22 Proz. der Stimmen verloren hat.

Der Wahlkreis Wolfenbüttel ist ein fast rein ländlicher, die Verteilung bei Nachwahlen ist fast stets eine schwächere, so daß die 800 Stimmen Verlust durchaus keinen Erfolg der Reichsverbändler darstellt.

### „Staatsmann“ Wehrens.

Im Stöckerchen „Reich“ beschäftigt die christlich-soziale Abgeordnete Wehrens mit der Abordnung englischer Arbeiterführer und deren Adresse an die Arbeiter Deutschlands. Herr Wehrens ist der Meinung, daß diese Veranstaltung, soweit sie eine Demonstration gegen den Krieg sein soll, „höchst überflüssig“ und, weil sie von Sozialdemokraten ins Werk gesetzt wird, völlig eindrucklos ist. Und nun belehrt Herr Wehrens die englischen Arbeiter, daß sie sich einer „rührenden Unkenntnis“ hingeben, wenn sie meinen, daß die Sozialdemokratie mit ihren „höchstens 2 1/2 bis 3 Millionen Anhängern die Vertreter der Arbeiter Deutschlands seien.“ In nationalen Dingen seien die deutschen Sozialdemokraten von der Masse der Arbeiter Deutschlands durch eine Kluft getrennt; besonders in Fragen von Krieg und Frieden seien die Aeußerungen der „paar Millionen Sozialdemokraten“ für das Gros der deutschen Arbeiter „ziemlich belanglos“ und es mache nicht den mindesten Eindruck, wenn jetzt englische Arbeiterführer in einer „sensationslustigen Genossenverammlung“ eine Friedensdemonstration unternähmen. Zum Schluß weist Herr Wehrens den Engländern, wozu sie sich zu wenden haben, um den gewünschten Eindruck zu erzielen. Man höre:

„Die englischen Gewerkschaftler haben im allgemeinen von der deutschen Arbeiterbewegung kein richtiges Bild. Sie sehen die deutsche Bewegung und die deutschen Verhältnisse vornehmlich durch die Brille, welche ihnen von den sozialdemokratischen Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten auf den internationalen Kongressen und durch die deutsche rote Presse auf die Nase gesetzt wurde. Ueber die christlich-nationale Arbeiterbewegung und speziell über die christlichen Gewerkschaften sind sie fast ganz unterrichtet und in Vorurteil befangen. Tatsächlich stehen die meisten englischen Gewerkschaftler den christlichen Gewerkschaften Deutschlands ihren Grundfragen und Prinzipien nach viel näher als wie den sozialistischen Gewerkschaften. Wenn die englische Abordnung ihren Aufenthalt dazu benutzen wollte, auch die nichtsozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands zu studieren, so würde das für die Beziehungen der Arbeiterchaft Englands und Deutschlands zu einander von Wert besitzen und die englischen Gewerkschaftler würden sich von dem Wahn befreien, noch fernherin die Sozialdemokraten als die Repräsentanten der deutschen Arbeiter zu betrachten.“

Ja, warum wenden sich denn die Engländer auch nicht an die Herren Stöcker und Mümm mit ihrem christlich-sozialen Anhang von 60 000 Wählern, oder an den greulichen Raddelmudel, der sich „christlich-nationale Arbeiterbewegung“ nennt und dessen Stärke darin besteht, daß die katholischen wider die evangelischen Arbeiter, die christlichen Gewerkschaften gegen die ultramontanen Jaghabteilungen loschlagen? Oder warum vertrauen sie ihre Sache nicht dem Staatsmann Wehrens an, der es fertig bringt, sich den rheinisch-westfälischen Großindustriellen als Wahlmacher zur Verdrängung sozialdemokratischer Abgeordneter anzubieten, der es mit seiner Stellung als Arbeiterführer für vereinbar hält, bei dem Reichsvereinsgesetz für die Rechtslosmachung fremdsprachiger Arbeiter zu stimmen? Die Engländer müssen in der Tat über die Verhältnisse in Deutschland (sicherlich unterrichtet sein, daß sie einen Mann von der Fähigkeit und dem Einfluß des Herrn Wehrens und die Bedeutung der von ihm geleiteten Arbeiterbewegung nicht zu schätzen wissen. —

### Die Verhältniswahl bei den Gewerbevereichen.

Der Reichstag hat am 11. März 1908 in einer Resolution dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß die Verhältniswahl bei den Gewerbevereichen als gesetzliche Regel eingeführt werde. Zu einer dieser Tage an sämtliche Regierungspräsidenten gesandten Verfügung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe werden diese ersucht, auf die Gemeindebehörden und Vertreterungen der weiteren Kommunalverbände einzuwirken, damit der Grundgedanke der Verhältniswahl, der bei den Kaufmannsvereichen bereits gesetzliche Regel ist, auch bei den Gewerbevereichen weitere Geltung erlange und dadurch den Wünschen, die in der Resolution des Reichstages zum Ausdruck kommen, Rechnung getragen werde. Der Minister weist darauf hin, daß bis jetzt nur bei einer geringen Zahl von Gewerbevereichen die Wahl der Mitglieder statutengemäß nach dem Verhältnisprinzip festgelegt sei. Der Minister ersucht, das Weitere zu veranlassen und nach Verlauf eines Jahres zu berichten.

Die Regierung beabsichtigt also — trotz des Beschlusses des Reichstages — nach wie vor es in das Belieben der Kommunen zu stellen, ob sie die Verhältniswahl einführen wollen. Die gesetzliche, die obligatorische Einführung wird weiter hinausgeschoben.

### Reform der Krankenversicherung.

Ueber die Grundzüge der Reform der Krankenversicherung weilt die „Neue pol. Tagesztg.“ zu berichten:

„Daß die Reform unter dem Zeichen der Zentralisierung stehen wird, darf als sicher angenommen werden, da auch alle politischen Parteien sich hierfür ausgesprochen haben. Ebenso dürfte der als notwendig erkannte Zwang zur Zentralisation, an Stelle eines freiwilligen Zusammenschlusses, in dem Reformentwurf enthalten sein. Da auch hierüber die Parteien, die Gewerkschaften und die Krankenkassenverbände einig sind. Daß die jetzt bestehende gesetzliche Zulassungsgrenze von 50 Mitgliedern sehr erheblich herabgesetzt werden muß, darf ebenfalls als feststehend angesehen werden. Ferner wird sich eine Verringerung der jetzt bestehenden acht Versicherungsformen als notwendig erweisen, und zwar dürfte in erster Linie die Gemeindeversicherung in Fortfall kommen, die überhaupt nur als Vorbehaltseicherung geschaffen wurde. Ebenso kann man die Bau- und Krankenkassen wegen ihres ständigen Rückganges als entbehrlich ansehen, besonders wenn durch die Reform auch für die ländlichen Kreise Krankenkassen mit abgestuften Beiträgen nach Gefahrenklassen eingerichtet sind. Andererseits wird man die Knappschaftskassen ihrer Sonderstellung wegen und die Ortskrankenkassen, die heute die Hälfte aller Versicherten umschließen, unbedingt beibehalten. Ueber die Betriebs- und Innungskassen werden sich die Ansichten erst noch klären müssen. Daß die ganze Zentralisation lediglich nach Zweckmäßigkeitsrücksichten und nicht nach historischen Erwägungen eingerichtet werden soll, darf als feststehend gelten.“

### Die Agitation des Polnischen Berufsvereins.

Aus Bochum wird uns geschrieben:

Die Verschmelzung der polnischen Berufsvereine (Sig Bochum) mit dem Polnischen Verband (Sig Posen) ist jetzt zur Tatsache geworden. Am 14. d. M. fand in Bochum eine Vorstandssitzung beider Organisationen statt, die nach längerer Beratung zu folgendem Beschluß gelangte: Die neue Organisation erhält den Namen: „Polnische Berufsvereine“ mit dem Sig in Bochum. Bis zur Generalversammlung sind für die Mitglieder die Statuten derjenigen Organisation bindend, der sie augenblicklich angehören. Das Organ des Posener Verbandes „Sila“ (Die Kraft) stellt mit dem 1. Januar 1909 sein Erscheinen ein und erscheint mit gleichem Tage und unter gleichem Titel als das Organ der „Polnischen Berufsvereine“. Schließlich wird ein Vorstandsmitglied des Posener Verbandes in den Zentralvorstand der Polnischen Berufsvereine eintreten. Die freien Gewerkschaften werden dadurch einen schwereren Stand haben, namentlich in den Provinzen Posen und Westpreußen, wo infolge der preussischen Enteignungspolitik die Wogen des aufgeregten Nationalitätenkampfes sich förmlich überschlagen. Die Polnische Berufsvereine, die Arbeiter aller Berufe als Mitglieder aufnimmt und angeblich schon annähernd 50 000 Mitglieder zählt, wird voraussichtlich jetzt alle Hebel in Bewegung setzen, um die unorganisierten polnischen Arbeiter in Posen und Westpreußen, wo sie bisher infolge Grenzstreitigkeiten mit dem circa 5000 Mitglieder zählenden Posener Verbande nicht recht vordringen konnte, zu gewinnen. Mit dem Posener Verbande zur gegenseitigen Hilfe, der an 10 000 Mitglieder haben soll, sind ebenfalls Verhandlungen im Gange, die in allernächster Zeit wahrscheinlich dasselbe Resultat wie mit dem Posener Verbande zeitigen werden. Der Vorstand der Polnischen Berufsvereine erläßt bereits in polnischen Blättern einen Aufruf, worin er die Arbeiter auffordert, aus den freien Gewerkschaften auszutreten, weil diese ihr Geld gerne annehmen, jedoch ihren Bedürfnissen nicht die nötige Beachtung schenken, und weil die deutschen Arbeiter den katolischen Bestrebungen ihr Ohr leihen. Es wird sogar den freien Gewerkschaften vorgeworfen, daß sie die polnischen Arbeiter germanisieren wollen, obwohl die polnischen „Arbeiterfreunde“ ganz genau wissen, daß die Wahrheit am entgegengelegten Ende liegt; gibt doch die Generalkommission für ihre polnischen Mitglieder die in Posen erscheinende „Oswiata“ und der Bergarbeiterverband die „Gazeta Gornicza“ heraus. Leider finden die „Nationalpolen“ unter den polnischen Arbeitern noch immer viele Leichtgläubige. Die Galatistengesellschaft hat die polnischen Arbeiter in eine derartige Erbitterung gebracht, daß sie den unsinnigen Verdächtigungen gegen die „preussischen“ freien Gewerkschaften Gehör schenken.

### Heraus aus den Kriegervereinen!

Die Vertreterversammlung des Riffhäuserbundes der deutschen Landeskriegerverbände hat eine Resolution gefaßt, die sich dagegen wendet, daß die bürgerliche Presse Kritik an der Stellung der Kriegervereine zur Sozialdemokratie und zu den freien Gewerkschaften geübt hat. Dann heißt es in der Resolution weiter:

„Die Satzungen der deutschen Kriegervereine bedingen bei ihren Mitgliedern monarchische Gesinnung und Vaterlandsliebe und machen deren Betätigung zur Pflicht; die Anhänger und Förderer der Sozialdemokratie und der von ihnen geleiteten oder beeinflussten Vereinigungen verneinen diese Gesinnungen und deren Ausübung grundsätzlich und bekämpfen sie. Infolgedessen ist eine Gemeinschaft zwischen beiden nicht möglich, denn die Kriegervereine beanspruchen dasselbe Recht, wie jede andere Vereinigung, nur solche Mitglieder unter sich zu dulden, die den Voraussetzungen ihrer Satzungen entsprechen. Die Vertreterversammlung erklärt ferner die in der gedachten Tagespresse aufgestellten Behauptungen für unwahr, daß die Kriegervereine versuchen, die politische Gesinnung ihrer Mitglieder in ungebührlicher Weise auszuforschen, ihre politischen Ansichten zu beeinflussen und zu bevormunden oder gar die Kameraden-Arbeiter zugunsten der Arbeitgeber zu schädigen.“

Tatsächlich treiben die Kriegervereine die unglücklichste Gesinnungsschneiderei, sie verhindern ihre Mitglieder, durch Anteilnahme am wirtschaftlichen Kampf ihre Lage zu verbessern. Da in diesen Tagen die Reservisten zur Entlassung kommen, haben unsere Parteigenossen allerwärts die Pflicht, die Reservisten darauf aufmerksam zu machen, daß sie mit dem Beitritt zu einem Kriegerverein sich dem Unternehmertum ausliefern.

## Oesterreich.

### Die richtige Antwort.

Budapest, 17. September. Unter dem Eindruck der gestern von der Polizei gegen die demonstrierenden Arbeiter verübten Brutalitäten ist gestern ein Aufruf verbreitet worden, in dem die Bevölkerung zu neuen Demonstrationen aufgefordert wird. Die nächsten Demonstrationen für das gleiche Wahlrecht finden am nächsten Sonntag statt.

### Die Freiheit in Ungarn.

Die „Tribuna“, das in Arab (Ungarn) erscheinende rumänische Organ, veröffentlichte kürzlich eine Statistik der politischen Prozesse, Maßregelungen, Mißhandlungen und sonstiger Verfolgungen, denen die nichtmagyarischen Völker und die sozialistischen Agitatoren seit dem 8. April 1906, dem Tage, an dem das jetzige ungarische Kabinett die Jügel der Regierung in Ungarn übernommen hatte, ausgesetzt waren. Die die „Tribuna“ bemerkt, erhebt die Statistik keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit, sondern umfaßt nur diejenigen Prozesse und Verfolgungen, welche an das Licht der Öffentlichkeit gelangt sind.

Zu bemerken ist noch, daß während dieser ganzen Zeit, wie auch früher, kein Fall verzeichnet wurde, in dem etwa ein Magyar wegen Aufregung gegen die Nichtmagyaren oder gegen die Sozialisten bestraft worden wäre.

Die „Tribuna“ widmet diese Statistik dem großen Friedensfreund, dem Unterrichtsminister Grafen Albert Apponyi, der auf der diesjährigen interparlamentarischen Konferenz für den guten Ruf Ungarns, des klassischen Landes der politischen Freiheit und Gleichheit, eingetreten wird.

Wir haben leider nicht den Raum, um diese Statistik der infamsten politischen Unterdrückung in all ihren empörenden Einzelheiten wiedergeben zu können. Ihr Schlussergebn ist 124 Jahre 6 Monate 27 Tage Gefängnis und 80 366 Kronen Geldstrafe. Die hierbei sich ergebenden Projektkosten dürften sich auf rund 120 000 Kronen beziffern.

Dieser Albert Apponyi ist eine der widerlichsten Gestalten der Budapest Unterdrückungsclique. Als radikaler Reaktionsär und eifriger Streber, mißbraucht er seine Macht zu der rückwärtschweifenden Magyarisierungspolitik. Vor Europa aber bemüht er sich, die Rolle eines gebildeten, humanen, zivilisierten Menschen durchzuführen. Wären die interparlamentarischen Friedenskonferenzen ernste Veranstaltungen, so hätten sie diesen in seiner Heimat verdachten und verhassten Menschen längst aus ihrer Mitte gewiesen. Wir haben aber nur gelesen, daß er im eifrigsten Gespräch mit dem Fürsten Bülow gesehen wurde. Wurden da vielleicht die Erfahrungen der preussischen Völkspolitik mit denen der magyarischen Unterdrückungspolitik ausgetauscht?

## Dänemark.

### Alberti und der Dänenkönig.

Kopenhagen, 17. Sept. (Fig. Ver.)

Die dem Hof nahestehende „Berlingske Tidende“ bringt eine Erklärung, die besagt, daß die von einem anderen Blatt gebrachte und auch von ausländischen Zeitungen übernommene Mitteilung, Alberti habe vom dänischen König ein Darlehen in bedeutender Höhe erhalten, jeder Wahrheit entbehrt, und daß auch das Gerücht, der König habe nach der Katastrophe der seeländischen Bauernsparkasse eine Summe zur Verfügung gestellt, gänzlich grundlos ist. Neben der also offenbar falschen Mitteilung von dem königlichen Darlehen an Alberti tauchte nämlich das Gerücht auf, der König habe sich bei einer Sammlung für die geschädigten Bauern an die Spitze gestellt und selbst nicht weniger als fünf Millionen Kronen gezeichnet. Wenn es Leute gab, die dies geglaubt haben, so haben sie also des Königs Gümmigkeit ganz bedenklich überschätzt. Aber es scheint, daß der Dänenkönig wenigstens wie andere große Leute dem Lande in dieser ersten Lage mit Worten zu Hilfe kommen will. Unmittelbar im Anschluß an jene Erklärung bringt nämlich die „Berlingske Tidende“ einen Artikel „von sehr geachteter Hand“, und man glaubt hier allgemein, daß der König dieser Artikelschreiber ist. Es wird da ausgeführt, daß die Forderung, daß Christensens Regierung das Schloßpferd für Albertis Verbrechen sein sollte, durchaus berechtigt war, denn der Ministerchef habe in unerhörtem Maße durch seine Selbstsicherheit und in blindem Vertrauen trotz der immer stärker werdenden Warnungen Albertis Stellung auch noch nach dessen Austritt aus dem Ministerium unterstützt und gestärkt. Es wird dann weiter darüber politisiert, daß die Demission auch deswegen notwendig war, weil sonst das Bestreben der „Allianz“ zwischen den sozialistischen, radikalen und ultrareaktionären Elementen zur Verdrängung des Ministeriums das Land auf ungangbare Wege geführt hätte und es unmöglich geworden wäre, die Landesverteidigungsfrage zu lösen usw.

Eine Allianz zwischen Sozialdemokraten und Ergreaktionären oder Konservativen hat selbstverständlich nie bestanden; was damit gemeint ist, ist einfach die Tatsache, daß nachdem die Sozialdemokraten, unterstützt von den Radikalen, eine Fülle von Beweisen für die Korruption in der Justizverwaltung vorgebracht hatten, auch einige Konservative gegen Alberti auftraten, während allerdings die bis zuletzt Alberti-treuen Reformpartei über all die schwereren Beschuldigungen gegen ihren großen Mann und Schwindler lachend hinweg gingen. Natürlich ändert der erzwungene Abgang des Ministeriums Christensens nichts an der durch Albertis Schwindelwesen geschaffenen politischen Lage. Bei den forthcomingen Wahlen im nächsten Jahre werden die Reformpartei jedenfalls nicht wieder die Mehrheit erhalten und darum auch keine parlamentarische Regierungspartei mehr sein können. In den diesen Versammlungen, die unsere Genossen nun in allen Teilen des Landes abhalten und die zum großen Teil schon vor Albertis Fall geplant waren, tritt die Tatsache sehr deutlich zutage, daß die Wählerschaft der Reformpartei bedenklich abnehmen wird, natürlich vor allem zum Vorteil der Sozialdemokratie, deren Vertreter kein Mittel unversucht ließen, um den verbrecherischen Justizminister bezichtigt dorthin zu bringen, wo er hingehört.

Rechtsgelahrte und Politiker Dänemarks zerbrechen sich nun auch den Kopf darüber, auf welche Weise man die Unterschrift Albertis von der Reform des Gerichtswesens beseitigen kann. Dazu werden verschiedene Vorschläge gemacht, einen gangbaren Weg hat man aber noch nicht gefunden. Da dieses Werk der Gesetzgebung nicht nur die Unterschrift eines Millionenbetrügers trägt, sondern auch in wichtigen Punkten das Produkt eines politischen Fälschers der Liberalen und demokratischen Grundzüge der Rechtspflege ist, wäre es das Beste, wenn der Reichstag nach den Neuwahlen eine gründliche Revision des Gesetzes vornehmen würde. Durchgeführt ist die Reform noch nicht; sie erlangt erst Gesetzeskraft, wenn auch ein neues Gesetz über die Gerichtsgebühren und Richtergehälter fertig sein wird.

Der Untersuchungsrichter Schou hat nun eine gründliche Durchsichtung des Bureau über Albertis Verbrechen vornehmen lassen. Sein großer Geldschrank, ein Dokumentenschatz, verschiedene andere Gegenstände, mehrere schwere Säcke voll Briefe, Protokollen und

anderen Schriftstücken wurden nach der Kriminalkammer geschafft. Bei der Aufschlüsselung im Geldschrank des Verbrechers fand man ein Ders, die kleinste dänische Kupfermünze! Die Untersuchung der Bücher und Belege hat unter anderem ergeben, was man vorher schon wußte, daß Alberti nicht nur als Leiter der Bauernsparkasse, sondern auch als der des Vutterexportvereins ungeheure Fälschungen verübt hat. Er selbst hat nun eingestanden, daß die Geschäftsbücher des Vutterexportvereins voll von Fälschungen sind. Uebrigens scheint die mit diesem Verein in Verbindung stehende englische Vutterimportfirma Bille u. Niles vor dem Bankrott zu stehen. Da sie fällige Wechsel nicht akzeptiert hat, glaubt man in Kopenhagener Börsenkreisen, daß sie ihre Zahlungen einstellen werde.

## Schweden.

### Ein schreckliches Klassenurteil.

Malmö, 18. September. Heute wurde das Urteil gesprochen in dem Prozeß wegen des Bombenanschlages, der am 12. Juli gegen arbeitswillige englische Arbeiter auf dem als Logischiff verwendeten Dampfer „Amalthea“ verübt wurde. Die Angeklagten Nilson und Rosberg wurden zum Tode, Stern zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, zwei Angeklagte zu sechs beziehungsweise zwei Monaten Zwangsarbeit und die Angeklagte Natalie Malmström zu 100 Kronen Geldstrafe verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

## Türkei.

### Eisenbahnerstreik.

Während die Angestellten der anatolischen Bahnen die Arbeit wieder aufgenommen haben und der Betrieb wieder hergestellt ist, ist auf der Hauptlinie der Orientbahnen der Streik proklamiert, da die Direktion die Forderungen der Angestellten ablehnte. Die Regierung verhält sich anscheinend neutral.

### Das beleidigte Bulgarien.

Das Verhältnis zwischen Bulgarien und der Türkei hat sich in der letzten Zeit sehr verschlechtert. Es kam dies ja auch in der mitgeteilten Bräuterei des bulgarischen Vertreters zum Ausdruck. Jetzt ist ein gemeinsames Programm des bulgarischen Revolutionskomitees bekannt geworden, das zur Fortsetzung des Kampfes mit allen Mitteln auffordert, da die Jungtürken die Forderung der Autonomie Bazedoniens nicht erfüllen. Nur daß die Methoden, die in der alten Türkei anwendbar waren, seit dem jungtürkischen Siege wohl wenig erfolgreich sein dürften.

## Persien.

### Ein Ultimatum.

Täbris, 18. September. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Ein ed. Lautek veröffentlichte ein offizielles Ultimatum, in dem er von den Revolutionären die Auslieferung ihrer Waffen fordert. Sollte die Auslieferung im Laufe von 48 Stunden nicht erfolgen, so wird das Bombardement auf das Stadtviertel der Revolutionäre angedroht. Die Revolutionäre beschloßen, Widerstand zu leisten, die Europäer nicht aus der Stadt zu lassen und sogar den Abgang der Post zu verhindern. Eine Abteilung Naturreiter steht mit fünf Geschützen etwa 85 Kilometer von hier. Die Endschancen richteten an die Gesandtschaften in Teheran die Bitte um Vermittlung und um Wiederherstellung der Verfassung.

## Marokko.

### Die Antwort Englands.

Paris, 18. September. Nach einer Meldung der „Agence Havas“ ist nunmehr die französische Regierung benachrichtigt worden, daß England mit der französisch-spanischen Note vollkommen einverstanden ist.

## Verleumder der Sozialdemokratie als Erpresser vor Gericht.

Chemnitz, 17. September.

Unter gewaltigem Andrang des Publikums, das schon vor Beginn der Verhandlung den geräumigen Verhandlungsaal des Schwurgerichts füllte, begann heute die Verhandlung gegen Amandus Schubert, Paul Rabe und Ammon Schubert. Nach Feststellung der persönlichen Verhältnisse, die u. a. ergab, daß Amandus wegen Betrugs im Jahre 1898 und in diesem Jahre wiederholt wegen Verleumdung aus Anlaß seiner Proschüre bestraft ist, wurde der Eröffnungsbeschluss zum Vortrag gebracht. Danach haben alle drei Angeklagte gemeinsam, Amandus und Rabe gemeinsam, und schließlich Amandus allein, Erpressungen verübt und versucht. Der ganze Tag wurde mit der Vernehmung der Angeklagten ausgefüllt, die sämtlich bestritten, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Gleich eingangs der Verhandlung holte sich Rabe eine Zurechtweisung vom Vorsitzenden; er bat um Wort zur Geschäftsordnung. Auch mit Amandus gab es eine kleine Auseinandersetzung. Er hatte angegeben, wovon er vor seiner Verhaftung gelebt habe und geantwortet: Von Unterstützung durch meine Eltern, vom Verdienst meiner Frau und von dem Verdienst, den mir der Verkauf meiner Proschüre brachte. Und von Winkel-Schritstellerei fügte der Vorsitzende hinzu. Herr Präsident! Das bestritt ich! erwiderte Amandus und der Vorsitzende sagte: Und wenn Sie es bestritten, es ist doch so!

Den Hauptcoup führten die drei Angeklagten im Frühjahr 1906 an einem jetzt 84jährigen Privatmann L. aus. Sie erleichterten ihm um 1200 Mk.! Dabei machten sie sich die Familienverhältnisse L.s zunutze. Dieser hat eine junge Frau, die im September 1905 einen Knaben gebar, der nach einigen Wochen wieder starb. Den alten L. jagten sie so in Angst, daß er ihnen gegenüber fast willenlos wurde. Sie beschuldigten ihn der verführten Abtreibung und dann der Vergiftung des Kindes. Sie sagten ihm, sie hätten Jungen, die ihre Aussagen beschwören würden. Ihm sei das Gericht sicher. Weil bei der Bearbeitung des alten L. Rabe als „Stadtkassierer“ Rabe figurierte und L. später einen Brief an den Stadtkassierer Rabe schrieb, der einem Staatsbeamten Rabe behauptet, von diesem aber an seinen Vorgesetzten abgegeben wurde, ging das Erpressertrio ein. Alle drei wurden auf Grund des Briefinhalts im Januar 1907 verhaftet. — Ein anderer Fall betrifft den frechen Erpressungsversuch auf den Eisenbahnbetriebsdirektor A. D. B. in Friedena u. bei Berlin. Dieser hatte, weil er kinderlos war, die Nichte Amandus Schuberts, deren Eltern kurz nach ihrer Geburt starben, im Jahre 1890 an Kindesstatt angenommen. Amandus und Rabe drohten dem alten Herrn mit einem Skandal; sie wollten die Geburt seiner angeblichen Tochter in einem Werke veröffentlichen, wenn er es nicht vorziehen würde, ihnen eine größere Summe Geldes zu geben. Trotz der ganz ungewöhnlichen Frechheit, mit der sie auch diesem alten Herrn auf den Leib rückten, blieb der Mann fest und drohte ihnen mit Strafanträgen, wenn sie nur irgendeinwas gegen ihn und seine Tochter unternehmen würden.

Dann folgt ein Fall, in dem Amandus allein eine unverschämte Erpressung gegen einen Dr. Sch. in Altdenburg verübt hat.

60 Mk. fielen dabei für ihn ab. Es handelte sich dabei um einen in Schulden geratenen Bruder des Arztes; der Bruder war in Chemnitz Schuhmann und diesen und den weiteren Umstand, daß die Eltern sich guten Rufes erfreuten und Brüder des Schuhmannes Offiziere und Beamte sind, der Vater aber Geistlicher ist, machte sich Amandus zunutze. — Auch die in Rochlitz wohnenden Eltern eines jungen Lehrers fielen dem Erpresser in die unsauberen Hände; 30 Mk. war hier die Beute. — Ohne Erfolg traten dann Amandus und Rabe in einer Testamentssache in Chemnitz auf, wobei sich Amandus in der Rolle eines Staatsbeamten gefiel. Schließlich versuchten sich die „edlen“ Seelen noch am Vertrauensarzt der Ordre-Kasse, Dr. K., dem sie Geld erpressen wollten unter Hinweis auf die in Aussicht stehende Herausgabe der verhängigen Proschüre. Dieser bot Amandus aber kaltblütig — eine Zigarette Rabe machte sich Dr. K. gegenüber auch noch einer verächtlichen Nötigung schuldig. Die Angeklagten bestritten familiäre Schilberungen der Vorgänge, wobei sie sich mehr oder weniger verantrauten. Die erhaltenen Gelder seien ausnahmslos freiwillige Geschenke für Bemühungen gewesen. Morgen marschieren die 15 Zeugen auf!

## Aus der Partei.

### Rassenversammlung in Nürnberg.

Nach Schluß des Parteitagess wird eine große Rassenversammlung unter freiem Himmel stattfinden. Die bayerische Staatsregierung hat hierzu das Ludwigspark, einen früheren Militärübungsplatz, zur Verfügung gestellt. — Es werden unter anderen sprechen Hühsmans, Brüssel, Quersch, London und Rosa Luxemburg.

### Zur Budgetfrage in Staat und Gemeinde.

Uns wird geschrieben: In Nr. 218 des „Vorwärts“ sieht sich Genosse Westmeyer, Redakteur der „Schwabischen Tagwacht“, veranlaßt, nochmals auf die Stuttgarter Parteiverammlung zurückzukommen und die Einbringung eines Amendements von mir zur Resolution Dunder-Beckin-Westmeyer zu glossieren.

Westmeyer nennt die Einbringung des Amendements ein „humoristisches Zwischenpiel“ und eine „kuriose Aktion“, die ja von niemand anderem als höchstens von mir selbst ernst genommen werden könne, und fühlt sich dann berufen, eine von Sachkenntnis nicht getriebene Epistel loszulassen, daß die Budgetfrage im Staat eine ganz andere Sache sei, wie die Budgetfrage der Gemeinden.

In einer redaktionellen Note, erklärt sich auch die „Vorwärts“-Redaktion mit den Ausführungen des Genossen Westmeyer einverstanden und freut sich darüber, daß auch nicht einmal „dieser bedächtige Strohhalm“ als Argument in der Budgetfrage zu verwenden ist.

Ich will nun unumwunden zugeben, daß ich das Amendement deshalb einbrachte, um die ganze Halluziniertheit und Inkonsequenz des Antrages Dunder-Beckin-Westmeyer anzunageln. Dieser Antrag bezieht sich nicht nur auf die Lübecker, sondern auch auf die Dresdener Resolution, und es kann darüber gar keinen Zweifel geben, daß, wenn man schon grundsätzlich auf dem Standpunkt steht, daß jede Bewilligung von Mitteln zu verweigern ist, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten, konsequenterweise auch die Budgets der Gemeindeverwaltungen unter allen Umständen abzulehnen sind. Ich wußte, daß sobald die Frage auf dieses Gebiet hübergespielt wird, diese Genossen sofort erklären werden, ja, Vater, dies ist was ganz anderes. Diese Vermutung ist eingetroffen und die Inkonsequenz dieser Prinzipienwächter auch schlagend nachgewiesen.

Ich selbst bin der Mühe entbunden, dies in einer mehr oder weniger langen Begründung zu tun, da es die „Leipziger Volkszeitung“ schon auf das gründlichste besorgt hat. Als nämlich die „Chemnitzer Volksstimme“ auf die gleichen Konsequenzen hinwies, die sich ergeben, wenn man unter allen Umständen in den Parlamenten gegen das Budget stimmt, erklärte das Leipziger Parteiorgan folgendes (Nr. 207 vom 7. September 1906):

Zunächst findet in den meisten Stadtverwaltungen gar keine Gesamtbestimmung über den Etat statt, wo sie aber vorkommt, muß sie natürlich im vernünftigen Sinne ausfallen. Hinter welchem Monde ist man denn in Chemnitz zu Hause, wenn man über diese ganz selbstverständlichen Konsequenzen der sozialistischen Grundausfassung noch nicht im Klaren ist?

Nach dieser Feststellung des Leipziger Organs erübrigt sich für mich, die hallosten Beweisführungen des Genossen Westmeyer im „Vorwärts“ zu widerlegen und ich kann ihm nur den freundschaftlichen Rat geben, sich über die „kuriose Aktion“ mit der „Leipziger Volkszeitung“ auseinanderzusetzen, die sicher konsequenter ist, und die vielleicht auch ihm nachweisen kann, welcher Mond seiner Geburtsstätte vorgelagert ist. Karl Vorböller.

Genosse Vorböller hat sich die Sache sehr leicht gemacht. Er gibt sich keine Mühe, die Gründe, die Genosse Westmeyer in seinem Artikel angeführt hat, zu widerlegen, ihm genügen ein paar Zeilen in der „Leipziger Volkszeitung“. Bei aller Hochachtung, die wir für unser Leipziger Bruderblatt haben, und so sehr wir im allgemeinen mit ihm übereinzustimmen pflegen, so können wir es doch nicht als unbedingte Autorität anerkennen. In der vorliegenden Frage halten wir den vom Genossen Westmeyer hier entwickelten Standpunkt für richtig. Genosse Kauntz hat übrigens auf dem Parteitag die Frage, wie über das Gemeindebudget abzusprechen sei, für eine offene, nicht unter die Dresdener Resolution fallende erklärt. Red. d. „Vorwärts“.

**Warnung!** Alle Parteigenossen resp. Vorstände von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen werden vor einem Reisenden gewarnt, der unter Vorpiegelung falscher Tatsachen große Posten Meißtite und Federn verkauft. Der Reisende gibt an, Redakteur an der „Frankfurter Volksstimme“ gewesen zu sein und infolge Kervenschwäche und heftigen Jitters der rechten Hand seine Tätigkeit aufgeben mußte. Ferner beläme er eine Pension von monatlich 60 Mk. aus der Parteikasse und soll vom Parteivorstand aufgefordert worden sein, mit genannter Ware sich an die Organisationsleiter zu wenden. Außerdem hat er ein Empfehlungsschreiben von der „Frankfurter Volksstimme“ und Papiere, die mit circa 100 Stempeln verschiedener Organisationen und auch dem des Parteivorstandes versehen sind. Nach eingezogener Erkundigung bei der „Frankfurter Volksstimme“ ist daselbst noch nie ein Redakteur wegen Krankheit entlassen worden und ist daher dieser Reisende nur ein Schwindler.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

### Das Reichsverdinggesetz in der Praxis.

Die Genossen Rokutt und Fiedelle in Königsberg hatten wegen Heberzeugung des § 3 des Reichsverdinggesetzes polizeiliche Strafmandate erhalten; Rokutt als Vordrucker der Versammlung sollte 30 Mk. und Fiedelle als Leiter der Versammlung 15 Mk. bezahlen, weil in einer öffentlichen Holzarbeiter-Versammlung der Vordrucker Stasche-Werlin politische Erörterungen gepflogen haben sollte. Die Polizei hatte diese Erörterung in der im Zeitungsbericht wiedergegebenen Aufforderung an die Versammelten, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, gesehen. Die Versammlung blies aber zur Werbung von Mitgliedern für den Holzarbeiterverband. Sie war deshalb nicht anmeldspflichtig. Das Schöffengericht, das zur Entscheidung anrufen wurde, gelangte zu einer Verurteilung. Eine

mündliche Begründung würde nicht gegeben. Die Berufungskammer, die sich am Mittwoch mit der Sache zu befassen hatte, gelangte zur Freisprechung der beiden Genossen und führte aus: Nach dem neuen Vereinsgesetz sei eine Anzeige für Versammlungen nur erforderlich, wenn politische Angelegenheiten erörtert werden sollen. Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten besprochen werden, bedürfen der Anmeldepflicht nicht. Die Strafkammer sei nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß von vornherein die Absicht bestanden habe, eine politische Versammlung zu veranstalten. Es handle sich um eine gelegentliche Abschweifung des Referenten, der zum Anschluß an die Sozialdemokratie aufforderte.

Dieses Urteil deckt sich völlig mit dem Sinn des Gesetzes, sonst könnte jede nichtpolitische Versammlung ohne weiteres zu einer politischen werden, sobald etwa ein Diskussionsredner auf das politische Gebiet abschweifen sollte. Eine politische Versammlung ist nur dann gegeben, wenn der Zweck der Versammlung der ist, politische Angelegenheiten zu erörtern.

**Redakteurfreuden.** Genosse Oskar Hoffmann von der „Freien Presse“ zu Oberfeld hat das Gefängnis bezogen. Er wird dort zwei Monate verweilen, um eine angelegte Polizeibeleidigung zu sühnen.

## Soziales.

### Bedarf landwirtschaftliche Arbeiter entlassen werden.

Der 60 Jahre alte Knecht G. trat bei einem Landwirt in Hochheim in Arbeit. G. hatte früher einen Unfall erlitten, konnte aber von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft keine Rente erhalten, da seine Verletzung nur aus einem — Leistenbruch bestand. Nach einigen Tagen wurde aber der Alte wieder entlassen und erhielt von seinem Arbeitgeber, einem biederen Landwirt, folgendes Zeugnis ausgestellt:

„Der Tagelöhner A. G. aus W. hat drei Tage bei mir gearbeitet. Derselbe war sehr fleißig. Ich konnte diesen Mann nicht länger behalten da die hiesige Krankenkasse mit diesem Mann nicht aufgenommen.“  
Hochheim, den 2. 9. 08.

G. hatte natürlich in seiner Unkenntnis dies geglaubt und gegen seine Entlassung nichts erwidert, da er ja „alt und gebrechlich“ sei. Nur gegen die Krankenkasse hat er eine Wut, weil diese ihn wieder brotlos gemacht habe. Welche Krankenkasse in Betracht kommt, ist aus dem Zeugnis nicht zu ersehen, auch der Alte wußte es nicht. Sollte die Ortskrankenkasse Hochheim damit gemeint sein? Das wäre doch unerhört und im Falle der Pflicht der Kasse, sich darüber zu äußern und dem Unternehmer den Standpunkt klarzumachen.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Mißstände bei der Firma Bergmann.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Bergmann, Elektricitätswerke, Oudenardorfer und Hennigsdorfer Straße, hielten am Donnerstag in den Pharus-Sälen eine stark besuchte Versammlung ab. Völkelt vom Deutschen Metallarbeiterverband referierte. Die Firma Bergmann hat sich in kurzer Zeit zu einem Riesenbetriebe entwickelt. Ueber 3000 Leute sind dort angestellt, aber in allen Abteilungen herrscht große Inzuchtigkeit und zahlreiche Klagen werden über bestehende Mißstände erhoben. Die Arbeiter werden gezwungen, Ueberstunden zu machen; sie wehren sich schon oft dagegen und vor längerer Zeit wurden 25 Proz. Zuschlag gefordert und auch bewilligt, jetzt aber ist der Zuschlag wieder verweigert worden, und man verlangt, daß die Arbeiter sich fügen. Bei der Festsetzung der Arbeitsordnung wurden die Arbeiter nicht um ihre Wünsche gefragt. Ein Arbeitsauschuß besteht nicht mehr; die Arbeiter haben darauf verzichtet, sobald sie sahen, daß der Ausschuß zur Ohnmacht verurteilt war; seit dem Frühjahr 1907 haben sie keinen Arbeiterauschuß mehr. Sehr viel lassen die sanitären Einrichtungen zu wünschen übrig; die Waschräume sind unzulänglich, an 8 Waschküchen müssen sich 70 bis 80 Personen waschen, die auf enge Räume angewiesen sind. Die Speiseküche werden nicht sauber gehalten; die Garderoben sind Bretterverschläge, die oben offen sind und die Kleider gegen Schmutz nicht schützen. Auch über die Kantinen wird geklagt, und man möchte gern wissen, wo die Ueberflüsse aus den Kantinen fließen. Die Ventilation ist schlecht; es fehlt an Schutzvorrichtungen bei den Maschinen; die Behandlung durch die Meister ist oft eine ungerechte; sehr niedrige Löhne, 37½ Pf. bis 45 Pf. pro Stunde, werden vielfach nur gezahlt. Im Glühlampenwerk hat man viele Abzüge gemacht, in der Rohrzieherei, in der Bildelei herrschen unheimliche Verhältnisse durch die Annahme der Meister. So wurde die Reihe der Klagen fortgesetzt und in der Diskussion durch die Erfahrungen der einzelnen Arbeiter illustriert. Seine Stimme erhob sich zur Verteidigung der angegriffenen Firma.

Der Referent Völkelt wie auch der Schlussredner des Abends, Mahle vom Deutschen Metallarbeiterverband, zeigten die einzige Möglichkeit, eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen, in einem gemeinsamen Vorgehen und im Anschluß an den Verband, in der festen Organisation aller Arbeiter des Betriebes.

Die folgende Resolution fand einstimmige Annahme in der Versammlung:

„Die in den Pharus-Sälen versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Bergmann protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die im Betriebe bestehenden Mißstände und das geübte Unterdrückungssystem, im besonderen auch gegen das überhandnehmende Ueberstundenwesen. Die Versammelten versprechen, treu zu ihrer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiterverband, zu halten und für den Ausbau ihrer Organisation zu sorgen, um zu geeigneter Zeit mit Hilfe ihres Verbandes auch bei der Firma Bergmann bessere Zustände herbeizuführen.“

#### Die Berliner Goldwaren-Industriellen und ihre Arbeiter.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes der Edelmetallindustrie schickte uns einen Bericht über die am Mittwoch abgehaltene Versammlung des Verbandes. Nach diesem Bericht wurde in der Versammlung des Arbeitgeberverbandes nach lebhafter Debatte einstimmig beschlossen, keinen neuen Tarif mit dem Metallarbeiterverband abzuschließen. Ferner wurde die Mitteilung Landkes in einer Goldarbeiterversammlung bemängelt, daß am 21. August Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden hätten; das sei nicht der Fall gewesen. Schließlich nahm man die folgende Resolution an:

„Die am 16. September 1908 im Restaurant Schultze, Berlin, Neue Jakobstr. 24/25, tagende Versammlung des Arbeitgeberverbandes der Edelmetallindustrie für Berlin und die Provinz Brandenburg erklärt: Die in den Bekanntmachungen im „Vorwärts“ Nr. 195 und Nr. 200 angegebenen Gründe für die Kündigung des vor zwei Jahren geschlossenen Vertrages für durchaus falsch, da es allen Arbeitgeber obigen Verbandes ganz fern liegt, die Arbeitsbedingungen ihrer Arbeiter zu verschlechtern. Die Zusammenziehung der Arbeitgeber hat vielmehr den Zweck, den fortwährenden Treibereien und Verheerungen gewisser Arbeitnehmer ein Gegengewicht zu bieten, um mit ihren Arbeitern endlich zu friedlichen Arbeitsverhältnissen zu kommen. Die Arbeitgeber erklären hiermit ausdrücklich, daß weder jetzt noch in früheren Verhandlungen von irgendeiner Seite vorgeschlagen worden ist, Lohn- und Akkordherabsetzungen vorzunehmen. Dagegen beschließt der Verband, gegen die Stimme des Herrn Rosl, Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsgesellschaft, Berlin.

einstimmig alle weiteren Forderungen der Arbeitnehmer abzulehnen und die zurzeit bestehenden Lohn-, Akkord- und die Arbeitsbedingungen durch eine Arbeitsordnung festzulegen.“

Die Arbeiter wissen nun, was sie von den Unternehmern zu erwarten haben, die sich vereinigen, „um mit ihren Arbeitern endlich zu friedlichen Arbeitsverhältnissen zu kommen.“ Wir fürchten, die Herren sind dazu auf einem verkehrten Wege!

Herrn Lebius gefällt es nicht, daß wir neulich mitteilten, im gelben Arbeitsnachweis würden den vorstehenden Arbeitern 50 Pf. für eine wertlose Sache abgenommen. Offenbar meint Herr Lebius, wir sprächen von einer für ihn wertlosen Sache. So wars nicht gemeint. Eine Bel-Etage in Charlottenburg ist zweifellos nicht zu verachten. Daß aber die Sache für die Arbeiter wertlos ist, mag sich Herr Lebius von seinem Freund Weiersdorf befähigen lassen. Der hat behauptet und der muß doch den gelben Nummel kennen!

### Um die „Gelben“.

Der Maschinenfabrikant Karl Nohr (Chausseestraße), seines kommunalpolitischen Zeichens auch liberaler Stadtwater, suchte sich eine Schar Getreuer im Betriebe zu sichern. Ein gelber Unterstützungsverein, angegliedert dem Bunde der Gelben, fand alle Förderung. Wer ihm untreu wurde, um dann der zielbewußten Organisation beizutreten, wurde entlassen. In den letzten Wochen, ungefähr seit Anfang August, sollen etwa 40 solcher Abtrünnigen entlassen worden sein. Natürlich wurde nach den Verführern gesucht. Zu diesen rechnete man den Mechaniker B., einen Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Er wurde entlassen. B. klagte beim Berliner Gewerbegericht auf Zahlung einer Entschädigung von 81 M., weil er ohne gesetzmäßigen Grund verbannt worden sei, einen übertragenen Akkord fertig zu machen. — Der Beklagte wandte ein, der Kläger habe Grund zu der Entlassung gegeben. Er habe während der Arbeitszeit die Plätze anderer Arbeiter aufgesucht und mit ihnen Unterredungen begonnen, um sie zu bewegen, aus dem Unterstützungsverein (gelben Verein) auszutreten und dem Deutschen Metallarbeiterverband beizutreten. Beklagter beruft sich auf Bestimmungen der Arbeitsordnung, worin es unter anderem heißt:

„Kein Arbeiter darf den ihm angewiesenen Platz verlassen oder durch andere Lokale gehen, wenn es nicht seine Arbeit erfordert. — Zusammenkünfte, Beratungen und Versammlungen in den Räumen, Höfen und Zugängen der Fabrik sind ohne Genehmigung verboten.“

Zwei Jungen des Beklagten, der Vorsitzende des Unterstützungsvereins und ein Ingenieur, traten dem Beklagten bei, sie stützten sich jedoch wesentlich auf Mitteilungen anderer.

Der Kläger trat entschieden der Behauptung entgegen, daß er während der Arbeitszeit irgendwem zu beeinflussen versucht habe. Nur während der Pausen und außerhalb des Betriebes sei das vorgekommen. Er blieb auch dabei gegenüber der Aussage eines jungen Arbeiters Hartwig, welcher ausfragte, er sei mehrmals vom Kläger angegangen worden, aus dem Unterstützungsverein auszutreten, und zwar auch während der Arbeitszeit. Dieser Zeuge ist auch ausgetreten aus dem gelben Verein und deshalb entlassen worden. Die schriftliche Austrittserklärung wurde aber außerhalb des Betriebes im Beisein des Klägers ausgefertigt. Der Betriebsingenieur Neumann behauptete, der junge Mann sei auf der Straße von B. willenlos mitgezogen worden. — Kläger protestierte energisch dagegen, daß er Leute gepöbelt hätte, dort ausgetreten und in den Verband eingetreten. Solche Leute könne man gar nicht gebrauchen. Hartwig habe ihn selber im Betriebe gefragt, wie er es mache, auszutreten. Allerdings habe er ihm ein Stück Papier gegeben, aber gleich gesagt, am besten regele man die Sache außerhalb des Betriebes, was denn auch geschehen sei.

Die Kammer 5, unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Viebrach, stellte sich Donnerstag auf den Standpunkt, daß es nur auf die Vorgänge während der Arbeitszeit innerhalb des Betriebes ankomme, und zwar in der Richtung, ob dadurch die Arbeitsordnung übertreten sei. Kläger wurde abgewiesen. Entgegen den Einwänden des Kl. 1 nahm der Gerichtshof auf Grund des kl. meinen Eintrags der Verhandlung und der Aussage des Zeugen Hartwig an, daß Kläger wiederholt auch während der Arbeitszeit auf den Arb. Plätzen anderer, und einmal in einem anderen Saal, auf Kollege einzuwirken versucht habe. Das sei ein Verstoß gegen die oben zitierten Bestimmungen der Arbeitsordnung, der seine Entlassung vor Vermeidung des Akkords rechtfertige. Er habe in dem Falle nur Anspruch auf den Mindestlohn für die geleistete Arbeit gehabt. Damit falle sein Entschädigungsanspruch in Höhe des geforderten Betrags.

### Deutsches Reich.

#### Terror.

Der Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands ist bei dem Unternehmertum der Glasindustrie, das zu dem bestorganisierten gehört, nicht gut angefahren. Anderen Unternehmern ist es in der Verhinderung der Organisation um nichts nach. Ganz besonders erachteten die Unternehmer die gegenwärtige Krise für die günstigste Gelegenheit, wo sie der Organisation eine Schlappe beibringen können. Dem rücksichtslosen Vorgehen der Unternehmer des Südens und Westens gegen die organisierten Glasmacher, das in Wahregelungen und Aussperrungen besteht, hat sich nun auch die Direktion der Glashütten von Gertraudenhütte und Ufch, zweier Städte, die im Riesenschen liegen, angeschlossen. Schon immer war ihr die Organisation ein Dorn im Auge. Kein Mittel war ihr zur Schwächung der Organisation zu schlecht. Wahregelungen, Räumung der von den Hütten gestellten Wohnräume und viele andere Schikane sind bisher an der Tagesordnung gewesen. Trotz alledem gelang es ihr aber nicht, die Organisation zu vernichten. Jetzt hat die Direktion der beiden Hütten aber zu einem der verwerflichsten Mittel gegriffen, um der Organisation den Garaus zu machen. Das „Schneidemühlener Tageblatt“ bringt aus Ufch folgende Notiz:

„Den hiesigen — Ufch — Glasmachern und denen in Gertraudenhütte, die dem sozialdemokratischen Glasmacherverbande angehören, war von der Direktion mit Kündigung gedroht worden, wenn sie nicht aus dem Verbands ausstiegen. Derselben haben daher beschlossen, aus dem Verbands auszutreten und einen neuen Verein zu gründen.“

Leute, die sonst immer über den „Terrorismus der Arbeiter“ den Mund vollnehmen, werden das Vorgehen der Glasgewaltigen, trotzdem es ein Aktentat auf das Koalitionsrecht ist und gegen die Gewerbeordnung verstößt, ganz in der Ordnung finden.

## Versammlungen.

### Der unlautere Wettbewerb in der Berliner Zigarettenindustrie.

Mit diesem Thema beschäftigte sich eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung, die am Donnerstag in den Rüsslerkeller stattfand und den großen Saal samt den Galerien füllte. Das Referat hielt der Arbeitersekretär Franz Schmidt aus Dresden. Die Zigarettenindustrie Berlins hat sich aus recht kleinen Anfängen binnen wenigen Jahren echt kapitalistisch entwickelt. Daß es ihr gelang, die Konkurrenz aus Dresden, dem Hauptort der deutschen Zigarettenindustrie, zu überwinden, beruht hauptsächlich darauf, daß sie Handarbeit lieferte und dem Publikum aus Harzumachen verstand, daß die so hergestellten Zigaretten weit schmackhafter sind als die der Maschinenarbeit. Diese Ueberzeugung drang denn auch dermaßen durch, daß, als seinerzeit die mit Maschinen gefertigten Hälften eingeführt wurden, das laufende Publikum selbst diese Zigaretten zurückwies, in der Meinung, auch der Tabak sei mit der Maschine bearbeitet. Nun sind jedoch die Zigarettenfabrikanten Berlins dazu gekommen, die Maschinenarbeit tatsächlich allgemein einzuführen. Man will das in aller Heimlichkeit machen, so daß die Käufer nach wie vor glauben, es sei Handarbeit, was ihnen verkauft wird. Läßt sich

diese Täuschung nicht mehr aufrechterhalten, so werden die Fabrikanten jedenfalls dafür sorgen, dem Publikum weiszumachen, daß die Maschinenarbeit eigentlich besser und reiner sei als die Handarbeit. Vorläufig herrscht allerdings noch die Ueberzeugung, sowohl bei den Konsumenten wie bei den Produzenten, daß besonders das Aroma und der Geschmack der besseren Tabakforten durch die Verührung mit der Maschine stark beeinträchtigt wird. Daß die Fabrikanten nun plötzlich den guten Ruf Berlins als Zentralort der Handarbeit aufs Spiel setzen, ist offenbar eine Folge der Zigarettenpapier- und Vandalensteuer, deren Einführung dem Umfange zuzuschreiben ist, daß der Vorsitzende der Fabrikantenorganisation seinerzeit der Reichsregierung mit seinen Sachkenntnissen zur Seite sprang. Als die neuen Steuererlasse in Kraft traten, da ließ die Firma Garbaty in Berlin durch Säulenanschlag verkünden, daß sie den Verkaufspreis ihrer Zigaretten pro 10 Stück von 30 auf 35 Pf. erhöht habe, weil sie nach wie vor bestrebt sein werde, Handarbeit zu liefern. Aber im selben Augenblick hatte dieselbe Firma in ihrem neuen Betriebe zu Panow schon Zigarettenmaschinen aufgestellt, um der vielgepriesenen Handarbeit den Garaus zu machen. — Im übrigen wurden in der Versammlung noch folgende Firmen genannt, die Maschinenarbeit eingeführt haben: Carmen Sylva (Inhaber Weidmann), Herbstoli, Kanoli und Kressin. Die Firma Problem wird nach eigener Aussage ihres Chefs die Maschinenarbeit am 1. Oktober d. J. einführen. Bei dieser Firma waren noch vor einem halben Jahre über 100 Personen tätig, jetzt sind es nur noch 55 oder 60, und diese haben nicht ausreichend Arbeit, obwohl noch niemals ein so geringer Lagerbestand vorhanden war wie jetzt. Manche der bekannten Zigarettenfirmen lassen ihre Maschinenarbeit in einem anderen Betriebe herstellen und suchen sie vor ihren eigenen Arbeitern zu verheimlichen. Sie halten sich dann noch ein kleines Arbeitspersonal, um mit ihrer „Handarbeit“, die oft mit Maschinenware vermischt an den Mann gebracht wird, renomieren zu können.

Die Maschinenarbeit kostet das 1000 Zigaretten nur 72 bis 75 Pf., kommt also um rund 2 M. billiger als die Handarbeit. Natürlich werden Tausende von Zigarettenarbeitern und Arbeiterinnen dadurch brotlos gemacht. Die Vandalensteuer, die die Einführung der Maschine so stark befördert hat, hat ja nach den Ausführungen der Reichsregierung sich außerordentlich gut bewährt, und die „Industrie“ soll nicht geschädigt sein. Die Fabrikanten und auch die Händler haben bei Einführung der Steuer ihre Interessen zu wahren gewußt; die Arbeiterschaft ist es, die wieder einmal die ganze Last zu tragen hat, und das laufende Publikum wird betrogen.

Vom Referenten sowohl wie in der Diskussion wurde ausdrücklich betont, daß die Arbeiterschaft dieses Verfalls, so wenig wie in anderen Verufen, so ärgerlich ist, sich der Einführung arbeitssparender Maschin. zu widersetzen. Sie ist aber der Meinung, daß hier eine Verleugung des Produktes vorliegt, über die man noch dazu das Publikum zu täuschen sucht, und mit der die Fabrikanten nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Zigarettenindustrie Berlins überhaupt schwer schädigen werden. — Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erblickt in dem Streben der hiesigen Zigarettenfabrikanten, die bisher übliche Handarbeit durch Maschinenarbeit zu ersetzen, einen Versuch, die Laster der Vandalensteuererhebung auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Da die ausgebreitete Verwendung von Maschinenarbeit an Stelle der Handarbeit nur unter Täuschung des rauchenden Publikums über den Qualitätswert der bezogenen Waren möglich ist, so verpflichten sich die Tabakarbeiter Berlins, diese Vorgänge aufmerksam im Auge zu behalten und diejenigen Betriebe, welche Maschinenarbeit in den Handel bringen, ohne sie als solche zu bezeichnen, in geeigneter Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.“

In der im übrigen nur kurzen Diskussion hatte ein Herr Robert Wolf, der sich „Arbeitervertreter“ nennt, versucht, eine lange Rede vom Stapel zu lassen, die sich auf alles mögliche, nur nicht auf die Tagesordnung bezog. Alle wohlgemeinten Ermahnungen durch den Vorsitzenden Bömer, daß er doch zum vorliegenden Thema sprechen möchte, waren erfolglos. Man mußte dem Ranne, der übrigens in Berliner Arbeiterversammlungen schon als Konfusionsredner bekannt ist, schließlich das Wort entziehen. Er hatte in der Versammlung ein Flugblatt oder vielmehr eine Geschäftsstrecke verbreitet, worin er, weil „die sämtliche Presse“ sich über seine rettenden Ideen ausschweigt, für allerlei Steuerprojekte Propaganda macht und sich am Ende als „Arbeitervertreter“ zur Ausübung in Frageangelegenheiten sowie zu „günstiger und humaner Durchführung“ empfiehlt. Wer den Mann in Versammlungen reden gehört hat, kann sich denken, was für Erfolge der als Fragevertreter erzielen muß.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Reichsfinanzreform vor dem Bundesrat.

Berlin, 18. September. (W. Z. N.) Der Bundesrat trat heute mittag zum ersten Male nach den Ferien unter dem Vorsitz des Reichszanklers zu einer Sitzung zusammen, an welcher die leitenden Minister und Finanzminister der Bundesstaaten teilnahmen. Als erster Gegenstand stand die Reichsfinanzreform auf der Tagesordnung.

Der Reichszankler Fürst Bülow eröffnete die Sitzung mit einer längeren Ansprache, in der er auf die große innerpolitische und nationale Bedeutung der Verhandlungen hinwies und an die anwesenden Vertreter der verbundenen Regierungen die Aufforderung richtete, angesichts der unbedingten Notwendigkeit einer Neuordnung des deutschen Finanzwesens die Arbeiten mit allem Nachdruck zu fördern.

Der königlich bayerische Vorsitzende im Ministerrat, Staatsminister Dr. Freiherr von Podewils erklärte namens der von ihm vertretenen Regierung seine volle Uebereinstimmung mit den Darlegungen des Reichszanklers, wobei er gleichzeitig die Einmütigkeit betonte, mit der die verbündeten Regierungen an die Lösung der bevorstehenden Aufgabe heranzutreten gewillt seien. Seinen Ausführungen schlossen sich die leitenden Minister von Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, sowie Vertreter weiterer Bundesstaaten mit entsprechenden und eingehenden Erklärungen an.

Hierauf wurden die zur Reichsfinanzreform eingebrachten Gesetzentwürfe den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

### Die bulgarischen Eisenbahnen und die Regierung.

Sofia, 18. September. (Weldung des Wiener L. Z. Tel.-Korr.) Bureaus.) Aus Anlaß des auf der Hauptstraße der Orientbahnen Sarambch-Konstantinopel und auf den Rebenlinien ausgebrochenen Ausstandes hat die Regierung Maßnahmen in Aussicht genommen, um eventuelle Ruhestörungen auf den bulgarischen Strecken zu verhüten und bei längerer Streikdauer den Verkehr durch Truppen des Eisenbahnbataillons aufrechtzuerhalten.

### Arbeiterrisiko.

Beuthen, 18. September. (W. Z. N.) Der Zugführer Schmallog geriet auf der Jultenhütte unter einen Güterzug. Er war sofort tot. Schmallog ist Familienvater.

Brüffel, 18. September. (W. Z. N.) In Coenst St. Pierre sind zwei Brunnenarbeiter in einer Tiefe von 10 Metern von einhängendem Mauerwerk verschüttet worden. Die Rettungsarbeiten werden mit großer Energie betrieben, da die Verschütteten noch lebenseigen von sich geben.

Raul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 5 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Parteitag in Nürnberg.

1. Verhandlungstag.

Nürnberg, 18. September 1908.

Vormittags-Sitzung.

Singer

eröffnet die Sitzung 9 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß die sozialdemokratische Partei Dänemarks, die zurzeit ihren 12. Kongress abhalte, von diesem dem Parteitag brüderliche Grüße gesandt habe mit dem Wunsche für erfolgreiche Arbeit. (Beifall.) Und daß er im Namen des Parteitages diese Grüße erwidert habe.

Die Diskussion über die Budgetbewilligung wird fortgesetzt.

Reil-Stuttgart

Es wird nach außen hin einen wenig erhebenden Eindruck machen, was wir in den letzten zwei Tagen hier getrieben haben (Sehr richtig!), vor allem auf die Masse unserer Anhänger. Die Gegner aber können sich die Hände reiben, denn wir haben uns in diesen zwei Tagen arge Blößen gegeben. Es entspricht schon der ganzen Bedeutung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht, auf die Erörterung dieser praktisch-taktischen Einzelfrage zwei Tage unserer wichtigsten Zeit und darüber zu verwenden. Ich meine, wir sollten es genug sein lassen des grausamen Spiels (Sehr richtig!) und zur Vernunft zurückkehren. (Zuruf: Ja, bitte!) Die Erörterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist, und mit der vielleicht — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute noch fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht längst in der deutschen Sozialdemokratie zwei Parteien einander gegenüberständen, und wenn nicht bei jeder Erörterung einer solchen Einzelfrage neben der speziellen, einzelnen Entscheidung, die zu treffen ist, noch Nebenwende in Betracht kämen, für beide Richtungen. Weil man diese Nebenwende haben und drüber besorgt, darum scheut man auch nicht davor zurück, mit aller Absichtlichkeit in den Debatten den Gegner zu verwenden, und berghit dabei, daß jeder von uns hinterdrein an den Schmerzen dieser Wunden selber persönlich zu leiden hat. Ich selbst bin kein eingeschwores Mitglied einer der beiden Parteien, von denen ich sprache, ich habe daher auch keinen Nebenwende im Auge, sondern bilde mir ein, daß ich mir in diesem heftigen Kampfe vor und auf dem Parteitag volle Objektivität bewahrt habe. Ich bin der Meinung, daß auf beiden Seiten unglückliche Fehler gemacht worden sind, vor allem durch die übertriebene Behandlung, die die Frage in den norddeutschen Blättern und später in norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Genossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den Norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, hätte ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gemacht hätten. Jedensfalls ist es jetzt besser, die begangenen Fehler einzusehen, als neue hinzuzufügen. (Sehr richtig!) Der erste Fehler ist tatsächlich von den süddeutschen Fraktionen gemacht worden (Hört! hört!), deren Mitglied ich bin. Ich halte es aber doch für angezielt, die Debatte von überflüssigem Ballast zu befreien. Es wäre besser gewesen, wenn die süddeutschen Fraktionen sich nicht auf den Standpunkt gestellt hätten, daß die Sitzung, in der über die Budgetfrage beraten wurde, ausschließlich eine kombinierte Fraktionssitzung sein sollte. Sie hätten besser getan, anwesende Genossen heranzuziehen. (Sehr richtig!) Ein weiterer Fehler ist der, daß die Begründung der diesmaligen a u s n a h m e zu ihrer Zustimmung zu dem Budget in den süddeutschen Staaten in einer Weise gegeben wurde, daß sie in ihrer logischen Konsequenz auf die dauernde Zustimmung zum Budget führt, die auch die Genossen in den süddeutschen Staaten nicht dulden. In der Sache selbst halte ich es aber auch für verfehlt, zu sagen, daß wir bei der Budgetabstimmung unbedingt unseren prinzipiellen Standpunkt des Gegenjahres zur bestehenden Staatsordnung zum Ausdruck bringen müssen. Das hat auf die Dauer nicht die Wirkung, die wir uns davon versprochen, sondern es bindet uns die Hände und außerdem fehlt es uns ja gar nicht an anderen Gelegenheiten, bei denen wir unsere grundsätzliche Stellung der Staatsordnung gegenüber zum Ausdruck bringen können. Wenn die bisherige Geschichte eine Geschichte der Klassenkämpfe ist, wie uns im kommunistischen Manifest gelehrt wird, dann wird sie auch nicht aufhören, eine Geschichte der Klassenkämpfe zu sein. Wir haben es diesmal für erforderlich gehalten, aus der gegebenen Situation heraus für ein Budget zu stimmen. Schließlich bin ich auf der einen Seite der Meinung, daß wir die Budgetfrage nicht zu einer Frage der Demonstration gegen die bestehende Staatsordnung machen sollen, andererseits bin ich der Meinung, daß d a d u r c h die Frage, ob wir positive praktische Politik treiben wollen, nicht entschieden wird. Praktische Politik kann jeder treiben, der das Budget ablehnt, und negative Politik kann jeder treiben, der es annimmt. (Sehr richtig!) Es gibt ja nicht einmal in allen Staaten eine Endabstimmung über das Budget. Ich betrachte diese Endabstimmung als unser wichtigstes parlamentarische Kampfmittel. Naturgemäß wird dieses Kampfmittel bei den Verhältnissen zwischen uns und den bürgerlichen Parteien in der Regel Anwendung finden müssen, aber nicht immer und unter allen Umständen, denn sonst würden wir eine Politik treiben, wie der Stier im Porzellanladen. So wenig wir sonst bei jeder Gelegenheit gegen jeden beliebigen Gegner und zu allen Zeiten ein und dasselbe scharfe Kampfmittel anwenden, ebensowenig dürfen wir unter allen Umständen und zu allen Zeiten die scharfste Art des Kampfes gegen die Regierung anwenden. Wir müssen zu differenzieren lernen. Wir werden ja leider nicht oft in die Lage kommen, die Regierung durch Außerlassung dieses Kampfmittels zu schonen, aber die Möglichkeit dazu müssen wir haben. Denn wir würden sonst unter Umständen nicht nur die Annahme eines für die Arbeiter ungünstigeren Budgets herbeiführen, sondern auch noch manchen anderen Schaden anrichten, wenn wir dieses Mittel blindlings anwenden. Aus der Verwirrung, in die wir geraten sind, und die gestern ihren Höhepunkt erreicht hat, gibt es keinen anderen Ausweg als die Annahme der Resolution Frohme. (Zustimmung.) Ich verfolge damit keinerlei Nebenwende, ich sehe nicht im Verdachte, daß ich auf eine Verwässerung der sozialdemokratischen Taktik hinarbeite. Und wenn ich trotzdem versichere, daß die Resolution des Vorstandes, obwohl die süddeutschen Fraktionen voranschreitend nur in ganz seltenen Fällen bei freier Entscheidung ein Budget genehmigen würden, wenn ich Ihnen versichere, daß die Resolution des Vorstandes uns ungeheuren Schaden für unser praktisches Wirken zufügen würde, so müssen Sie mir das glauben. Bei der Annahme einer anderen Resolution als der von Frohme werden wir — davon bin ich fest überzeugt — den Frieden in der Partei schuld nicht bekommen. Zur Spaltung wird es hoffentlich nicht kommen, aber Frieden werden wir nicht bekommen, und der tut uns einzig not. Bei der Annahme des Antrages Frohme werden auch die süddeutschen Fraktionen aus der Debatte Lehren ziehen und bei ihren Abstimmungen Rücksicht auf die Stimmung in der Partei nehmen. Wenn wir den Antrag Frohme annehmen, dann wird diese Debatte die letzte Debatte über die vorliegende Frage innerhalb der Partei gewesen sein. (Lebhafter Beifall.)

Frnu Sieh-Hamburg

Ich habe zunächst namens der großen Majorität der Hamburger Delegierten zu erklären, daß wir für die Vorstandsresolution stimmen werden, (Beifall.) und zwar deswegen, weil wir die Einheitslichkeit und Geschlossenheit der Partei für unumgänglich notwendig halten. Wir sind aber der Meinung, daß diese basieren muß auf der Einheitslichkeit der

theoretischen Erkenntnis und der grundsätzlichen Auffassung, und daß sie zum Ausdruck kommen muß in der Einheitslichkeit unserer Aktionen. Und da kann ich nicht umhin zu erklären, daß die süddeutschen Fraktionen die Einheitslichkeit der Aktion nicht nur in dem Sinne gestört haben, daß die Einheitslichkeit der Gesamtpartei dadurch in die Brüche geht, sondern auch soweit die süddeutschen Staaten selbst in Frage kommen. (Sehr richtig!) Wenn gestern gesagt worden ist, durch diese Debatte würde unseren süddeutschen Genossen — besonders den badischen, die demnächst vor ihnen Landtagswahlen stehen — außerordentliche Genüsse bereitet werden, so frage ich: Wer trägt die Schuld daran? Und wie sehen diese Genüsse aus? Ist es vielleicht ein erhebendes Gefühl, wenn unseren Genossen in Baden von den Gegnern gesagt wird: Ach, Ihre kleine Hand voll Landtagsabgeordneter seid ja nicht einmal unter Euch einig gewesen! Daß in Baden und Waben eine Minorität gegen die Budgetbewilligung war, hätte die Genossen von der Majorität ruhig machen müssen, da hätten sie es sich erst recht überlegen sollen, ehe sie den Parteitag vor eine vollendete Tatsache stellten. Timm hat eine Aeußerung getan, der ich voll und ganz beistimme, nur im anderen Sinne als sie gemeint war. Er hat gesagt, es scheint, als ob Theorie und Praxis nicht immer in enger Verbindung stehen. Bedeutet die Praxis nur die Umsetzung der Theorie in die Tat, dann allerdings trifft Timms Meinung für die Süddeutschen zu. Von der Vorstandsresolution, die diese Einheit von Theorie und Praxis für die Zukunft festlegt, sagt Seymann, daß sei die Einheitslichkeit in der Mächtigkeit. Wer wird denn bei uns Parteimitglied? Nach unserem Organisationsstatut derjenige, der die Grundzüge der Partei anerkennt. Und in dem Moment, wo er es tut und Mitglied geworden ist, hat er in freigewählter Disziplin sich diesen Grundzügen unterzuordnen (Sehr richtig!) daß darf die Partei von seinem Tun und Handeln verlangen. Und wenn wir aus unserer grundsätzlichen Auffassung heraus Disziplin halten, wie kann man da von Einheitslichkeit der Mächtigkeit reden? Ist denn unsere grundsätzliche Auffassung in Bezug auf Militarismus und Marinismus immer die gleiche gewesen? Selbst diejenigen, die in der Theorie manchmal andere Anschauungen zum Ausdruck bringen, sind in der Praxis doch einig. Nicht Einheitslichkeit der Mächtigkeit ist es, nein, innerer Drang auf Grund unserer Ueberzeugung. Ich muß aber entschieden Verwahrung gegen die Behauptung einlegen, daß die große Masse der süddeutschen Genossen noch Annahme der Vorstandsresolution — in normalen Fällen will ich einmal sagen — in Zukunft eine Bewilligung des Budgets billigen werde.

Der Genosse Reil auf der einzige gewesen, der diese Behauptung zurückgewiesen und auf das richtige Maß zurückgeführt hat. Auch bei einer Ablehnung des Budgets bietet sich zur Leistung positiver Arbeit noch Gelegenheit in Höhe und Fülle. Sind denn nicht alle unsere Abgeordneten im Reichstage oder in den Landesparlamenten stets mit der ganzen Kraft dafür eingetreten, den herrschenden Klassen das möglichst abzurufen, was ihnen abzurufen war? Reil betonte sehr richtig, daß das, was wir für die arbeitenden Klassen erringen konnten, mit der Budgetbewilligung absolut nichts zu tun hat. Wenn unsere bayerischen und badischen Genossen darauf hinweisen, daß sie in der letzten Periode eine ganze Reihe von Forderungen durchgesetzt haben, dann beweist das ja gerade, daß das die Budgetverweigerung nicht berührt, daß die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien und der Regierung dadurch absolut nicht langiert wird. Denn das letzte Mal haben doch unsere bayerischen und badischen Genossen das Budget abgelehnt. Trotzdem haben sie aber ihre Forderungen in erhöhtem Maße als früher durchgesetzt. Die Erfahrung hat uns doch schon zur Genüge gelehrt, was wir auch schon auf Grund unserer theoretischen Erkenntnis wissen mühten, nämlich daß die herrschenden Klassen uns in der Gegenwart nicht deshalb zu bekämpfen, weil wir unsere grundsätzlichen Anschauungen zum Ausdruck bringen, sondern vor allen Dingen, weil wir praktische Arbeit leisten und dadurch den Herrschenden etwas abringen. (Lebhafter Zustimmung.) Ich verweise auf die Gemeinderatswahlen in Esch-Lothringen. Warum hat sich z. B. in Straßburg und Rülbauhen die ganze Ordnungspartei zusammengetan, um unsere Genossen aus den Stadtparlamenten zu vertreiben? Weil sie praktische Arbeit geleistet und für unsere Genossen eine ganze Menge von Vorteilen errungen haben. Man sagt, es handelt sich um eine Zweckmäßigkeitfrage. Ich bestreite das, will mich aber auf diesen Standpunkt stellen. Da frage ich Sie aber: Was erreichen Sie da bei Ihrer Aktion, wenn Sie das Budget angenommen haben? Wenn unsere süddeutschen Genossen betonen, daß die sozialen Verhältnisse bei ihnen nicht so verschärft sind, so haben wir doch danach zu forschen, warum die sozialen Gegensätze noch nicht so scharf wie in Nord- und Mitteldeutschland sind. Die Antwort kann nur die sein: Weil die industrielle Entwicklung noch jüngerer Datums ist. (Sehr richtig!) Dann aber haben wir gerade in der Agitation die unüberbrückbare Kluft, die das Proletariat von den herrschenden Klassen scheidet, in den Vordergrund zu stellen, um sie den breiten Massen begreiflich zu machen. Das können wir aber nimmermehr dadurch, daß wir bei den einzelnen Positionen schärfste Kritik an den Maßnahmen der herrschenden Klassen üben und zum Schluß dem Budget zustimmen, das können wir nicht, wenn wir kein gutes Haar an dem Klassenstaat lassen und dann im Parlament die Mittel zu seiner Erhaltung bieten. Wenn Timm uns den Rat gegeben hat: „Zurück zum Vertrauen“, und wenn er damit meint, daß wir in gewissem Grade den herrschenden Klassen vertrauen sollen (Anruhe), dann meine ich, daß für eine Demokratie die höchste Tugend das Mißtrauen ist. (Lebhafter Zustimmung.) Wenn er aber hat sagen wollen, daß das Vertrauen in unseren Reihen mehr ausgebaut und wieder hergestellt werden soll, dann stimme ich ihm vollkommen bei. Dann kann es aber nimmermehr angehen, daß Geberdenhörer und Geschichtsträger hier beachtet werden (Lebhafter Zustimmung), sondern die gemeinsamen Anschauungen müssen zur Grundlage der Situation gemacht werden. Dann werden wir auch zu einem guten Resultat für die Partei und damit für die proletarischen Massen kommen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag Müller-Köln auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Ebert

im Schlußwort: Parteigenossen! Parteivorstand und Kontrollkommission haben sich gestern abend noch einmal mit der Situation beschäftigt, wie sie sich aus unseren bisherigen Verhandlungen ergeben hat. Nach Lage der Dinge, und nachdem auch gestern nachmittag geradezu systematisch auf die Zuspitzung der Gegensätze hingearbeitet worden ist (Widerpruch bei den Süddeutschen), konnten wir unmöglich unseren Standpunkt verlassen. Wir haben deshalb noch gestern abend einmütig beschlossen, auf unserer Resolution zu beharren. (Bravol und Hört! hört!) Die Genossen Timm, Frank und Hildenbrand haben von der ihnen gewährten unbeschränkten Redezeit ausgiebigen Gebrauch gemacht. Ich mache Ihnen daraus keinerlei Vorwurf, sondern hebe das nur hervor, weil es mir dann noch unmöglich ist, ihren Ausführungen in allen Einzelheiten zu folgen. Es ist mir nach der Geschäftsfrage des Parteitages nicht möglich, die Diskussion einer eingehenden Würdigung zu unterziehen, ich muß mich auf das Allernotwendigste beschränken.

Es handelt sich für mich darum, dem Parteitag, der Partei, der Öffentlichkeit gegenüber das Vorgehen der Parteileitung zu rechtfertigen und die gegen uns erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Alle Redner, insbesondere auch Timm, Frank und Hildenbrand, haben anerkennen müssen, daß Weibel die Auffassung der Parteileitung in ruhiger und sachlicher Weise vertreten habe, Hildenbrand hat sogar anerkennen müssen, daß Weibel in verständlichen, ausgleichendem Tone gesprochen hat. Ich hätte nur gewünscht, daß Timm, Frank und Hildenbrand sich Weibel zum Muster genommen

hätten. (Sehr gut!) Statt dessen haben sie, wie fast alle Gegner unserer Resolution, geradezu miteinander gewetteifert, um sich an Heftigkeit, an Leidenschaft, an strupelloser Wuth der Kampfmittel zu überbieten. (Sehr richtig!) Man war geradezu systematisch bestrebt, den eigentlichen Streitpunkt, den Kern des Streites, zu verschleiern und die Sache so darzustellen, als wenn die Parteileitung mit der parlamentarischen Tätigkeit unserer süddeutschen Genossen an sich nicht einverstanden wäre, und dagegen ankämpfte. Weibel hat doch ausdrücklich erklärt, daß unsere Genossen in den süddeutschen Parlamenten ihre volle Schuldigkeit getan haben, und ich darf hinzufügen, daß in der Parteileitung keiner sitzt, der das nicht unterschreibt. Ich glaube sogar, sagen zu dürfen, daß dies die einmütige Meinung des Parteivorstandes ist. Wir behaupten lediglich, daß die erfolgte Zustimmung unserer süddeutschen Genossen zum Budget mit den Beschlüssen des Parteitages, insbesondere der Väter der Resolution, unvereinbar ist. Und, Parteigenossen, diesen Streit haben wir

nicht mutwillig heraufbeschworen,

wie Timm es uns zum Vorwurf gemacht hat. Wir haben vielmehr alles versucht, alles mögliche getan, um diesen Streit zu vermeiden. Timm sagte: Ich habe auch den Parteivorstand an, daß er nicht eingegriffen hat. Ich verlange, daß der Parteivorstand, wenn irgend eine Kleinigkeit darauf hindeutet, daß eine große Aktion gemacht wird, zusammentritt und mit seiner Erklärung nicht erst kommt, wenn das Haus angezündet ist, sondern vorher den Rat hat, mit einer solchen Erklärung vorzugehen. Ich frage Sie, Parteigenossen, sind wir bei diesem Streit nicht genau so vorgegangen, wie es Timm von uns verlangt hat? Als wir erfuhr, daß unsere badischen Fraktionsgenossen gewillt waren, für das Budget im badischen Landtage zu stimmen, da haben wir uns gesagt, daß daraus zweifellos ein Parteistreit entstehen müßte, und daß wir alles versuchen mühten, diesen Streit zu vermeiden. Wir haben uns deshalb nicht, wie uns Frank unterstellt, an unverantwortliche Forderungen, sondern an die für uns in Betracht kommende Instanz der Parteileitung, an den badischen Landesvorstand gewendet. Das geschah am 4. August, also zu einem Zeitpunkt, wo über die Absicht der Badenier noch nicht das geringste in die Öffentlichkeit gedrungen war. Man hätte aber offenbar in Baden nicht den Mut, uns gegenüber offen und klar zu erklären, daß man bereit und gewillt war, für das Budget zu stimmen. Sollte man haben, wie nachträglich behauptet worden ist, daß wir diese Mitteilung vertraulich behandeln sollten, dann hätten die Badenier das von uns verlangte können. Jedensfalls hätten sie uns auf unsere Anfrage eine Auskunft geben müssen. Frank hat in sehr bereichernder Weise den Kasseler Grundsatze und Ausspruch: Man soll offen aussprechen, was ist, für sich reklamiert.

Zu jenem Zeitpunkt aber scheint der Genosse Frank, scheint die badische Fraktion, scheint der badische Landesvorstand sich an diesen Grundsatze nicht erinnert zu haben. (Sehr gut!) Sonst hätte er offenbar uns gegenüber aussprechen müssen, um was es sich handelt. Statt dessen hat man sich hinter das bekannte Schweigegebot versteckt. Timm hat auch gesagt, das Vertrauen in der Partei ist viel wesentlicher als Resolutions. Ich gebe da Timm nicht ganz unrecht. Aber wo blieb das Vertrauen der badischen Parteileitung zum Parteivorstand, als wir diese Frage an sie richteten? (Sehr richtig!) Wenn einmal Parteitagbeschlüsse vorliegen, dann sind sie eben nicht allein bindend für die Parteileitung, sondern für die Gesamtheit der Parteigenossen, für jeden Parteigenossen. Frank hat sich bemüht — Frank oder Hildenbrand —, aus der Parteigeschichte eine ganze Reihe von Fällen vorzutragen, wo Parteitagbeschlüsse nicht beachtet worden sind. Diese Fälle können meines Erachtens hier nicht entscheidend sein. Hier um unseren heutigen Fall handelt es sich um einen Beschluß des Parteitages, der jahrelang praktisch durchgeführt worden ist, durchgeführt worden ist, ohne daß die Partei Schaden gelitten hat, durchgeführt worden ist zu Zeiten, wo die Partei geradezu glänzende Fortschritte gemacht hat.

Die allgemeine Geschlossenheit der Partei

ist die Vorbedingung für unseren Erfolg. Sie verlangt aber die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, sie verlangt die Respektierung der Parteitagbeschlüsse von jedem einzelnen. Wenn das nicht mehr geschieht, dann kommen wir zur Desorganisation, dann kommen wir zu anarchischen Zuständen, dann ist die Aktionskraft, die Schlagkraft der Partei gelähmt. (Sehr wahr!) Timm sagte, ich bin überhaupt der Meinung, daß manche Dinge, die zu einer öffentlichen Staatsaktion zum Schaden der Sozialdemokratie gemacht werden, besser erledigt würden, wenn man sich kollegial zusammenfände — allerdings nicht vom Standpunkte der Herrscher und Beherrschten, sondern vom Standpunkte der vollen Gleichberechtigung aus. Nun, Parteigenossen, nehmen Sie doch unseren Brief zur Hand — Sie haben eine Abschrift —, den wir an den badischen Landesvorstand gerichtet haben! Nicht ein Wort werden Sie in dem Briefe finden, das verkehrt wirkt. Wer wagt zu behaupten, daß dieser Brief nicht inhaltlich und seiner ganzen Form nach so gehalten ist, wie es sich unter Namenraden, wie es unter Amtsgenossen sich geziemt? (Sehr richtig!) Wir haben eine kollegiale Aussprache versucht. Was soll da die Behauptung von Timm über Herrscher und Beherrschte? Sie kann auf uns nicht zutreffen. Sie trifft auf keinen Fall zu für die Parteileitung. Wenn man dennoch mit solchen Nebenarten hier vor dem Parteitag tritt, dann erweckt man den Verdacht der Stimmungsmacherei. (Sehr richtig!) Dann erweckt man den Verdacht, daß solche Wendungen für die Wirkung auf die Parteigenossen berechnet sind, daß man die Parteigenossen aufspalten will gegen ihre Organisation, gegen ihre selbstgeschaffene Disziplin, gegen die Parteileitung. (Sehr wahr!) Wir konnten das Schweigegebot der Badenier nicht stillschweigend hinnehmen — nicht, weil wir uns persönlich darüber brüskiert fühlten, das kann nicht in Frage kommen —, nein, hier standen wichtige Interessen der Partei auf dem Spiel. Nicht uns Personen, sondern der Gesamtheit hat man in einer grundwichtigen Frage die Auskunft vertweigert, in einer Frage, die für die Gesamtpartei von allergrößtem Interesse ist. Nun soll unsere telegraphische Antwort an den badischen Landesvorstand es den Süddeutschen angetan haben. Ich muß schon sagen, daß es mich etwas verwundert hat, daß meine badischen Landsleute auf einmal so zart befaßt sein sollen. (Weiterleit.) Ich erinnere mich daran, daß einmal einer meiner Landsleute auf einem Parteitag in ganz richtiger Selbsterkenntnis von den badischen Raubbeinen gesprochen hat. (Weiterleit.) Es ist dann noch gesagt worden, es sei sehr bedauerlich, daß Ignaz Auer nicht mehr unter uns weile. Ich glaube, dem stimmen wir alle zu. Aber das eine darf ich sagen, wenn Ignaz Auer das Telegramm an die Badenier verfaßt hätte, dann wäre es etwas kräftiger ausgefallen. (Große Heiterkeit und Beifall.) Das Telegramm ist verfaßt von einem unserer Genossen, der parteinotisch als die geborene Verantwortlichkeit gilt. (Zuruf: Fankuch!) Sehr richtig! (Weiterleit und Sehr gut!) Erst als die wiederholten Anforderungen an den badischen Landesvorstand unbeantwortet blieben, sind wir an die Öffentlichkeit getreten und haben die Sache den Parteigenossen unterbreitet. Dazu kam

die Stuttgarter Konferenz.

Ich habe durchaus nichts einzuwenden gegen die Zusammenkünfte unserer Parlamentarier, wenn sie sich über parlamentarische Erfahrungen auseinandersetzen und verständigen, aber anders ist es, wenn sich solche Konferenzen damit beschäftigen, ob Parteitagbeschlüsse beachtet werden sollen oder nicht. (Sehr richtig!) Damit greift man in die Organisation ein, damit überschreitet man seine Kompetenzen, damit muß böses Mut erregt werden. Tatsächlich

hat man sich doch in Stuttgart über die Budgetbewilligung verständigigt. Gewiß war und gesagt worden, daß einmal eine solche Konferenz stattfinden soll, aber von dem Termin haben wir nichts erfahren, sind auch nicht eingeladen worden. (Hört! hört!) Diese Vorgänge waren es, die der Auseinandersetzung einen heftigen und — wie ich gern zugestehen will — zum Teil giftigen Charakter gegeben haben. Wie wir zur Preßpolemik in diesem Fall stehen, das hat Bebel schon erklärt. Ich kann das nur unterstreichen als die Auffassung des Parteivorstandes. Man hat uns heftige Vorwürfe darüber gemacht, daß wir gegen die Art der Polemik nicht eingeschritten sind. Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß der Parteivorstand im Mittelpunkt der Diskussionen gestanden hat, und gerade der Parteivorstand war es, der von den süddeutschen Blättern fortgesetzt, zum Teil sogar in der heftigsten Weise angegriffen worden ist. Genosse Quessel hat in Darmstadt geradezu ungläubliche Vorwürfe gegen uns erhoben. (Hört! hört!) Ich erinnere weiter an die Rote der „Münchener Post“ über unser Polizeiaufgebot und an die Liebenswürdigkeiten, mit denen wir in der „Frankfurter Tagespost“ bedacht worden sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir eingreifen wollten, dann hätten wir nach beiden Seiten hin einschreiten müssen. Dann aber wären wir Richter in eigener Sache gewesen, und Sie werden mir zugeben, daß unter den abwaltenden Umständen das unmöglich gewesen wäre. Es ist gesagt worden, daß wir eigentlich die Geschönten wären, man hat von Leuten gesprochen, die der Partei die Taktik vorschreiben, aber nicht den Mut hätten, sich in den Kampf zu wagen. Franz ist sogar recht deutlich geworden. Er hat uns als „Hauptträger der Berliner“, als „die Gefangenen der Berliner“ und dergleichen bezeichnet. Das soll heißen, der Parteivorstand trifft seine Dispositionen nach dem Wunsch der Berliner, er ist der Handlanger der Berliner. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Genosse Franz sollte als Jurist doch wissen, daß er für derartige Behauptungen auch Beweise antreten muß. Wo sind die Beweise? Es ist nichts als leeres Gerede, Klatsch und Tratsch, den man in Süddeutschland verbreitet. (Lebhafte Zustimmung.) In Berlin hat man in einer ganzen Reihe von Versammlungen den Berliner Parteifunktionären vorgeworfen, daß sie Werkzeuge des Parteivorstandes seien. (Sehr richtig! bei den Berliner.) Bei den Debatten über die Meißner waren wir die Gefangenen, das Werkzeug der Generalkommission. So verhält man Stimmung zu machen, wenn die Parteileitung etwas unternimmt, was einem nicht angenehm ist. Damit will man den Berliner Parteivorstand treffen, damit will man in Süddeutschland gegen uns Stimmung machen, will man appellieren an die niedrigsten Instanzen. Man appelliert an den blödesten Partikularismus. (Lebhafte Zustimmung.) Der Parteivorstand achtet mit großer Gewissenhaftigkeit darauf, daß seine Beschlüsse und Handlungen lediglich getroffen werden nach seiner eigenen, besten Überzeugung; und jede Einmischung, möge sie kommen, woher sie wolle, wird von uns in der allerentschiedensten und rücksichtslosesten Weise zurückgewiesen. (Waboo!) Ich erkläre mit aller Bestimmtheit, daß alles, was im vorliegenden Falle geschehen ist, Entscheidungen ist der eigenen Überzeugung der Parteileitung, und daß keinerlei Einwirkung von außen her von irgendeiner Seite erfolgt ist.

Wenn man die Reden von Timm, Franz und Hilgenbrand hörte, dann mühte man zu der Annahme kommen, daß die Frage der Budgetbewilligung für die Partei eine offene sei. Das ist nicht der Fall. Die Frage ist

#### in Lübeck entschieden,

der Lübecker Beschluß ist gefaßt — einmütig gefaßt worden —, ja, er ist gefaßt worden unter fast einmütiger Zustimmung der damals anwesenden zahlreichen Landtagsabgeordneten. Der Streit dreht sich darum, wie Absatz 3 der Lübecker Resolution aufzufassen und praktisch anzuwenden ist. Für uns ist für die Auslegung die Interpretation maßgebend, die Bebel als Antragsteller gegeben hat. Für die Richtigkeit dieser Auffassung möchte ich auf einen Vorgang hinweisen. Ich war damals Mitglied der Bremer Bürgerschaft. Wir Landtagsabgeordnete sind in großer Zahl mit Bebel zusammengetreten und haben ihm gesagt, daß seine Resolution praktisch nicht durchführbar sei, da es Fälle gebe, wo man für das Budget stimmen müsse, und es ist besonders auf die Fälle von Gotha und Heffen hingewiesen worden. Bebel hat sich unserer Auffassung angeschlossen. Er hat den Landtagsabgeordneten die Formulierung des dritten Absatzes überlassen. Wir Abgeordnete waren einig, daß Bebel die Interpretation dieser Bestimmung in dem Sinne geben soll, wie er es in der Tat im Plenum getan hat. (Widerspruch von David.) Genosse David, das bestreiten Sie? Ich erinnere mich dessen bestimmt. Ich weiß, daß auch hier auf dem Parteitag Abgeordnete sind, die sich dieses Vorganges erinnern. Ich habe mit dem Genossen David, mit Hilgenbrand und anderen, die damals mit zugegen waren, über diesen Vorgang gesprochen, und die Genossen haben erklärt, sie erinnerten sich dieser Vorgänge nicht mehr. (Hört! hört!)

Nach dem Verlauf der stattgefundenen Auseinandersetzungen sind wir in der Parteileitung nach wie vor der Meinung, daß die Zustimmung zum Budget sich mit dieser Bestimmung der Resolution in Lübeck nicht verträgt, immer ausgehend von der Auffassung, daß die von Bebel in Lübeck gegebene Interpretation die richtige ist. Ich kann auf alle Einzelheiten, die für den Nachweis dieser unserer Auffassungen in Frage kommen, jetzt nicht eingehen. Ich glaube, das ist auch nicht notwendig. Ich will nur auf einige wesentliche Punkte hinweisen. Für Baden, glaube ich, ist die Sache völlig klar, nachdem der Minister Wobmann unsere Präzisionsmitglieder, unsere Partei im Landtage geradezu mißhandelt hat. Nachdem er sich in solcher Weise gegen unsere Partei erklärt hatte, dürfte man schon deshalb der Regierung das Budget nicht bewilligen. (Sehr richtig!) Dazu kommt der Fall Schäußele, der meines Erachtens nicht ausgeschlossen werden kann, wenn man auch jetzt einige Staatsarbeiter in Baden Gemeindevorsteher sein läßt. Was gibt den badischen Genossen denn die Garantie, daß morgen nicht wieder dasselbe wie im Falle Schäußele eintritt? Warum denn dieses unbedingte Vertrauen zu Regierungserklärungen und zu Erklärungen von Ministern? Wenn man auch nur einen Teil des Mißtrauens, das der badische Landesvorstand gegen uns bekundet hat, gegen die Minister und die Regierung in solchen Fällen zur Anwendung bringen würde (Lebhafte Zustimmung), so könnten sie gar nicht so argumentieren, wie es geschehen ist. (Zuruf: Gotha!) Darauf komme ich noch. Unsere bayerischen Genossen haben in der Hauptsache ihre Zustimmung zum Budget mit den sozialpolitischen Fortschritten, die sie errungen haben, motiviert. Aber unsere bayerischen Abgeordneten haben doch auch in früheren Sessionen ganz erhebliche sozialpolitische Fortschritte errungen und haben trotzdem gegen das Budget gestimmt. Schon deshalb lag kein zwingender Grund vor, diesmal zuzustimmen. Wollte man den Standpunkt der bayerischen Abgeordneten konsequent durchführen, so müßten wir, wie schon wiederholt gesagt worden ist, in der Tat immer für das Budget stimmen. Man müßte schließlich auch dazu kommen, für den Reichsbeitrag zu stimmen, der auch Hunderte von Millionen an Ausgaben für Staatsarbeiter und mittlere und kleine Beamte enthält. Die Gegner können die Ablehnung des Reichsbeitrags in derselben demagogischen Weise bekämpfen, wie sie die Ablehnung des Staatsbudgets bekämpfen. Darüber sollten wir uns doch klar sein, daß das Verhalten der Gegner für unsere Taktik nicht entscheidend sein kann. Wenn wir darauf Rücksicht nehmen sollen, müßten wir unter allen Umständen auf eine sichere Bahn kommen. Hilgenbrand hat gesagt, er bedauere, daß wir im Parteivorstand nicht einen Viktor Adler hätten. Ich will ihm das gar nicht bestreiten. Aber sagen müßte ich ihm doch, daß ihm nicht Viktor Adler in diesem Fall gar nicht geholfen wäre. Es ist schon wiederholt auf den

Artikel des Genossen Viktor Adler, der am Sonntag in der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ stand, hingewiesen worden. Gestatten Sie mir, einige interessante Stellen daraus zu verlesen:

„Aber das kann dazu beitragen, die Taktik der Süddeutschen soweit zu verstehen, als dies überhaupt möglich ist, nicht aber dazu führen, sie zu billigen. Am wenigsten richtig ist das Argument, das am häufigsten gehört wird; und das auch von Feindesleuten die Gegner vorhalten, wenn sie unsere Ablehnung des Budgets als unlogisch darstellen wollen. Weil die Sozialdemokraten an der Befestigung des Budgets mitwirken, weil sie sogar eine ganze Reihe von Änderungen und Reformen durchgeführt haben, darum waren sie keineswegs verpflichtet, nun auch für das Budget, wofür sie die Verantwortung doch keineswegs übernehmen wollen, zu stimmen. Die Bewilligung des Budgets kann auch keineswegs die Bedingungen für die Annahme ihrer Anträge erleichtern und wird auch in Zukunft kaum ihren Einfluß auf weitere Erfolge verstärken. Ihre Zustimmung kann im Gegenteil von der herrschenden Partei als erzwungene Anerkennung ihrer Vorzuschüsse gedacht und agitatorisch ausgenutzt werden, vielleicht in viel empfindlicher Weise als die angeblich unlogische Ablehnung des Budgets.“

Schließlich aber waren die bayerischen Genossen unseres Erachtens verpflichtet, zu erwägen, ob die Vorteile, die ihre neue Taktik möglicherweise im besten Falle bringen könnte, den Nachteil aufzuheben vermochte, den der Streit mit sich brachte, in dem sie dadurch mit der Mehrheit der Gesamtpartei geraten müßten.“

Diese Ausführungen wird Hilgenbrand wohl nicht für sich akzeptieren, und ich glaube sogar, daß Genosse Adler gar nicht so unrecht hat mit dem Hinweis, daß sich die süddeutschen Parteigenossen durch ihre Budgetzustimmung vielleicht sogar geschadet haben. (Zustimmung.) Wenn wir in Betracht ziehen, wie unsere süddeutschen Genossen in den letzten Wochen ihre Agitation und die Mehrheit im Landtage herausgestrichen haben, dann glaube ich, daß ihnen dies bei ihrer Agitation noch mehr schaden wird, als irgendeine Budgetablehnung. Aber bei dieser Auffassung, die wir mit großer Entschiedenheit auch jetzt noch vertreten, verkennen wir keineswegs, daß man sehr wohl über die Frage, über die wir uns unterhalten, verschiedener Meinung sein kann. Das ist nichts neues. Wir haben nie und nimmer während des ganzen Streites bestritten, daß die süddeutschen Abgeordneten bei ihrer Budgetabstimmung in gutem Glauben gehandelt haben. Wir haben nie bestritten, daß sie in dem Glauben sein konnten, mit ihrer Budgetabstimmung der Partei und der Arbeiterklasse zu dienen. Das haben wir, als wir am vergangenen Dienstag uns mit den Süddeutschen auseinandergesetzt, ganz offen und klar von vornherein erklärt. Wie wir hier in Nürnberg mit der Kontrollkommission zusammengetreten sind, hat an der Spitze unserer Auseinandersetzungen diese einmütige Erklärung gestanden. (Sehr richtig!) Ich muß weiter hervorheben, daß der Absatz 3 unserer Resolution, worin erklärt wird, daß die Zustimmung zum Budget mit dem Lübecker Beschluß nicht zu vereinbaren ist, durchaus

#### nicht als Mißtrauensvotum

aufzufassen ist. Auch das haben wir bei unserer Auseinandersetzung ganz klipp und klar erklärt. Wir haben gesagt: Wir können unmöglich eine Resolution vorlegen, in der unsere süddeutschen Parteigenossen gedemütigt werden, durch die die Positionen unserer süddeutschen Genossen in den Parlamenten und gegenüber den Gegnern erschüttert wird. Das haben wir auch bei den Verhandlungen, die wir mit den süddeutschen Parteigenossen geführt haben, ausdrücklich erklärt. Der Absatz 3 unserer Resolution ist lediglich eine sachliche Entscheidung über die Streitfrage. Es soll entschieden werden, ob die süddeutschen Parteigenossen oder die Parteileitung in der Auslegung des Absatzes 3 der Lübecker Resolution recht hatten. (Zuruf: Gotha!) Darauf komme ich noch. Um diese Entscheidung kommen wir nicht herum. Nachdem wir wochenlang die heftigsten Auseinandersetzungen geführt haben, wird es die ganze Welt, werden es unsere Parteigenossen nicht verstehen, wenn der Parteitag in seiner Entscheidung der eigentlichen Streitfrage ausweichen wollte. (Sehr richtig!) Das habe ich auch am Dienstag in der Sitzung mit den Süddeutschen gesagt, und das war es, was mir von dem Genossen Segitz das Prädikat als „Scharfmacher“ eingebracht hat. (Hört, hört!) Ich darf aber hinzufügen, daß er und seine süddeutschen Genossen es gewesen sind, die später erklärt haben, daß sie nach dieser Interpretation im Absatz 3 unserer Resolution durchaus kein Mißtrauensvotum erblickten. Also es kam uns auf die sachliche Entscheidung an und dieses Recht der sachlichen Entscheidung einer Streitfrage müssen wir unter allen Umständen dem Parteitag vorbehalten. (Sehr richtig!) Wir haben die mildeste Form gewählt, und ich bin ermächtigt, für die Kontrollkommission und den Parteivorstand zu erklären, daß — wenn Ihnen vielleicht das Amendement Schütz zu unserer Resolution, wonach der Absatz 3 folgende Fassung erhalten soll: „Die Bewilligung des Budgets in den verschiedenen Landtagen ist unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden“ annehmbar erscheint, werden wir uns nicht widersetzen, daß diesem Amendement zugestimmt wird. Damit scheidet eben der Fall Gotha aus. Jedenfalls werde ich — wenn Sie so beschließen — die Gothaer Angelegenheit hier nicht mehr eingehend zu erörtern brauchen, aber ich muß dabei bleiben, daß auch bei der Annahme dieses Amendements an der sachlichen Entscheidung, die die Resolution beabsichtigt, nichts geändert wird.

Nun einige Worte zum

#### Absatz 2

der am meisten angefochten wird. Er lautet:

„Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung ist angedacht der Tatsache, daß die Gesamtzustimmung über das Budget als Vertrauensfundament für die Regierung aufzufassen werden muß, jeder gegnerischen Regierung bei der Gesamtzustimmung das Budget zu verweigern. Es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.“

Dagegen ist von Timm in seiner Rede der Einwand erhoben worden, daß die Resolution praktisch nicht durchführbar, nicht anwendbar sei, daß sie eine Verschärfung der Lübecker Resolution bedeutet. (Sehr richtig!) Das muß ich ganz entschieden bestritten. Auch nach dieser Formulierung ermöglicht die Resolution auch künftig in den Ausnahmefällen, die wir in Lübeck im Auge gehabt haben, für das Budget zu stimmen. Wir haben unter allen Umständen nur die Absicht, die Lübecker Resolution aufrecht zu erhalten. Wir sind gar nicht gewillt, sie zu verschärfen. Wir wollen aber dem dritten Absatz eine bestimmte Fassung geben, damit künftig Streitigkeiten und unrichtige Auslegungen vermieden werden. Ausnahmefälle sind auch nach der jetzigen Formulierung zulässig. Auch der Gothaer Fall, den wir übrigens für selbstverständlich halten.

Nun hat Timm der Resolution gegenüber ausgeführt: „Wie steht es denn in Bayern? Nehmen wir an, daß kein Budget zustande kommt, dann gilt das frühere. Die Ausgaben können aber nur insoweit realisiert werden, als sie die Natur eines vorher zu überschenden Staatsbedürfnisses haben, und wenn die Mittel nicht ausreichen, dann beschränkt die Regierung zunächst jene Staatsbedürfnisse, die auf geschlicher Verpflichtung beruhen und dann die, die ihr als die dringlichsten erscheinen. Erst durch das Finanzgesetz wird die Regierung gebunden. Wenden wir den Grundgedanken von Bebel auf Bayern an, so würde, wenn wir gegen ein Finanzgesetz stimmen, das den Arbeitern Vorteile bringt, das andere Budget in Kraft treten, und würden wir das tun, würde es mit unserer Vertretung vorbei sein.“

Demgegenüber verlegte Sie den Wortlaut unserer Resolution, wo es ausdrücklich heißt, daß dem Budget zugestimmt werden kann, wenn die Ablehnung desselben durch unsere Parteigenossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigen Budgets zur Folge haben würde. Ich glaube, gerade diese Formu-

lierung trifft auf den von Timm angezogenen Fall zu. Die Genossen wären in einem solchen Falle in der Lage, das Budget zu retten. Nun sagt Timm: Das ist gut gesagt, aber wie sollen wir feststellen, die gegnerischen Parteien stimmen werden, besonders bei dem Verhalten der Bündler im Landtage? Ich will zugeben, daß die Bündler sich einmal entschließen könnten, gegen das Budget zu stimmen, trotzdem sie im bayerischen Landtage von 163 Mandaten nur 12 haben, und kaum mit unseren Genossen zusammengehen würden. Aber selbst zugegeben, es könnte die von Timm angeforderte Möglichkeit eintreten, glaubt Ihr denn, Parteigenossen, daß die bayerischen Bündler, ehe sie das Budget ablehnen, es sich nicht überlegen werden, daß damit auch die Errungenschaften für die Bauern verloren gehen? Weiter kommt in Betracht, daß das für die Staatsarbeiter und Staatsbeamten an Lohn- und Gehaltsaufbesserung Errungenschaften eigentlich vertragsrechtlicher Natur ist, und durch Ablehnung des Budgets eigentlich gar nicht alteriert wird. Anders liegt es bei den Errungenschaften für die Bauern, die allerdings in der Regel nicht staatsrechtlicher Natur sind, und durch Ablehnung des Budgets getroffen werden. Ich glaube auch sagen zu müssen, daß der Fall, daß bürgerliche Parteien das Budget ablehnen, nur in außerordentlich seltenen Fällen eintreten wird. Es handelt sich da nicht um Konflikte, die sich in der Dunkelheit abspielen, sondern um Vorgänge, die mit aller Klarheit in die Erscheinung treten. Ich will da ein praktisches Beispiel anführen aus meinen Erfahrungen. In Bremen hatten wir den Fall, daß die weitaus größte Mehrheit der Bürgerschaft, die bürgerliche Kiste, mit dem Senat in einen überaus heftigen Verfassungskonflikt geraten war. Wir haben diese rabiaten Liberalen wohl so weit veranlassen können, daß sie mit uns Obstruktion trieben, daß die Mehrheit der Bürgerschaft bei der Wahl eines Senatsmitgliedes die „Bürgerschaft“ verließ; als wir ihnen aber später geraten haben, mit uns zusammen dem Senat das Budget zu verweigern, haben sie dieses Ansinnen weit von sich gewiesen. Parteigenossen! Nach allem, was ich nach der Richtung hin ausgeführt habe, müssen wir dabei bleiben, daß unser Vorschlag keine Verschärfung der Lübecker Resolution ist, sondern daß unser Vorschlag praktisch durchführbar ist, und daß unsere süddeutschen Parteigenossen sich sehr wohl auf den Boden unseres Vorschlages stellen können.

Noch eines muß ich besprechen. Es ist gestern mehrfach Bezug genommen worden auf

#### die Verhandlungen,

die wir hier mit den süddeutschen Parteigenossen geführt haben. Dabei ist versucht, Bebel in Widerspruch zu setzen mit mehreren anderen Mitgliedern des Parteivorstandes. Ich kann Ihnen darüber, wie der Vorstand und die Kontrollkommission zu dieser Entscheidung und Festlegung der Resolution gekommen sind, folgendes mitteilen: Wir hatten zu Sonntag eine Sitzung vereinbart. Bebel ist leider durch einen Vorfall in seiner Familie verhindert gewesen, dabei zu erscheinen, hat uns aber brieflich seine Ansicht in der Sache mitgeteilt. Die von uns formulierte Resolution hat Bebel dann vorgelesen und er hat sich mit dem sachlichen Inhalt voll und entschieden einverstanden erklärt. Er hat lediglich eine ganz unwesentliche und formale Änderung gewünscht. Ich habe Auftrag, im Namen Bebel's dies mit allem Nachdruck und mit aller Deutlichkeit festzusetzen. Das hat Bebel aber auch bereits in der Verhandlung, die wir mit den Süddeutschen gehabt haben, erklärt. Und nun hat Segitz gestern über die Vorgänge in jener Verhandlung sich geäußert, wozu ich mich noch kurz erklären muß. Es ist richtig, daß Segitz die Verhandlungen eingeleitet hat, aber über die Art, in der er das gestern getan hat, waren wir geradezu alle einig. (Sehr richtig!) Das war nicht die Art der Einleitung von Einigungsverhandlungen, sondern das war ein Pronuntiamento, eine klipp und klare und läbliche Erklärung: „Wenn Ihr nicht so verfährt, wie wir wünschen, dann fügen wir uns unter keinen Umständen einem Beschlusse des Parteitages.“ (Hört! hört!) Wir haben trotzdem stundenlang mit den süddeutschen Genossen verhandelt, wir haben, wie Sie wissen, hier die wichtige Verhandlung über die Meißnerfrage, bei der, wie vorausgesehen war, der Parteivorstand heftig angegriffen wurde, wobei wir eine Vorlage, auf die wir den allergrößten Wert legten, nicht verteidigen konnten, wir haben diese Sitzung veräußert auf die Gefahr hin, daß unser Vorschlag abgelehnt wird, um eine Möglichkeit zu finden, mit den süddeutschen Parteigenossen übereinzukommen; die süddeutschen Genossen erklärten aber rüdwärts, sie stehen noch wie vor auf dem Boden des Lübecker Beschlusses, aber einer Auslegung, die die wir ihm geben, stimmen sie nicht zu. Am Schluß der Verhandlung allerdings hatte Segitz, als wir gingen und einsehen, daß wir nicht zusammenkommen konnten, einen Vorschlag gemacht. Er hat erklärt: Wir sind bereit, der ganzen Resolution des Parteivorstandes mit einer Änderung zuzustimmen. (Zuruf der Süddeutschen: Hinzunehmen!) Meinetwegen können Sie sagen (Zuruf: Schluden!), . . . also gut, dann sagen wir: Segitz hat erklärt: Wir sind bereit, die Vorstandsresolution hinzunehmen, wenn im entscheidenden Absatz 3 eine Änderung vorgenommen wird, wenn in diesem Satz bestimmt wird, daß in der Regel das Budget abgelehnt werden soll. Ueher die Ausnahmen, wenn dem Budget zugestimmt werden soll, soll überhaupt nicht bestimmt werden. (Lachen.) Das soll Sache der Landesorganisationen sein.“ Das war doch der Vorschlag? Segitz befragt mich das. Sie werden mir zugeben, daß wir nach Lage der Dinge ganz außerstande waren, diesem Vorschlage von Segitz zuzustimmen. Segitz hat uns weiter erklärt, daß diese Entscheidung einem Beschlusse der süddeutschen Delegierten entspreche, die Montag getagt hat, wozu man allerdings die süddeutschen Abgeordneten, die gegenentgegnerische Meinung waren, absichtlich nicht eingeladen hat. (Hört! hört!) (Zuruf von Segitz: Das ist doch selbstverständlich!) So waren in der Tat unsere Verhandlungen und ich füge noch hinzu, daß „der Scharfmacher Ebert“ dort erklärt hat, daß wir im Vorhand und in der Kontrollkommission nach wie vor gewillt seien, alles zu tun, um einen Weg zu finden, auf dem wir uns zusammenfinden können. (Zuruf bei den Süddeutschen: Habt Ihr aber nicht getan!) Ich glaube, dieses Verhalten unserer Vertreter in dieser Sitzung zeigt ein anderes Bild, als es gestern Segitz darzustellen versuchte. (Sehr richtig!) Noch eins: Ich weiß nicht, was das für eine Art ist, aus einer so ersten Verhandlung, einer vertraulichen Verhandlung, Einzelheiten herauszurufen und sie in die Öffentlichkeit zu werfen, in der Absicht, Personen zu beschämen oder zu verächtlichen. Parteigenossen! Diejenigen, die unserer Verhandlung beizuhören, wissen, daß auch einem bekannten, mir persönlich sehr lieben Parteigenossen in dieser Auseinandersetzung eine böse Entgegnung passiert ist, die er sicher in der Öffentlichkeit nicht vertreten würde. Ich sage ganz offen: Wenn man das in der Öffentlichkeit gegen diesen Genossen ausbreiten wollte, was ihm in der begrifflichen Aufregung entsprungen ist, so würde ich sagen, das ist unschön, das ist unfein, das gehört sich nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Parteigenossen! So viel süddeutsches Wesen habe ich noch in mir, daß ich sage, eine solche Art, wie Segitz versuchte, die Verhandlungen darzustellen, das ist nicht süddeutsche Art.

Nun zur

#### Resolution Probenet

Bei aller wohlwollenden Aufnahme dieser Resolution muß ich aber doch fragen: Wie soll dadurch überhaupt eine Verschärfung herbeigeführt werden können? Verhehlen wir uns doch nicht, daß die Anschauungen der Parteileitung und die der süddeutschen Genossen über die Auslegung der Lübecker Resolution weit auseinandergehen, und wenn wir das nächste Jahr, wenn die Württemberger zum Budget Stellung nehmen müssen, zusammenkommen, dann werden sich ganz natürlich dieselben Gegenstände zeigen. (Sehr richtig!) Wenn wir uns nicht einigen, dann ist die alte Geschichte wieder vorhanden, dann ist der Streit von neuem da. (Sehr richtig!) Anders wäre es, wenn diese Resolution festlegte,

Wer die Entscheidung zu treffen hat. Frohme hat gestern seine Resolution so interpretiert, daß eine Zustimmung zum Budget nur erfolgen könne, wenn keine der hier genannten Parteistimmungen Einspruch erhebt. Das ist eine klipp und klare Sache, worüber sich viel leicht reden ließe. Und ist aber gestern abend erklärt worden, daß die süddeutschen Genossen diese Formulierung, wie sie Frohme wünschte, abgelehnt haben. (Hört! hört! Frank und Auer rufen: Wer hat das erklärt?) Wenn ich mich recht erinnere, hat Frohme das selbst den Parteigenossen mitgeteilt. Unter diesen Umständen ist es für uns unmöglich, eine andere Stellung einzunehmen als bisher. Daß die Resolution Thiele ohne weiteres abzuweisen ist, liegt auf der Hand. Und ist

#### Der Ernst der Situation

wohl betruht. Nichtsdestoweniger wissen wir keinen anderen Ausweg als die Entscheidung in die Hände des Parteitag zu legen. Möge die Entscheidung ausfallen, wie sie wolle, wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß jeder Parteigenosse, mag er heißen, wie er will, soviel demokratisches Prinzip im Leibe hat, daß er sich der Entscheidung unterwirft. (Lebhafte Zustimmung.) Es sind in der Auseinandersetzung heftige Worte gefallen. Man hat von Trennung Arbeiterbewegung, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die Phalanx, die ein Wis-mars mit den brutalsten Mitteln des Polizeistaats nicht zu sprengen vermochte, die bisher allen Stürmen standgehalten hat, die sollte gelöst und gedrohen werden wegen dieser Frage, um die wir uns hier streiten? Die mächtigste Kultur-bewegung, welche die Welt bisher gesehen hat, sollte zum Ge-spött aller Völkerverfeinde werden? Dort oben im Saale leuchtet der Spruch: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ Das ist das Motto, das wir den Arbeitern aller Länder der ganzen Welt zurufen. Und das deutsche Proletariat, das bis-her den Arbeitern der ganzen Erde ein leuchtendes Vorbild für solche Einigkeit gewesen ist, das sollte von diesem Podium herab-gerissen, sollte sich zum Gaubium der Gegner selbst zer-stückeln? Das kann nicht geschehen, das darf nicht geschehen. Wenn wir diesen Parteitag verlassen, dann soll es weder Sieger noch Besiegte geben, nur Kampf-gegnen, die getoht sind, nach erfolgter Aussprache den Willen der gesamten Partei zu respektieren und wieder einig und geschlossen zu marschieren. In marschieren gegen den gemeinsamen Feind. (Stürmischer Beifall.)

#### Es folgen persönliche Bemerkungen.

##### Geiß-Rannheim:

Ich dachte, daß ich es nicht nötig hätte, über den Verkehr zwischen dem badischen Landesvorstand und dem Parteivorstand noch weiter zu sprechen. Nachdem aber Ebert in seinem Schlusswort darauf eingegangen ist, erkläre ich folgendes: Wir haben am 4. August einen Brief des Vorstandes bekommen, durch den wir gefragt wurden, wie es denn eigentlich mit der Sache stehe, man habe gehört, daß die Bayern und die Wadenser für das Budget stimmen wollten. Wir sollten Auskunft darüber geben, ob etwas Wahres daran sei, damit der Vorstand in die Lage käme, auf Anfragen wahrheitsgemäß zu antworten. In dem Briefe stand nichts davon, daß der Vorstand für sich als eigene Koporation Auskunft verlange. (Lachen.) Wir mußten daher der Meinung sein, daß diese an den Parteivorstand gerichteten Anfragen seitens des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ erfolgt seien. Schon bevor der Brief aus Berlin bei uns eintraf, war in der „Leipziger Volkszeitung“ der bekannte Artikel mit der Ueberschrift „Wirds bald?“ erschienen. Wir wollten dem Vorstand eine ganz authentische und sichere Nachricht geben, und haben deshalb den folgenden Montag abgewartet, wo wir zur Fraktions-sitzung nach Karlsruhe geladen waren. Hier wurde gesagt, man sei bereit, diesmal für das Budget zu stimmen, aus den be-zeits von Frank angeführten Gründen. Die Landeskommission schloß sich dem an. Sie war der Meinung, daß die Uebereinstimmung dadurch nicht verfehlt würde. Aber es wurde weiter gesagt: Wir werden nur für das Budget stimmen, wenn das Deduktions-gesetz angenommen und das Beamten-gesetz gesichert sei. Die Regierung hatte nämlich gedroht, falls das Deduktions-gesetz nicht in ihrem Sinne angenommen werde, das Beamten-gesetz zurückzuziehen, und dann wären unsere Genossen genötigt gewesen, gegen das Budget zu stimmen. Diesen Moment wollten wir abwarten. Wir war auf eine Anfrage von der Fraktion mitgeteilt worden, daß das Deduktions-gesetz am nächsten Tage erledigt sein sollte. Aus diesem Grunde erließen wir das Schweigebot, bis die Fraktion wüßte, wie sie stimmen würde. Nun hat sich aber die Entscheidung über das Deduktions-gesetz bis zum Dienstag hingezogen, und nachdem das Telegramm von den Kindereien eingetroffen war, das uns so erfreut hat, haben wir sofort bei der Fraktion angefragt, wie es mit der Deduktions-trage stehe. Als die Entscheidung am Dienstag fiel, erschien bereits der Artikel im „Vorwärts“ über Parteiverrat, In-subordination usw. (Frank: Das ging vom Parteivorstand aus.) Wir konnten gar nicht anders handeln. Wir hatten den besten Willen, dem Vorstand zu antworten, aber wir wollten ihm eine präzise Antwort geben. Wir verwahren uns dagegen, daß wir uns gegen den Vorstand auflehnen wollten.

##### Singer:

Der Redner hat zwar keine persönlichen Bemerkungen gemacht, ich habe mich aber doch für verpflichtet gehalten, ihn aus-zureden zu lassen, weil ich es als Unzufriedenheit angesehen hätte, wenn ich dem Vorstehenden des badischen Landesvorstandes die Mög-lichkeit dazu nicht gegeben hätte. (Lebhafte Zustimmung.)

##### Frohme:

Ebert erwähnte eine Mitteilung, die ich Singer gemacht hätte. Um von vornherein jeder Mißdeutung vorzubeugen, habe ich zu er-klären: Ich habe im Einverständnis mit Singer mich erboten, mit den süddeutschen Parteigenossen auf der Basis meiner Resolution eine Verständigung zustande zu bringen, und es war ganz selbst-verständlich, daß ich nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet war, dem Genossen Singer davon Mitteilung zu machen, welche Be-dingungen die Süddeutschen stellten. Das werden unsere süd-deutschen Parteigenossen mitgeben und Singer wird es be-fähigen.

##### Linn

gibt namens der Mehrheit der süddeutschen Dele-gierten folgende Erklärung ab:

Wir werden der Resolution Frohme trotz aller Bedenken zu-stimmen, um einen weiteren Beweis zu liefern, wie hoch uns die Geschlossenheit und das Gesamtwohl der Partei liegt. In der vorgegebenen Art der Verständigung erblicken wir auch den Weg, die Frage der Budgetabstimmung in einer Weise zu sichern, die das gegenseitige Vertrauen mehr als bisher sichert und wieder die Selbstständigkeit der Fraktion außer acht läßt, noch eine den verfassungsmäßigen Bestimmungen der Einzelstaaten widersprechende Bindung bezweckt. Würde aber die Resolution Frohme in irgendeiner Weise verschärft, so würden wir sie ab-lehnen.

##### Singer:

schlägt folgenden Abstimmungsmodus vor: Es soll zunächst über den Antrag Schöpflin und die Resolution Thiele und darauf in namentlicher Abstimmung über die Resolution Frohme abgestimmt werden. Durch die Annahme der Resolution Frohme wäre die Resolution der Parteileitung erledigt, wird aber die Resolution Frohme abgelehnt, dann soll zunächst der Änderungs-antrag Schöpflin zur Abstimmung gelangen, und dann diese Resolution selbst zur Abstimmung gelangen, und zwar würde ab-jahweise abgestimmt werden. Die Gesamt-abstimmung würde eine namentliche sein, die Anträge 74 bis 85 würden sich durch Annahme der Resolution der Parteileitung

erledigen. Sollte diese Resolution abgelehnt werden, würden diese Anträge der Reihe nach zur Abstimmung kommen.

##### Seine:

Der Vorschlag von Singer ist zwar korrekt, aber über die Vorstandsresolution mühte vor der Resolution Frohme abgestimmt werden. (Widerspruch.) Ich bin natürlich nicht der Meinung, daß der Vorschlag Singers aus Abneigung gegen jemanden erfolgt ist, aber es ist nicht denkbar, daß eine Ab-stimmung über eine Resolution erfolgt, bevor eine schärfere er-ledigt ist. Das hat auch Ebert vorhin erklärt. Es wird Genossen geben, die für den Fall der Ablehnung der Resolution der Parteileitung, und nur für diesen Fall, sich der Resolution Frohme an-schließen würden. (Widerspruch der Berliner.) Das würden gerade Sie sein, Genossen aus Berlin. (Erneuter Widerspruch der Berliner.) Vielleicht begnügen Sie sich auch damit nicht, aber logisch wäre es doch, daß man erst über das weitergehende Verbot abstimmen würde. Nach dem Vorschlag von Singer könnte es passieren, daß überhaupt nichts zustande kommt.

##### Singer:

Ich bin dem Redner dankbar, daß er in die Lauterkeit meiner Absichten keinen Zweifel setzt, aber ich glaube, das hätte nicht erst betont werden brauchen. Im übrigen stimme ich ihm nicht zu. Es muß den Befürwortern der Resolution Frohme, die das Mindere wollen, die Möglichkeit gegeben werden, wenn dies abgelehnt wird, das Schärfere anzunehmen. Der Wille aller Gruppen des Parteitag kommt viel eher bei Annahme meines Vorschlages als bei der Annahme desjenigen von Seine zum Aus-druck. (Lebhafte Zustimmung.) Ich lasse die Frage der Abneigung bei Seite, ich würde mich schämen, wenn ich mich gegen einen solchen Vorwurf verteidigen müßte. Mein Vorschlag bezweckt, den Willen des Parteitag zum Ausdruck zu bringen und dabei jeder Richtung die Möglichkeit zu geben, voll zur Geltung zu kommen. Wer das will, kann gar nicht anders, als meinen Vorschlag an-nehmen.

##### Käppler-Altenburg

schließt sich den Ausführungen Singers an. Redner erklärt, daß er zwar auf dem Boden der Resolution des Vorstandes stehe, aber trotzdem für die Resolution Frohme stimmen werde, weil er es nicht verantworten könne, den Unfrieden in der Partei noch weiter zu fördern. Diesen seinen Standpunkt könne er durch den Vor-schlag von Singer zum Ausdruck bringen.

##### Abler-Niel

ist gleichfalls mit den Ausführungen Singers einverstanden.

##### Seine:

Singer muß in etwas erregter Stimmung sein, wenn er aus einer so harmlosen und gut gemeinten Bemerkung etwas wie eine Spitze herausliest. Ich hatte durchaus keine Hintergedanken. Singer hätte nicht so pikiert zu sein brauchen.

##### Auer-München

erklärt, daß die süddeutschen Genossen für den von Singer vor-geschlagenen Abstimmungsmodus sind.

Der Parteitag schließt sich mit überwältigender Mehrheit dem Vorschlage Singers an.

Zunächst wird der Antrag Schöpflin, Nr. 185, in beiden Teilen mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso der Antrag Thiele. Darauf wird in namentlicher Abstimmung die Resolution Frohme mit 217 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

##### Singer:

Ich habe mitzuteilen, daß Dr. Südekum nicht anwesend sein kann, weil er wegen schwerer Krankheit in seiner Familie ab-berufen ist. Er hat mich ausdrücklich gebeten, das mitzuteilen.

Nunmehr bringt Singer die Resolution des Partei-vorstandes und der Kontrollkommission zur Ab-stimmung, und zwar zunächst in einer Vorabstimmung den Ab-änderungsantrag Schöpflin zum dritten Absatz der Resolution. Der Antrag Schöpflin wird in einfacher Abstimmung ab-gelehnt und dann werden die einzelnen Sätze der Vorstandsresolution mit Mehrheit angenommen. Hierauf findet die Gesamt-abstimmung über die Vor-standsresolution statt. Sie ist eine namentliche.

Während das Ergebnis dieser Abstimmung festgestellt wird, ersucht Singer, die Vorschlagsliste für die Reu-wahlen des Vorstandes und der Kontrollkommission zu machen. Die beiden Beisitzer werden von der Kontrollkommission bestimmt. Für dieses Jahr soll darunter eine Genossin sein.

##### Genossin Waaber (zur Geschäftsordnung):

Es ist mir bekannt geworden, daß ich auf die Vorschlagsliste gesetzt worden bin. Ich bitte von meiner Person Abstand zu nehmen. Ich habe die Gründe bereits auf der Frauenkonferenz und den vorangegangenen Besprechungen mit den Frauen klar-gelegt. Es ist dies mein eigener Entschluß, den ich mir reiflich über-legt habe. Es ist mir aber ein lebhafter Wunsch, mit der jüngeren Genossin, die in den Parteivorstand gewählt werden wird, in schwererlicher Gemeinschaft zu arbeiten und unsere Bewegung zu fördern. Nur die Liebe zur Bewegung hat mich veranlaßt, meinen Entschluß zu fassen. (Bravo!)

##### Singer verkündet nunmehr das

##### Ergebnis der Abstimmung.

Mit Ja haben gestimmt 258 Mitglieder des Parteitag, mit Nein 119. Die Resolution des Parteivorstandes und der Kontroll-kommission ist also angenommen.

(Die Listen über die namentlichen Abstimmungen werden im Protokoll veröffentlicht werden.)

Singer: In einer Erklärung gebe ich dem Genossen Segib das Wort.

##### Segib:

Parteigenossen! Im Auftrage von 88 Delegierten aus Bayern, Waden, Württemberg und Hessen habe ich folgende, von jedem einzelnen Delegierten unterzeichnete Er-klärung abzugeben:

Die unterzeichneten Parteimitglieder erklären: Wir er-kennen dem deutschen Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und in den tatsächlichen Angelegenheiten, die das ganze Reich be-zühren. Wir sind aber auch der Ansicht, daß in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation die ge-eignete und zuständige Instanz ist, die auf dem Boden des ge-meinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den be-sonderen Verhältnissen selbständig zu bestimmen hat, und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation ver-antwortlichen Landesfraktion vorbehalten bleiben muß. (Leb-hafter Beifall bei den Süddeutschen.)

##### Singer:

Der Parteitag nimmt Kenntnis von dieser Erklärung; sie geht zu Protokoll. Ich schlage nunmehr dem Parteitag vor, sich zu vertagen. Der Parteitag ist damit einverstanden, Schluß 12½ Uhr.

Das Antworttelegramm, das der Parteitag an den Kongress der dänischen Arbeiterpartei richtet, hat folgenden Wortlaut:

Der Nürnberger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie dankt für die herzlichen Brudergrüße und erwidert sie. Wir wünschen Euren Verhandlungen den besten Erfolg für die Sache der Proletariat aller Länder. Der Nürnberger Parteitag. J. A. Singer.

#### Nachmittags-sitzung.

Dara eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

#### Sozialpolitik und der neue Kurs.

In diesem Antrag der Tagesordnung liegt die Resolution 128 und der Antrag 12 vor.

##### Referent Mollenhuth:

Man sollte meinen, daß es bei uns in Deutschland vom reinen Zufall abhängig ist, ob einmal in der Sozialpolitik Fortschritte möglich sind oder nicht. Die Gegner von heute sind die Freunde von morgen, um übermorgen in anderer Konstellation sich wieder geschlossen gegenüberzustellen. In Stelle der Freihandelspolitik trat die Periode der Schutzzölle; dann kam die Ära der Februarer-lasse, in der es schien, als ob wirklich Sozialpolitik getrieben werden sollte, bis das soziale Kaiserium sehr bald vor dem Stumm-schen Scharfmachertum kapitulierte. Der kurzen Periode der Handelsvertragspolitik folgte die agrarische Periode, in der das Zentrum als Trumpf war, die eigentliche Periode Bülow. Mit dem Zentrum als Trumpf hat man den Budgettarif von 1902 gemacht, mit dem Zentrum als Trumpf die Steuerreform 1908. Und 1907 tritt dann wieder eine ganz andere Parteikonstellation ein. Da wird vielleicht mancher sagen, bei einem solchen Hin und Her kann es auch einmal eine Konstellation geben, in der die soziale Politik Trumpf ist, und es hat ja Leute gegeben, die vom Bloch Sozial-politik erwarteten haben. Die Zahl der sozialpolitischen Anträge im Reichstage könnte ja auf eine Reizung zur Sozialpolitik schließen lassen. Aber bei näherem Zusehen finden wir, daß der Bloch unfähig ist, überhaupt Sozialpolitik zu treiben. Soweit im Bloch der Liberalismus zur Aktion gelangt, ist es ein Liberalismus im Gegensatz zum Sozialismus, ein Liberalismus für rein kapi-talistische Politik. Es ist kein Zufall, daß gerade unter dem Bloch-lurs der bekannte Alexander Tille im Saarrevier die Frage der Gründung einer Partei der Arbeitgeber aufwirft, die die Geset-zgebung zu beherrschen soll wie bisher der Bund der Landwirte. Die Blochpolitik wurde ja eingeleitet durch den Brief an Vöckel, wodurch der Reichslügenverband zur Bülowischen Wahlmaschinerie gemacht wurde und in dem bezüglich der Sozialpolitik nur der eine Satz stand, daß in keinem Lande der Welt so viel für die Arbeiter geforgt sei wie in Deutschland. Das bewog den Zentral-verband der deutschen Industriellen, die Mittel herzugeben für die Wahlwahlen. Die äußersten Gegner der Sozialpolitik haben die Wahlen bezogen. Sie sind die Herren der Situation, und will der Bloch ihre Unterstützung auch ferner haben, so muß er ihre Wünsche befriedigen. Die Zentralverbändler hatten recht, den Fürsten Bülow zu unterstützen, denn noch nie hat es einen solchen Stillstand in der Sozialpolitik gegeben wie unter Bülow. Und das in einer Periode eines unerhörten wirtschaftlichen Auf-schwunges in ganz Deutschland, dem ein moderner Staatsmann in demselben Tempo auch mit der Sozialpolitik folgen müßte. Diese Entwicklung, diese Organisation, wie sie in den Kartellen und anderen kapitalistischen Gebilden sich heraus entwickelt haben, konnte auch ein so fühner Denker wie Marx in ihrem Umfange und in ihrer Größe nicht voraussehen. Die Kapitalanhäufung bedeutet eine gewaltige Steigerung der Macht der Kapitalisten, und mit dem wirtschaftlichen Einfluß wächst auch der politische Einfluß dieser Klasse, und daraus ergibt sich eine Entrechtung der in der Produktion tätigen Personen, wie man sie unter früheren wirtschaftlichen Systemen kaum gekannt hatte. In den Vorteilen des Großbetriebes ist die Akkumu-lation des Kapitals ursprünglich begründet. Indem die Wissenschaft in den Dienst der Produktion gestellt wurde, wurden den Laboratorien der Forscher die großen chemischen und elektrischen Apparate, und auch die alten Industrien wurden voll-kommen umgewandelt. In der weiteren Entwicklung wurden dann eine Reihe selbständiger Produktionszweige zusammen-gepöppelt, und so entstanden die großen gemischten Werke, es kam eine völlige

#### Umwandlung der Industrie.

Mehr und mehr bilden sich große Werke und an Stelle des ein-zelnen Kapitalisten treten die Aktiengesellschaften. Wir haben zur-zeit 5000 Aktiengesellschaften mit mehr als 14 Milliarden Mark Kapital in Deutschland. An Stelle des persönlichen Arbeitgebers ist das inpersonelle Kapital getreten. Aus der ganzen Produktion fast sehen wir einen früher wesentlichen Faktor ausgeschaltet: die Menschenwürde des Arbeitgebers, seine persönlichen Ver-ziehungen zum Arbeiter, die bei den bürgerlichen Sozialpolitikern eine so große Rolle spielten. Was die Herren bereinst vom Mensch-lichkeitsgefühl des Unternehmers erwarteten, muß jetzt vom gefühl-losen, inpersonellen Kapital durch die Beschäftigung erungen werden. Die Konzentration des Kapitals hat die freie Konkurrenz für eine große Reihe von Produktionszweigen beseitigt. Mit Preismonopolen sünd es an. Sehr bald wurden sie überall überholt durch

12. Frankfurt a. M. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. beantragt, der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, zusammen mit der Generalkommission der Gewerkschaften bereits vor Beginn der Reichstagsverhandlungen über die sogenannte große Gewerbenobelle eine umfassende Partei- und Gewerkschaftsorganisation in die Wege zu leiten, welche auf die Erringung des geschlossenen Neunstunden-tages für Männer und Frauen mit Uebergangsbestimmungen zur allmählichen Einführung des Achtstundentages durch das neue Ge-setz abzielt und für gesundheitsgefährliche Industrien noch kürzere geschliche Arbeitszeiten fordert.

##### Resolution Nr. 123:

Die technische Entwicklung der Industrie führt zur be-schleunigten Konzentration des Kapitals, die in den Kartellen und Syndikaten ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Die Konventionen, Kartelle und Syndikate, die zur Trustbildung führen, sind notwendige Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung.

Durch die Kartellbildung und die Gründung von Berufs-genossenschaften sind jene Unternehmerorganisationen gescheitert, die ihre Spitze gegen die Interessen der Angestellten und Arbeiter richten und bestrebt sind, die Angestellten und Arbeiter völlig zu entrechteten, um die Ausbeutung steigern zu können.

Die bürgerlichen Parteien, die in den letzten Jahren eine große Anzahl sozialpolitischer Anträge gestellt haben, deren In-halt sie aus früher von Sozialdemokraten gestellten Anträgen ein-nehmen, haben wieder die Fähigkeit nach den Willen, die in diesen Anträgen gestellten Forderungen durchzuführen.

Die Regierung hat durch die neuesten Entwürfe zur Gewerbe-ordnung und Arbeitskammergesetz offen bekundet, daß sie nicht gewillt ist, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Widerspruch des Zentralverbandes deutscher Industrieller hervorruft.

Angeichts aller dieser Erscheinungen wird es notwendiger als je, daß das Proletariat alle seine Kräfte zusammenfaßt, um sein physisches und moralische Gesundheit und Kampffähigkeit zu erhalten und zu steigern. Es ist dringend notwendig, daß jeder Arbeiter der Gewerkschaft seines Berufes angehöret. Ebenso notwendig aber ist eine energische politische Agitation innerhalb wie außerhalb des Parlaments zur schleunigen Durchführung der im letzten Abschnitt unseres Parteiprogramms sowie der in der Münchener Resolution über die Arbeiterversicherung gestellten Forderungen.

##### Es ist ferner zu fordern:

1. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen.
2. Schuß der staatsbürgerlichen Rechte, Freizügigkeit, Koalitions-recht usw., gegen Angriffe durch Privatverträge, Verbot der Konkurrenzkaufel, Personalkonventionen und ähnlichen Ab-machungen, die die Angestellten und Arbeiter in ihrer Be-wegungsfreiheit zu hindern geeignet sind.
3. Sicherung des geistigen Eigentums an Erfindungen und Entdeckungen.
4. Gesetzliche Vorschriften für sogenannte Wohlfahrtsbeinträch-tigungen, wodurch eine Kontrolle ermöglicht und das Eigen-tumsrecht der Angestellten und Arbeiter an den gezahlten Beiträgen sichergestellt wird. Mollenhuth.

### Die Kartelle und Syndikate,

die als alleinige Abnehmer der Waren vom Produzenten und alleinige Verkäufer gegenüber den Konsumenten dann auch die Produktion regeln durch Kontingentierung der Produktion auf die einzelnen Werke. Im Jahre 1906 wurden in dem Deutschen Reich 385 Kartelle ermittelt, deren kolossaler Einfluss auf den ganzen Produktionsprozess ein Bild auf die Kartelle der Schwerindustrie, das Kohlen- und Holzsyndikat und den Stahlwerksverband zeigt. Die Kartelle sind da und sind notwendige Erscheinungen unserer großen kapitalistischen Entwicklung, und es ist eine große Utopie, zu glauben, daß sie durch irgendwelche Gesetzgebung wieder aus der Welt geschafft werden können. Dem rheinisch-westfälischen Kohlen- und Holzsyndikat gehören 72 Werke an mit einer Jahresproduktion von 77 Millionen Tonnen Steinkohle. Diese große Macht hat es vermocht, den Kohlenpreis seit den 80er Jahren von 4,50 und 5 M. bis auf 10,75 und 11,75 M. hinauszubringen, und sie hielt auch den verheerenden Stürmen der Krise stand. Da haben die Arbeiter ein Recht, einen steigenden Anteil an der Produktion auch für sich zu beanspruchen. Der ganze Gewinn dieser Organisation kommt ja nicht einmal allein im steigenden Preise zum Ausdruck, denn bei diesem werden auch die Arbeiterlöhne für die gewonnenen Nebenprodukte mitverrechnet. Der Stahlwerksverband vereinigt 32 Werke, die für 1907 eine Produktionsziffer von 11 871 000 Tonnen angelegt hatten, das ist annähernd 1/3 der gesamten Weltproduktion an Eisen, fast 2 Millionen Tonnen mehr als die gesamte englische Produktion beträgt. Und in der Konzentration des Kapitals ist bereits ein Uebergang zur Trustbildung vorhanden, die für das Eisen schon beinahe zum Ausdruck kommt in den Trustkongressen. Ähnlich liegt es in der chemischen und elektrischen Industrie. Die Großbanken werden zu Herrschern. Es gibt Leute und Parteirichtungen, die durch Antikartell-Gesetze diese Entwicklung aufhalten zu können glauben, z. B. das Zentrum. In Amerika hat man das getan mit dem Erfolg, daß die Trustbildung nur um so schnellere Fortschritte macht.

Und interessiert hier nur die Frage, wie diese Organisationen auf die Arbeiterklasse wirken. Bei der Kartellenquete erklärten ihre Vertreter: um die Arbeiterschaft kümmern wir uns nicht in den Kartellen, da existieren keine Vereinbarungen. Aber dieselben Leute, die in den Kartellen sitzen, sind auch im rheinisch-westfälischen Kohlen- und Holzsyndikat, im Bergbaulichen Verein, und da sind sie allerdings sehr mit der Arbeiterschaft beschäftigt. Und wenn es da noch nicht zum Ausdruck kommt, dann im Zehnerverein, einem Verein für Wohlfahrt der Arbeiter. Nach dem großen Bergarbeiterstreik wurde ein Vertrag bekannt, wonach die Mitglieder des Bergbaulichen Vereins bei einer Konventionalstrafe von 1500 M. für jeden einzelnen Fall der Uebertretung verpflichtet wurden, keine von einem anderen Mitgliede entlassene Arbeiter binnen vier Monaten nach der Entlassung aufzunehmen. Arbeiter, die wegen Vergehen gegen die Disziplin entlassen worden waren, durften überhaupt nur auf Grund eines Komiteebeschlusses angenommen werden. (Hört! hört!) 1890 kam dann der Künigsmannerverband, dem sich auch die königlich preussische Regierung mit ihren Eisenbahnwerkstätten usw. anschloß, weiter der Zehnerverband, der Tabakverein u. a., so daß wir eine

**geschlossene Kapitalistenverschöpfung gegen die Arbeiterklasse** haben. (Lebhafte Zustimmung.) Und nicht nur gegen die Handarbeiter wandten sich die Unternehmerkoalitionen, sondern auch gegen die Kopfarbeiter, die sogenannten Privatangestellten. Ich erinnere an das Vorgehen der Metallindustriellen von Augsburg gegen die Techniker. Dieser sogenannte „neue Mittelstand“ spielt eine ganz erhebliche Rolle in unserer modernen Produktion. In den Kruppischen Werken sind 5700 sogenannte Beamte angestellt. Wenn jeder von ihnen 1000 M. mehr Gehalt bekommt, so macht das schon annähernd 6 Millionen Mark aus. Gegen diesen neuen Mittelstand geht man vor mit der Konkurrenzklause und der Erfinderklausel. Die Bezahlung dieser Leute ist verhältnismäßig sehr gering. Nach einer Umfrage des Vereins für Sozialpolitik haben 60 Proz. der Privatangestellten ohne Hochschulbildung in Berlin ein Jahreskommen von weniger als 2100 Mark, von denen mit Hochschulbildung 40 Proz. (Hört! hört!) Mark sagt, die Arbeiter in den Krankenkassen bezahlen ihre Ärzte schlecht. Aber nirgends werden von den Krankenkassen so geringe Löhne gezahlt wie von den Kapitalisten an die Angestellten mit Hochschulbildung. Von den Angestellten mit Hochschulbildung, die unter 2100 Mark Gehalt haben, haben 69 Proz. ein Einkommen unter 1200 Mark (Lebhafte Zustimmung), bis 3000 Mark haben 25 Proz. der Angestellten ohne Hochschulbildung und 25 Proz. derer mit Hochschulbildung, über 3000 Mark nur 13 Proz. ohne Hochschulbildung und 30 Proz. mit Hochschulbildung, davon 2 Proz. der Leute ohne Hochschulbildung und 6 Proz. mit Hochschulbildung mehr als 4000 Mark. (Hört! hört!) Also auch die sogenannten Privatangestellten werden immer mehr proletarisiert. Wegen der Arbeiterforderungen zu stellen, so gehen die Kartellunternehmer terroristisch mit

### großen Aussperrungen

vor. Als im Jahre 1900 in Hamburg 61 Mieter einen Stundenlohn von 2 Pf. mehr forderten, wurden darauf 10 000 Werftarbeiter ausgesperrt. Genau dasselbe haben wir in diesem Jahre in Stettin erlebt. Während der einzelne Unternehmer bei der Aussperrung riskiert, seine Kunden zu verlieren, laufen die großen Syndikate diese Gefahr nicht, sie finden sicher einen Markt für ihre Produkte. Aber ganz abgesehen davon, daß die meisten Unternehmer ihren Kunden die Bedingung aufzwingen haben, daß bei einem Streik keine Forderung auf Erfüllung des Lieferungsvertrages gestellt werden kann, ist jetzt die Situation so, daß ein Streik für die kartellierten Unternehmer häufig geradezu eine günstige Marktfrage herbeiführt. Wenn es den Kohlenbaronen nicht gelungen wäre, im Jahre 1903 den Streik zu provozieren, so hätten sie 1906 und 1907 die Kohlenpreise nicht so enorm in die Höhe treiben können. Mit den

### sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen,

den Pensionsklassen, den beliebten gelben Gewerkschaften, sucht man die Arbeiter zu Veräthern an ihren Klassenossen zu machen. Wenn die Arbeiter mit Arbeitsniederlegung drohen, falls eine ihrer Forderungen nicht erfüllt wird, so wird das von den Veräthern als Erpressung angesehen. Wenn aber die Unternehmer mit Aussperrung drohen, falls die Arbeiter sich nicht einen Lohnabzug gefallen lassen, gilt das nicht als Erpressung. Unsere Justiz geht ja bekanntlich nach dem Grundsatz: Wenn zwei dasfelbe tun, so ist es nicht dasfelbe. Dazu kommt der gewaltige politische Einfluss der Großindustriellen. Der Zentralverband deutscher Industrieller bezahlte dem Fürsten Bülow die Wahlen, er unterzieht jedes Gesetz, was sich irgendwie mit Sozialpolitik befaßt, einer meist abfälligen Kritik. Wie gerade die Stellung der Industriellen zur Regierung ist, so ist auch der sozialpolitische Kurs. Auf einer Versammlung des Zentralverbandes der Industriellen am 28. Oktober v. J. begrüßte Herr Bopelius seine Gäste mit folgenden Worten: „Meine Herren! Dann habe ich die Freude, seine Excellenz den Minister v. Rheinbaben hier begrüßen zu können. Excellenz v. Rheinbaben ist ja eigentlich kein Reformminister für den Zentralverband, aber seine frühere Stellung als Regierungspräsident eines außerordentlich industriellen Bezirkes, hat ihn überall in die Lage gebracht, die Industrie zu verstehen, und so bin ich sicher, er ist einer der wärmsten Freunde der Industrie.“

Also alle Minister, außer dem preussischen Finanzminister, werden von Herrn Bopelius als Reformminister für den Zentralverband bezeichnet, und keiner dieser Minister hat es gewagt, dagegen zu protestieren. Die Industrie nützt ihren politischen Einfluss ebenso ihren Lohnsklaven gegenüber aus, wie die Junker dies bei den Landarbeitern tun. Wenn es für die Landarbeiter noch so wenig Arbeiterrecht gibt, so rüht das auch daher, daß die Landarbeiter der Sozialdemokratie bis heute noch zum größten Teil fernstehen, denn alle Sozialgesetze sind fast aus-

schließlich ein Erfolg der Wirksamkeit der Sozialdemokratie. Ohne die Chartisten wäre in England seinerzeit der Achtstundentag nicht durchgesetzt worden. Die deutsche Sozialdemokratie hat seit 1898 fortgesetzt sozialpolitische Anregungen gegeben. Die ganze Versicherungsgesetzgebung wurde zuerst von Bebel angeregt. Aber die Sozialgesetzgebung hat sich immer in sehr bescheidenen Grenzen gehalten. Selbst zur Zeit des bekannten Februarsturzes hat man fast nur vor dem brutalen Nachtgebot jener Schachtmacher, welche gegen das sogenannte soziale Königtum energig Front machten.

In der Seemannsordnung ist teilweise der Achtstundentag durchgeführt, und bei der letzten Regelung hat man verschiedene Bestimmungen, die bis dahin fakultativer Natur waren, zu einem zwingenden Recht gemacht. Aber man darf nicht vergessen, daß Fürst Bülow dieses Gesetz von seinem Vorgänger übernommen hatte. Was ist

### während der Amtszeit des Fürsten Bülow

selbst geschehen? Er trat sein Amt an, als die bekannte 12 000 M.-Affäre spielte, also als die Arbeiter mit dem Zuchtstrafgesetz beglückt werden sollten. 1903 kam das Kinderschutzesetz und dann eine Novelle zum Krankenlagesgesetz. Es folgte der Gesetzentwurf über die Berufsvereine, womit man die Arbeiterschaft in die Irre führen wollte. Das ist das, was man „Bülow'sche Sozialpolitik“ nennt. (Hört! hört!) Sojadowitz, der immerhin einiges Verständnis hatte, der aber beim Zentralverband in Ungnade gefallen war, wurde entlassen. Die Industriellen haben auf ihren Zusammenkünften eine Marschroute für die Regierung aufgestellt. Sie wollten zunächst eine Revision des Krankenlagesgesetzes nach der Richtung hin, daß die Unternehmer die Hälfte des Beitrages bezahlen sollten, um auf diese Weise den Einfluss der Arbeiter zu verdrängen, die Sozialdemokratie zu schwächen und die Verwastung der Kassen in die Hände der Unternehmer zu legen. Selbstverständlich werden die Unternehmer, wenn sie die Mehrheit in den Kassenverwaltungen haben, alles daran setzen, um die Leistungen auf das gesetzliche Mindestmaß zu beschränken. (Sehr richtig!) Die Beiträge der Unternehmer werden dann in Wirklichkeit nicht höher sein als jetzt, aber die Arbeiter werden ausgeschlossen sein. Die Unternehmer wollen weiter eine Erweiterung des § 134 des Unfallversicherungsgesetzes, der die Ansammlung eines Reservefonds vorschreibt, die angeblich die Prämie bilden soll, um später einmal eine Verschmelzung aller Versicherungszweige herbeizuführen. Sie verlangen, daß für die Witwen- und Waisenernährung zunächst Grundjahre herausgegeben werden sollen, damit sie dann endgültig zu dem Gesetz Stellung nehmen können. Die Privatbeamten sucht man mit der Pensionsversicherung zu lockern, als ob für sie etwas ganz Besonderes damit geschaffen werden soll; aber der Zentralverband verlangt hier die Zulässigkeit der Konkurrenzklause, und ferner fordert er, daß nur die Beamten mit geringem Gehalt versichert werden, sowie daß in den einzelnen Betrieben die jetzigen Kassen neben der Reichsversicherung bestehen bleiben. Mit anderen Worten: es soll aus den Pensionsklassen der einzelnen Werke eine Pfühl geschmiedet werden, um die Beamten dauernd an das Werk zu fesseln. Der Zentralverband staubt sich ferner dagegen, daß in den Werken mit ununterbrochener Arbeitszeit die Achtstundentag eingeführt wird. Er sagt, die Industrie könne das nicht vertragen. Die Arbeiter könnten den Lohnausfall nicht ertragen, und es würde auch die erforderliche Zahl von Arbeitern fehlen. Nun, wir sehen, daß in den kontinuierlichen Betrieben überall zwei oder drei Schichten bestehen, ein Mittelglied gibt es nicht. Wenn man also den Achtstundentag nicht will, dann bleibt dauernd der Zwölfstundentag. Hierbei kommen vor allem solche Betriebe in Frage, welche in Kartellen organisiert sind oder aber wo noch Monopolbetriebe bestehen, also Betriebe, die sehr wohl in der Lage sind, die Preise so zu stellen, daß sie selbst die Ausgaben, die aus der Verkürzung der Arbeitszeit entstehen, leicht tragen können. Haben wir für Feuerarbeiter auf See den Achtstundentag eingeführt, dann ist es nicht einzusehen, weshalb der Achtstundentag nicht auch für Feuerarbeiter auf dem Lande durchgeführt werden soll. Wenn jene Herren behaupten, daß sie nicht die Kosten tragen können, so ist das eine bewusste Lüge, denn seit einem Jahr-

### die Produktivität so gestiegen

und die Ausbeutung in jenen Werken so gewachsen, daß bei der ganzen Industrie der Achtstundentag heute mit Leichtigkeit durchgeführt werden könnte. Die Großindustrie ist eine derjenigen Industrien, denen wir etwas genauer in die Papiere blicken können. Wir wissen, wie viele Werke im Deutschen Reich betrieben werden, wir kennen die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Menge der erzeugten Produkte, die dafür bezahlten Preise, wir kennen für einen erheblichen Bruchteil der versicherten Arbeiter die Löhne, und können daher schätzen, wie hoch im allgemeinen die Ausgaben für Löhne sind. Wir kennen ferner die Höhe der Preise für Rohstoffe, so daß wir mit einiger Genauigkeit nachprüfen können, wie sich die Verhältnisse dort entwickelt haben. Von 1895 bis 1906 steigerte sich die Produktion von 5 017 000 Tonnen auf 11 894 000 Tonnen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter erhöhte sich von 295 000 auf 355 000. Dagegen ist der Lohn im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, wo er am höchsten ist, einschließlich der Versicherungsbeiträge nur von 1114 auf 1554 M. pro Kopf gestiegen. Diese Steigerung müssen wir aber im Hinblick auf den erzielten Profit betrachten. Es sind im Jahre 1895 698, im Jahre 1904 1280 und im Jahre 1906 1740 Millionen Mark als Erlös aus den verkauften Waren erzielt worden. Durchschnittlich wurden von jedem Arbeiter produziert: 1904 24, 1905 30, 1906 33 Tonnen. Der Durchschnittspreis der Produkte stieg von 127 auf 146 M. Während also der Preis der Tonne um 19 M. stieg, blieb der Lohn auf die Tonne berechnet, konstant, denn 1895 kam auf eine Tonne Produkte einschließlich der Versicherungsbeiträge ein Lohn von 45,60, im Jahre 1904 ein Lohn von 45,64 und im Jahre 1906 ein solcher von 46,46 M. Der Lohn ist also im ganzen um 86 Pf. gestiegen, es hat demnach eine Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter stattgefunden. Auf je 100 Tonnen fertiger Produkte kam 1895 ein Arbeitslohn von 35,83 M., 1904 ein Lohn von 33,81 M. und 1906 ein Lohn von 31,71 M. Wir sehen also, daß ein Lohnrückgang von 4,12 M. eingetreten ist, sobald man den prozentualen Betrag berechnet. In derselben Zeit sind zwar auch die Ausgaben für Eisenenergie gestiegen, auch die Preise für Kohlen, aber infolge der technischen Verbesserung der Betriebe wurden weniger Kohlen gebraucht, so daß das variable Kapital gesunken und der Mehrwert gestiegen ist. Der Achtstundentag könnte also ohne jede Schädigung durchgeführt werden. (Sehr gut.) Wir sehen weiter, daß mit dem intensiven Anspannen der Arbeiter

### die Unfallgefahr gestiegen

ist. In der Hülle der Walzwerksberufsgenossenschaft kamen auf 1000 Versicherte 152 Unfälle, 1904 191 Unfälle und 1906 198 Unfälle. Als ich diese Zahlen im Reichstage vorbrachte, da ergriff eine paar Tage später Herr v. Tirffels das Wort und verlas den Brief eines Gewerbeinspektors, der ihm mitteilte, daß diese prozentualen Zahlen nicht maßgebend seien, da die Produktivität gestiegen sei, und entsprechend der Produktivität der Arbeit auch die Unfallziffern steigen müßten.

Hiernach müßten also, wenn es einmal gelingen sollte, die Produktivität zu veranschaulichen, sämtliche Arbeiter ausnahmslos Unfälle erleiden. Nein, es ist falsch, daß die Unfallgefahr im Verhältnis zur Produktivität steigt. Die Zahl der einschlägigen Unfälle ist doppelt so schnell gestiegen, wie die Produktivität der Arbeiter. Man sollte schon allein mit Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter einen kürzeren Arbeitsdag verlangen, denn je komplizierter die Maschinen werden, desto größere Anforderungen werden an die Aufmerksamkeit der Arbeiter gestellt. Werden nun die Bloßparteien bereit sein, den Forderungen der Arbeiter zu entsprechen? Wir haben in der Resolution gesagt, daß die Forderungen der Bloßparteien schon in früheren Tagen

von uns erhoben worden sind. (Sehr richtig!) Wir sind in der Lage, für jeden einzelnen Fall die Quelle nachzuweisen. Den Achtstundentag z. B. haben die Sozialdemokraten schon 1897 gefordert, ebenso den Kinderschutz und die in der Gewerbenovelle vorgelegte Fassung, an Stelle von Fabrik zu sagen: Betriebe mit zehn und mehr Arbeitern.

Sehr viel tun die Herren sich auf die Forderung von Arbeitskammern zugute. Als bei der Wahl am 16. sächsischen Wahlkreise ein sogenannter Sozialpolittler damit agitierte, sagte ich zu ihm: „Sie sind Sie zu diesem Ausdruck gekommen, doch nur wie ein Vogel zum goldenen Ufer.“ (Heiterkeit.) Der Ausdruck stammt aus einem im Jahre 1876 vorgelegten Antrag Frische und Genossen. Genau so verhält es sich mit der Forderung des Reichsarbeitsamtes. Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung wurde schon im Jahre 1878 von Bebel gefordert. Ueberall hat man unsere früheren Forderungen kopiert!

(Sehr richtig!) In der Resolution haben wir gesagt, daß die Bloßparteien weder den Willen noch die Fähigkeit haben, solche Forderungen durchzuführen. Tatsächlich gibt es nicht eine einzige Forderung in den genannten Anträgen, gegen welche die Bloßparteien nicht schon gestimmt hätten, als wir sie zuerst aufstellten. Man geht da nicht einmal so weit, die konsequente Durchführung solcher Bestimmungen zu fordern, die bereits gesetzlich festgelegt sind. Wir haben im Reichstage beantragt, daß den Arbeitgebern, wenn ein Afford zustande kommt, ein Mindestlohn gesichert sein soll, wie er von den gleichartigen Arbeitern bei Heilohn verdient wird. Dieser Antrag war nichts weiter als die Nachbildung einer Vorchrift des Bürgerlichen Gesetzbuches, aber selbst diesen Antrag wollte man nicht gelten lassen. Wir erleben es weiter, daß man mit Rücksicht auf die gelben Gewerkschaften die Bestimmungen des § 134 Absatz 2 der Gewerbeordnung, wonach Geldstrafen nicht die Hälfte eines Tagesverdienstes übersteigen dürfen, umgeht, indem man einen Teil des Lohnes nicht Lohn, sondern „Prämie“ oder „Lantime“ nennt. Man scheidet den Arbeitern Prämien zu, die verwickelt sind in dem Augenblick, wo sie mal zu spät kommen, oder wo sonst etwas passiert, und diese Prämien sind in der Regel höher als der halbe Tagesverdienst. Als wir forderten, daß als Lohn im Sinne des Gesetzes auch alle Prämien, Lantime usw. gelten sollten, daß also dem Unfuge des Untertausens ein Riegel vorgeschoben werde, waren es die Hehl und Genossen, die sagten: mit den niedrigeren Strafen kommen wir nicht aus. Man erkannte offen an, daß die ganze Praxis nur eine Umgehung des Verbotes des § 134 ist. Aber trotzdem stimmte die Mehrheit, auch das Zentrum, gegen unseren Antrag. (Hört! hört!) Das Zentrum agitiert ja damit, daß es gewissermaßen der Vater der

### Witwen- und Waisenernährung

ist. Wie verhält es sich damit? Es stehen in den letzten Jahren rund 43 Millionen jährlich für diesen Zweck zur Verfügung. Bei der Begründung seines Antrages sagte Trimborn, daß keinerlei Beiträge von den Versicherten erhoben werden sollten. Also mit 43 Millionen jährlich will man eine Witwen- und Waisenernährung einrichten. Das ist doch die ärgste Heuchelei. (Sehr richtig!) Will man eine Witwen- und Waisenernährung, dann muß man recht erhebliche Mittel zur Verfügung haben. Wir hatten am 1. Dezember 1900 unter 56 Millionen Einwohnern 2 000 418 Witwen, also auf je 1000 Einwohner 42,87 Witwen. Rechnen wir dazu die Waisen, deren Zahl man ja ungefähr aus der Unfallversicherungsstatistik ermitteln kann, so kommen auf je 1000 Waisen 141 Waisen. Demnach gäbe es auf je 1000 Einwohner rund 101 hilfbedürftige Personen, die zu unterstützen wären. Nach der Berufszählung von 1895 kommen auf je 1000 Einwohner 427 Erwerbstätige. Diese 427 Erwerbstätigen hätten demnach die 101 Personen zu ernähren. Will man jeder Witwe nur 100 M. jährlich geben, so müßte jeder Erwerbstätige einen Betrag von 24 M. entrichten. Rechnen wir bei den Witwen mit einer Jahresrente von 136 Mark, wie sie der Unfallrente entspricht, so hat man bereits 600 bis 700 Millionen Mark im Jahre aufzubringen, also den 15. Teil von dem, was aus den Beiträgen herauskommt. Wenn also Trimborn sagt, wir wollen nicht, daß Beiträge erhoben werden, so heißt das mit anderen Worten, man will die Witwen- und Waisenernährung nicht! (Sehr gut.)

Es gilt, unsere sozialpolitischen Forderungen möglichst energig zu vertreten. Wir zwingen dadurch die anderen Parteien wenigstens zu Schein Konzessionen, oder wir können dadurch um so eher darauf hinweisen, daß alle Parteien, mögen sie sich auch noch so oft ein sozialpolitisches Mantelchen umhängen, Gegner der Arbeiterklasse sind. Wir haben unsere bekannten Forderungen: Achtstundentag, Ueberwachung der gewerblichen Betriebe, Erforschung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch Reichsstatistik, all diese Forderungen, die im „Erfurter Programm“ niedergelegt sind und weiter die Forderungen, die wir an die Arbeiterversicherung stellen und in der Münchener Resolution niedergelegt haben, energig in den Vordergrund zu stellen, wir haben eine große Bewegung

in Szene zu setzen, daß von Nord und Süd, von Ost und West immer wieder gefordert wird, diese Dinge endlich einmal zur Durchführung zu bringen. Wir haben nicht nur für die Industriearbeiter, sondern für die Arbeiter aller Kategorien ein einheitliches Recht zu schaffen; wir haben dafür zu sorgen, daß der Arbeiterschutz erweitert, die Gewerbeordnung und die Landesgesetze gegen die Arbeiterschaft abgeschafft, daß durch Reichsgesetze die Vergarbeiterverhältnisse geregelt, die Eisenbahnarbeiter, die eigentümlicherweise der Gewerbeordnung nicht unterstehen, unter gewerblichen Schutz gestellt, dann aber auch nach der privatrechtlichen Seite Sicherungen getroffen werden. Wir haben in unsere Resolution einige neue Forderungen aufgenommen: außer der Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechtes vor allem den Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, der Freizügigkeit, des Koalitionsrechtes gegen den Angriff durch Privatverträge, ein Verbot der Konkurrenzklause, der Personalpaktitionen und ähnlicher Abmachungen, die die Freiheit der Arbeiter beeinträchtigen. (Sehr gut!) Derartige Forderungen sind um so nötiger, als bei dem Ausstehen der Großproduktion in Kartellen den großen Unternehmerorganisationen gegenüber der Arbeiter aufgehört, Vertraglichender zu sein, vielmehr Objekt eines Vertrages wird, den die Arbeitgeber unter sich schließen. In diesen Abmachungen, diesen Kartellen, den Personalpaktitionen, niemandem aufzunehmen, der nicht von der letzten Firma die den Betreffenden beschäftigt hat, empfohlen wird, ist ein Stück Sklavenhandel etabliert worden, das auf dem Wege der Gesetzgebung bekämpft werden muß. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Konkurrenzklause. Bei den Großindustriellen hat ja die Kundenliste aufgehört, Betriebsgeheimnis zu sein. Der ursprüngliche Anlag der Konkurrenzklause fällt damit weg. Man soll den bestrafen, der auf unlauterem Wege sich in den Besitz eines Betriebsgeheimnisses setzt und im übrigen dem Angestellten sein geistiges Eigentum sichern, auch wenn er aus dem Betriebe herausgeht. (Sehr richtig!) Wir verlangen dann weiter Vorchriften für die sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen, eine Kontrolle, die das Eigentumsrecht an den von Angestellten und Arbeitern bezahlten Beiträgen sicherstellt. Diese

### sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen,

diese Pensions- und Unterhaltungsklassen usw., die dazu angetan sind, die gelben Gewerkschaften zu züchten, werden ja aus demselben Fonds gespeist, aus dem sonst die Löhne genommen werden. Man fesselt damit den Arbeiter an das Werk, um ihn auf die Dauer billiger zu haben. Mit diesem Unfug muß aufgeräumt werden. Wo solche Klassen existieren, sollen sie der Kontrolle der Arbeiter wie auch der öffentlichen Kontrolle unterworfen sein. Das Geld, das dem Arbeiter abgenommen wird, soll sichergestellt werden. Vielleicht wird das dazu führen, daß die eine oder die andere der Klasse nicht mehr aufrecht erhalten wird.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

# Der Parteitag in Nürnberg.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

## Mollenbuhr (fortfahrend):

Ich weiß nicht, ob die Arbeiter das zu bedauern haben, denn sie sollten darauf drängen, daß die öffentlich-rechtliche Versicherung derartig ausgebaut und ergänzt wird, daß sie auf Wohlstandsklassen von einzelnen Fabriken nicht angewiesen sind. Jeder Arbeiter soll sich das, was er zum Unterhalt seiner Familie braucht, selbst erwerben können, und im übrigen soll die Reichsversicherung eintreten. (Sehr richtig!) Aber gerade auf diesem Gebiete herrscht überall Stillstand. Um die Art der Sozialreform, wie sie gegenwärtig im Bloß betrieben wird, so recht ins helle Licht zu stellen, hätte ich nur nötig, die im letzten Jahr verabschiedete Unfallversicherungs-Novelle im einzelnen zu erörtern. Es gilt, überall eine Agitation einzuleiten, um die soziale Bewegung vorwärts zu treiben. Da heißt es, in Versammlungen die Arbeiter anrufen, daß sie fordern, worauf sie ein Recht haben. Sie haben ein Recht darauf, daß ihre Gesundheit, ihr Leben gesichert wird, daß sie ein menschenswürdiges Dasein führen können, und das kann nur dadurch erlangt werden, daß man auch innerhalb der heutigen Gesellschaft in der Sozialpolitik das bewilligt, was bewilligt werden kann. (Beifall.)

## Kunze - Frankfurt

berufet den Antrag 12. Er will das, was Mollenbuhr in umfassender Weise als Gesamtprogramm in der Sozialpolitik entworfen hat, für die allernächste sozialpolitische Praxis festlegen. Er legt ein bei unserem bekannten, sozialpolitischen Programm und führt aus, daß für die Unterstützung der Aktionen unserer Parlamentarier nichts dienlicher sein kann, als noch vor Zusammentritt des Reichstages eine großartige, gemeinschaftliche Agitation von Partei und Gewerkschaften für den Kernpunkt des Arbeiterschutzes, nämlich die Verkürzung der Arbeitszeit — ins Werk zu setzen. Wir wollen eine Lehre ziehen aus der Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes, bei der die Aktion unserer Abgeordneten nicht durch eine umfassende Agitation unterstützt worden ist. Es kann keine glücklichere Gelegenheit geben als diese, die Massen aufzuklären über das Bloßregime, das den Arbeitern eine Kleinigkeit hinwegführt, was zwar als einen Schritt vorwärts erscheint, aber den regierungsfremdlichen Unternehmern nicht weh tut. Es gilt, den Arbeitern auszuweisen, wie ungenügend — selbst unter dem augenblicklichen Stand der Dinge — die Vorschläge in der Gewerbenovelle sind, insbesondere der Vorschlag des Feststundentages für die Frauen und Mädchen. Ist doch nach den Veröffentlichungen des Reichsstatistischen Amtes durch die gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter jetzt schon erreicht, daß für Männer und Frauen eine Arbeitszeit von mehr als zehn Stunden überhaupt nur noch in 110 Betrieben vorkommen und für etwa 8000 Arbeiter, während 130 000 Arbeiter eine Arbeitszeit von 9 Stunden erlangen haben. Da ist der Vorschlag der Gewerbenovelle ein wahrer Vettelplein. Den neunstündigen Arbeitstag fordern wir in der Resolution als zunächst erreichbar im Gegensatz zum zehnstündigen Arbeitstag in der Gewerbenovelle. Seit der Verabschiedung der Reform und den letzten Reichs-Erlassen von 1892/1893 bietet sich jetzt zum erstenmal die Gelegenheit, an diesem Hauptpunkt anzupacken und dem Parlament und der Reichsregierung darzulegen, daß sie seit 15 Jahren nichts mehr zu schaffen wissen und leisten können als diese kleinen, ungenügenden Vorschläge. Unsere Gegner sind früher aufgestanden als wir. Der Zentralverband der Industriellen und andere Schrammaderverbände sind längst am Werke mit ihrer Minderfertigkeit gegen diese sozialpolitische Novelle. Da gilt es, mit der gesamten Energie, die wir durch Verbindung von Partei und Gewerkschaften erreichen, einzusetzen und damit auch zugleich die prinzipielle Klärung der Massen zu fördern an der Hand dieser bestimmten Aufgabe. Es gibt gar keine vollständigere, keine präzisere Arbeit. Es gilt, den Arbeitern klar zu machen, an der Marx'schen Proklamation „Lohnarbeit und Kapital“, die auch in unseren Gewerkschaften viel zu wenig verbreitet ist, daß jede Verlängerung der Arbeitszeit eine Vergrößerung der industriellen Reservearmee bedeutet.

## Kunze - Sonneberg

Ueber die Resolution des Vorstandes und die Resolution Frankfurt besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit. Wir müssen aber auch Protest erheben gegen die beabsichtigte Vernichtung der Selbstverwaltung der Krankenkassen. Den gewollten Zweck wird man ja nicht erreichen, da die Beamten der Krankenkassen, die man heraustrreibt, in demselben Augenblick frei werden für die Partei und die Gewerkschaften. Aber man schadet der Gesamtarbeiterchaft dadurch, daß ein Stillstand im Ausbau der Krankenkassen eintreten wird. Darum müssen wir uns mit Händen und Füßen dagegen wehren, daß die Selbstverwaltung genommen wird. Dagegen müssen die Gemeinde-Krankenkassen verschwinden, die außerordentlich viel weniger leisten als die Ortsklassen.

## Riesler - Bremerhaven

macht auf die Mißstände in den Betriebskrankenkassen aufmerksam. Es sollten darüber Erhebungen vorgenommen werden. In den Betriebskrankenkassen der Werften in Bremerhaven wird es den Arbeitern unmöglich gemacht, ihre Familien zu versichern. Wiederholte Anträge in den Generalversammlungen auf Einführung einer Familienversicherung sind abgelehnt worden, obwohl die Arbeiter sich bereit erklärt haben, die Beiträge dafür aufzubringen. Man erklärt einfach, die Sache sieht nicht auf der Tagesordnung, es wird nicht darüber verhandelt. Durch den Mangel einer solchen Versicherung geraten viele Arbeiterfamilien in Not und Elend. Ein weiterer Mißstand besteht in der Betriebskrankenkasse des Norddeutschen Lloyd, der bekanntlich vom Deutschen Reich eine Subvention bezieht. Er besteht darin, daß besonders jetzt bei der Krise Arbeiter, die lange Zeit krank gewesen sind, oder im Verdacht stehen, daß sie krank werden könnten, vor resp. nach der Krankheit entlassen werden. Schon wiederholt sind Familienväter zu mir gekommen, die lange Zeit beim Norddeutschen Lloyd beschäftigt waren und haben mir unter Tränen ihre Not gesagt. Selbst solche Arbeiter, denen man, bevor sie sich zur See begaben, versichert, daß sie ohne weiteres nachher wieder eingestellt werden würden, sind dann doch nicht wieder angenommen worden. Diese Mißstände müssen mehr in der Öffentlichkeit gekehrt werden. Man sollte das Material sammeln, um bei der Aenderung des Krankenkassengesetzes den Beweis führen zu können, in welcher rücksichtsloser Weise die Unternehmer in den Betriebskrankenkassen ihre Macht benutzen. (Sehr wahr!)

## Paul Müller - Hamburg

Mollenbuhr führt an, daß durch die Seemannsordnung für die seemannischen Arbeiter Deutschlands der Achtstundentag gesetzlich garantiert sei, soweit ihre Dienstzeit in die Tropen fällt. — Er wollte offenbar den Unternehmern, die sich gegen die Einführung des Achtstundentages in der Industrie wenden, beweisen, daß dieser bereits teilweise eingeführt ist. Ich muß aber zu den Ausführungen Mollenbuhrs einige kritische Anmerkungen machen. In der Praxis steht nämlich diese Bestimmung des Gesetzes nur auf dem Papier. Die scheinbaren gesetzlichen Garantien der achtstündigen Arbeitszeit im § 86 der Seemannsordnung werden durch den § 84 desselben Gesetzes vollständig aufgehoben. Dieser Paragraph bestimmt, daß der Schiffsmann auch in den Tropen jederzeit

den ihm übertragenen Dienst ausüben muß und die Auslegung dieser Bestimmung durch die Meeder und durch die Gerichte ist eine solche, daß die achtstündige Arbeitszeit illusorisch gemacht wird. Ich erkläre dies vor dem Parteitag, damit die binnenländische Bevölkerung sich keinen Illusionen hingibt über die Romantik des Seemannslebens, wie sie ihnen in illustrierten Zeitschriften vor Augen geführt wird. Mit Hochdruck möchte ich besonders den Schluß der Resolution Mollenbuhr unterfüteln, der eine scharfe, gesetzlich garantierte Kontrolle der sogenannten Wohlfahrtsunternehmungen der Unternehmer fordert. Solche Pensionstafeln, Invalidenanstalten usw. werden auch von den großen deutschen Werbereien zu dem ausgesprochenen Zwecke geschaffen, sie als Anreizungsanstalt gegen die Arbeiterchaft zu verwenden. Im Falle des Austritts aus dem Betriebe haben die Arbeiter nicht den geringsten Anspruch auf Rückzahlung der bereits eingezahlten Beiträge und haben auch bei der Verwaltung dieser Kassen kein Wort mitzureden. Die Wohlfahrtsanstaltungen sollten daher mit aller Schärfe erklämpft werden. (Beifall.)

## Hoch - Hanau

Aus den Reichstagsverhandlungen vom vorigen Winter über die Gewerbeordnungs-Novelle geht klar hervor, daß die Arbeiter nichts zu erwarten haben. Fast alle unsere Anträge sind niedergestimmt worden. Ueberhaupt haben die Arbeiter von den bürgerlichen Parteien in der Sozialpolitik nur insoweit Ingehaltungen zu erwarten, als es die Festlegung der von den Gewerkschaften bereits den Unternehmern abgetrotzten Ertragschaften betrifft. Wie arbeiterfeindlich die Sozialpolitik gerade unter dem neuen Kurs sich gestellt hat, dafür ist der beste Beweis das skandalöse Vorgehen der preussischen Regierung mit dem Legitimationszwang für ausländische Arbeiter, den unsere Genossen im Reichstage mit Recht als Verfassungsbruch bezeichneten. Dieser Zwang ist von einer Reihe von Bundesstaaten angenommen worden, und auch die bayerische Regierung soll mit ihm im Prinzip sich einverstanden erklärt haben. Der Arbeitssammereinsatz hatte fraglos nur die Absicht, die gelben Gewerkschaften zu fördern. Bei der Regelung der Tarifverträge möchte man die Gewerkschaften fastbar machen für alle Verträge gegen Vereinbarungen mit den Unternehmern. Bei dem Entwurf über die Anerkennung der Berufsvereine hat man das Streikrecht weiter Schichten der Arbeiter eindämmen wollen, und neuerdings sammelt man Material, um bei der nächsten Gelegenheit diesen Zweck zu erreichen. Den Versuch, bei der Novelle zur Krankenversicherung den Berufsvereinen die schlimmsten arbeiterfeindlichen Rechte nur beizubehalten, hat die Regierung in Folge des Widerstandes des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der die ganze Arbeiterschaft mobil gemacht hat, wieder aufgegeben, wenn man das auch zu verheimlichen sucht. Den Arbeitern aber will man auch die Selbstverwaltung in den Krankenkassen beschneiden, nur weil sie es wagen, von den ihnen gesetzlich gewährtesten Rechten Gebrauch zu machen. Wegen die Erhebungen über die Betriebskrankenkassen habe ich nichts einzutenden. Aber durch Erklärungen unserer Genossen erreichen wir nichts. Die Unternehmer wissen ganz genau, wie die Dinge liegen, und wollen die Betriebskrankenkassen gerade wegen dieser Mißstände. Was wir zu tun haben — und in diesem Sinne begrüße ich den Antrag der Frankfurter — ist zu protestieren und die Arbeiter zu allgemeinem Widerstand aufzurufen. Nur wenn die Arbeiter mit aller Kraft gegen die ungünstigen Bestimmungen der Novelle zur Krankenversicherung protestieren und bessere verlangen, können wir einen Druck auf die bürgerlichen Parteien ausüben.

## Sasse - Bochum

Mollenbuhr und Hoch haben schon die Gründe angegeben, weshalb den Unternehmern so viel an einer Verschlechterung des Krankenkassengesetzes liegt. Vielleicht kommt noch ein anderer Grund für sie hinzu. Auf dem Krankenlohnlosgesetz in Braunschweig ist auf den Fragebogen — nur 213 waren eingelaufen — festgestellt worden, daß die Arbeitgeber die Krankenkassen um 264 000 Mark betrogen haben. (Hört! hört!) Damit solche Betrügereien nicht mehr ans Licht der Öffentlichkeit kommen, will man das Gesetz ändern. Auch sind Bestrebungen im Gange, um die Unfallversicherung zu verschlechtern. Die landwirtschaftlichen Berufsvereine drängen darauf, daß die kleinen Unfallrenten unter 25 Proz. abgeschafft werden. Hauptächlich sind es die christlichen Bauern, die solche Wünsche haben. Im preussischen Landtage haben sich nationalliberale und Zentrumsabgeordnete zu Wortführern solcher Wünsche aufgeworfen, und auch im Reichstage sind Zentrumsabgeordnete für diese Forderung eingetreten, so erst kürzlich der Zentrumsabgeordnete Nel und der christlichsoziale Dr. Burkhardt. Die Regierung hat sich ziemlich nachgiebig verhalten. Sie gab die Zahl der Beiträge an, womit die kleinen Unfallrenten die landwirtschaftlichen Berufsvereine belasten. Sie mußte aber gleichzeitig zugeben, daß 44 Proz. der jetzigen Unfallrenten nicht bekommen würden, wenn die Unfallrenten unter 25 Proz. beseitigt würden. Ferner sucht man auch den Reichsausschuß für die Arbeitskammern zu beseitigen. Das Reich braucht eben sehr viel Geld, und hier will man sparen. An alle Versicherungsanstalten ist die Anforderung ergangen, möglichst knapp in der Bewilligung der Renten zu sein. So sind denn auch in diesem Jahre 42 000 Renten weniger bewilligt. (Hört! hört!) Während früher der Reichsausschuß jährlich um 3, 4 oder 5 Millionen flieg, ist er im letzten Jahre auf 51 Millionen stehen geblieben. Ebenso wird schon jetzt gegen den gesetzlichen Reichsausschuß für die Witwen- und Waisenversicherung vom Bunde der Landwirte und der „Deutschen Tageszeitung“ Sturm gelaufen. Wir werden dahin wirken, daß die Regierung hält, was sie beim Zollgesetz versprochen hat. Auch in anderer Weise soll das Volksgeld durchbrochen werden. Bekanntlich sollen von 1910 ab die holländischen Oligos beseitigt werden. Aus eigener Erfahrung kann ich mitteilen, daß einzelne Wollenteile sich an mich gewandt haben, wie wir uns zur Beseitigung dieser Bestimmung stellen, in Bayern gäbe es viele Gemeinden, die dann ruiniert seien, ein wahrer Unsturz würde eintreten. Wir haben natürlich mit einem blanken „Nein“ geantwortet. So sucht man gesetzliche Versprechungen zu annullieren. Aus alledem geht hervor, daß im Herbst, wenn Vorstand und Generalkommission sich zu beraten haben, eine kräftige Agitation einleitet werden muß.

## Das Schlusswort erhält

## Mollenbuhr:

Ich denke, mit der Agitation auf Erweiterung des Arbeiterschutzes kann jederzeit begonnen werden, auch dann, wenn eine besondere Anregung des Vorstandes und der Generalkommission nicht vorliegt, weil es sich hier um Dinge handelt, die dem Parteiprogramm entsprechen. Ich will aber zugeben, daß von Zeit zu Zeit eine einheitliche Agitation notwendig ist, und zwar besonders gegenwärtig. (Erneute Zustimmung.) Wenn Müller sagte, daß die Bestimmungen der Seemannsordnung, die den Achtstundentag für Feuerleute in transatlantischer Fahrt und für Seeleute in den Tropen vorzieht, wesentlich nur auf dem Papier stehen, so gilt das eigentlich für alle Bestimmungen des Arbeiterschutzes, deren Durchführung nicht von starken Organisationen überwacht und erzwingen wird. Deshalb habe ich auf die Notwendigkeit einer Organisation der Arbeiter in meiner Resolution hingewiesen. So geht es überall. In den kleinen Orten z. B., wo die Wäcker keine Organisation haben, da ist die Bundesratsverordnung, die eine Regalarbeit von allerdings 12 bis 13 Stunden vorschreibt, nur auf dem Papier vorhanden. Jetzt muß die Agitation für die

Ausbreitung des Arbeiterschutzes einsehen, weil der Reichstag sich augenblicklich mit der Reform der Gewerbeordnung befaßt. Die Motive zu dieser Reform zeigen deutlich, daß man selbst im Reichamt des Innern nicht genau darüber unterrichtet ist, was eigentlich in der Gewerbeordnung steht. (Hört! hört!) So wird § 120a von den Kommentatoren, darunter dem verstorbenen Wilhelm, so ausgelegt, daß seine Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahr an Leib und Gesundheit sich auf alle selbständigen Gewerbetreibenden einschließlich der Handwerker und der hausgewerblichen Arbeiter beziehen. Die Motive behaupten, daß dieser Schutz für hausgewerbliche Arbeiter nicht besteht. Dagegen sucht der neue § 130g den bisherigen Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung den Gist im Sinne der Unternehmer auszuweihen, indem er die Schutzbestimmungen gegen übermäßig lange Arbeitszeit, die in § 120 für hausgewerbliche Arbeiter vorgesehen sind, beseitigt. (Hört! hört!) Daß dieser § 120a sich auch auf hausgewerbliche Arbeiter bezieht, geht auch daraus hervor, daß eine Reihe von Verordnungen, die sich nur auf diese beziehen, erlassen worden sind. So hat der jetzige Minister v. Rheinbaben als Regierungspräsident von Düsseldorf die Benutzung von Weigewichten in der Hausweberei verboten und seine Behörde hat darin eine Uebertretung der Gewerbeordnung gesehen. In einem sächsischen Bezirke ist durch Verordnung die Verwendung von Bleifarben zur Herstellung von Spielwaren verboten worden, wenn die Arbeitsstätte zugleich die Schlafstelle ist. Hier handelt es sich also offenbar um Familienbetriebe. Aus alledem geht klar hervor, daß man sich so stellt, als kenne man die Gewerbeordnung nicht, um einen Teil des bisherigen Arbeiterschutzes zu eskamotieren. (Lebhafte Zustimmung.) In den Motiven wird weiter behauptet, daß Bundesratsverordnungen nur für das ganze Reich erlassen werden können. Offenbar hat der Bundesrat die Gewerbeordnung nicht durchgesehen, denn der § 84 befaßt ausdrücklich, daß die landwirtschaftlichen Verordnungen und Ausführungsbestimmungen des Bundesrats auch für bestimmte Bezirke erlassen werden können. (Lebhafte Hört! hört!) Da liegt der Widerspruch auf der Hand. Unsere Fraktion muß mehr fordern, als die Novelle zur Gewerbeordnung bietet. (Lebhafte Zustimmung.) Es wird z. B. in der Motivierung gesagt: So muß in den gesundheitsgefährlichen Betrieben in der Regel den Arbeitern das Mitnehmen von Nahrungsmitteln und geistigen Getränken oder das Rauchen bei der Arbeit verboten werden. Auch muß ihnen die Reinigung der Hände usw. vor der Einnahme der Nahrungsmittel sowie die Benutzung der ihnen von den Arbeitnehmern zu stellenden Schutzvorrichtungen zur Pflicht gemacht werden. Gewiß kann man die verschärften Bestimmungen im allgemeinen nützlich finden, aber warum schreibt man dann nicht in das Gesetz hinein, daß es nur Vorschriften sein müssen zur Verhütung von Krankheiten und Unfällen? Und weiter frage ich: warum sagt man denn nicht einfach, daß der Arbeiter dem Unternehmer unbedingt Gehorsam schuldet, gemäß Bestimmungen, ähnlich wie sie in der Seemannsordnung und in den Gesetzen für landwirtschaftliche Arbeiter bestehen? Es muß hier eine Beschränkung eingeführt werden. Charakteristisch ist es, daß die Versätze gegen die Vorschriften mit Geldbuße bis zu 300 M. oder mit entsprechender Haft oder Gefängnis geahndet werden sollen. Der Arbeiter, der es unterläßt, seine Hand zu waschen, soll genau so bestraft werden wie der Fabrikant, der die Gesundheit Hunderttausender von Arbeitern aufs Spiel setzt. (Hört! hört!) Das ist eine eigenartige Bestimmung. Es entsteht dadurch folgende Gefahr: Es ist z. B. im Unfallversicherungs-Gesetz eine Bestimmung vorhanden, wonach dem Arbeiter, welcher bei Begehung eines Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens verunglückt, die Rente aberkannt wird. Bleibt nun die Strafe aus § 147 bestehen, dann ist die Bestrafung wegen dieser Vorschriften eine Vergehensstrafe, die unter Umständen den Verlust der Unfallrente zur Folge haben kann. Darum ist diese Bestimmung so gefährlich. Man kann die ganze Gewerbeordnungs-Novelle durchnehmen, sie ist noch der einen Seite unvollkommen, nach der anderen Seite enthält sie geradezu gemeingefährliche Bestimmungen, und aus diesem Grunde ist es geboten, eine Agitation dagegen zu entfalten und die Arbeiter aufzuklären über das, was ihnen droht, und über das, was sie im Augenblick fordern müssen. Dazu halte ich die gegenwärtige Zeit für angebracht. Es kommt darauf an, in jene Gegenden einzubringen, wo bisher die Arbeiter noch hinter anderen Parteien herlaufen; hier muß man den Arbeitern klarmachen, was sie zu fordern berechtigt sind. Dadurch werden ihnen die Augen geöffnet, und schließlich werden die Arbeiter, die bei den letzten Wahlen noch den Segnern Heeresfolge geleistet haben, umgestimmt, und wir können sie bei den nächsten Wahlen als Wähler in unseren Reihen zählen. (Beifall.)

Die Resolution 129 und der Antrag 12 werden einstimmig angenommen.

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wird das Referat Geyer über die Reichsfinanzreform auf Sonnabend vertagt.

Der Schluß der Sitzung wird durch die Erledigung verschiedener Angelegenheiten ausgefüllt.

Zunächst erhält

**Raben**  
das Wort, um dem Parteitag noch eine Entscheidung der Kontrollkommission mitzuteilen: In Schneeberg in Sachsen waren schon seit Jahren Differenzen unter leitenden Parteigenossen ausgebrochen, die so sehr ausarten, daß ein Schiedsgericht einberufen werden mußte, welches den Genossen Dehm und Seibel die Rechte aberkannt, Ehren- und Vertrauensämter innerhalb der sozialdemokratischen Partei — auf unbestimmte Dauer — zu bekleiden. Nur auf Beschluß der Kreisorganisation können sie in diese Rechte wieder eingesetzt werden. Dem Genossen Rees wurde eine Rüge und dem Genossen Jakob ein Verweis erteilt. Während die Genossen Dehm, Seibel und Rees sich bei dem Urteil beruhigten, rief der Genosse Jakob die Kontrollkommission an und verlangte, daß der gegen ihn gefällte Verweisbeschuß aufgehoben und die drei Genossen aus der Partei ausgeschlossen würden. Die Kontrollkommission kam nach Prüfung des sehr umfangreichen Materials zu dem Votum: Das Urteil gegen den Genossen Jakob wird aufgehoben. Sein Antrag auf Ausschluß der drei Genossen muß abgelehnt werden, da nicht Genosse Jakob, sondern nur die Organisation berechtigt war, einen derartigen Antrag zu stellen. Ich bitte den Parteitag, diesem Beschuß beizutreten.

Der Parteitag tritt dem Beschluß der Kontrollkommission debattelos bei.

Es folgt die Beratung der

Anträge, die die Organisationsfrage betreffen. Anträge 13—20, 56, 123 und 129; die Anträge 18, 19 und 20 werden nicht unterstützt.

13. Sächse: In Zukunft sind vor sehr wichtigen Aktionen und Vereinbarungen, die von der Haupt-Parteileitung getroffen werden sollen, die Vorstände resp. Vorsitzenden der Landesorganisationen oder Agitationskomitees zu einer Konferenz zusammenzuberufen; mindestens muß jedoch ihre Ansicht eingeholt werden.

14. Agitationskomitee für den 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis: Dem Parteivorstand wird empfohlen, bei wichtigen, die Gesamtpartei betreffenden Fragen die Vorsitzenden der Landes- bzw. Bezirkskomitees vorher gutachtlich zu hören oder sie zu einer Besprechung zusammenzuberufen.

15. Solingen: Einheitliche Beiträge für ganz Deutschland einzuführen.

16. Frankfurt a. M.: Nach dem Vorbild des Bremer Parteitag wird der Parteitag eine Organisationskommission, die

Auf Vorschlag von Singer wird zunächst der Antrag 16 zur Debatte gestellt. Der in diesem Antrag vorgeschlagenen Kommission sollen, falls der Antrag angenommen wird, alle übrigen Anträge überwiesen werden.

**Pfannkuch:**

Wir haben uns bereits in der Debatte über den Geschäftsbericht damit befaßt, daß das Organisationsstatut (sich wegen der Frauenorganisation einer Änderung bedarf, und es sind auch sonst Wünsche auf Abänderung hervorgerufen. Selbstverständlich kann der Parteitag nicht ohne genügende Vorbereitung diese Änderungen vornehmen. Ich erinnere daran, daß wir feinerzeit auf Beschluß des Bremer Parteitages auch eine Kommission eingesetzt haben, die dem Parteitag in Jena ein neues Organisationsstatut unterbreitete, das die Kreiswahlvereine als Grundlage der Organisation festlegte. Bis auf einige Wahlkreise, in denen eine nennenswerte Organisation zu schaffen noch nicht möglich war, ist diese Grundlage der Organisation durchgeführt, und sie hat in bezug auf die Gewinnung sowohl als auch in bezug auf die Aufklärung der Mitglieder und in bezug auf den finanzielle unsere Erwartungen, wenn auch nicht voll, so doch in hohem Maße erfüllt. Ich halte es für das richtigste, auch jetzt wieder eine Kommission einzusetzen mit der Aufgabe, das Organisationsstatut zu revidieren und dem nächsten Parteitag eine Resolution zu unterbreiten. Eine Vorschlagsliste, die von den Antragstellern selbst zusammengestellt ist, erlaube ich mir, dem Bureau zu überreichen.

**Haberland - Varmen:**

Auch ich halte die Wahl einer Kommission für die beste Lösung der Frage. Daß eine Änderung des Organisationsstatuts nötig ist, unterliegt gar keinem Zweifel. Ich erinnere nur an die Vorschriften über das Schiedsgerichtsverfahren. Es erscheint wünschenswert, die Einleitung von Ausschüssen zu erleichtern. Heute kann es leicht vorkommen, daß ganz kleine Parteioorganisationen wegen verhältnismäßig geringfügiger Ursachen Ausschlußanträge stellen. Ich würde der Kommission empfehlen, zu erwägen, ob es nicht wünschenswert ist, in das Statut aufzunehmen, daß nur die Wahlkreisorganisation berechtigt ist, Anträge auf Ausschluß zu stellen. In den großen Kreisen gilt das ja heute schon als etwas Selbstverständliches. Weiter würde es sich empfehlen, mildere Strafen einzuführen. Wir kennen heute nur den unbedingten Ausschluß aus der Partei, aber eine Rüge oder ein Tadel ist nicht zulässig. Weiter wäre eine Einschränkung der Zahl der Delegierten zu empfehlen. Von Jahr zu Jahr ist eine immer größere Zahl von Wahlkreisen auf dem Parteitag vertreten. Aber je mehr Kreise sich vertreten lassen, desto größer wird die Zahl der Delegierten. Sie wird schließlich so groß, daß geordnete Verhandlungen nicht mehr möglich sind. Schon aus diesen wenigen Andeutungen sehen Sie, wie notwendig die Einsetzung einer Kommission ist.

**Mülich - Lechhausen:**

Obwohl ich aus einem rein ländlichen Wahlkreis komme, bitte ich die Kommission doch, im Interesse der Gerechtigkeit die Einführung des Proportionalwahlrechts ins Auge zu fassen.

Hiermit schließt die Debatte.

Der Parteitag beschließt die Einsetzung einer Kommission, der die vorliegenden Anträge überwiesen werden.

**Singer:**

Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, daß die Kommission nur auf Grund dieser Anträge zu arbeiten hat. Die Kommission ist natürlich frei. Diese Anträge soll sie nur mit erwägen. (Zustimmung.)

Auf Grund einer Vorschlagsliste, die von Delegierten der betreffenden Landesparteien zusammengestellt ist, werden in die Kommission gewählt: Bolander, Berlin, Schubert, Berlin, Braun-Königsberg, Schütz, Breslau, Gewehr, Oberfeld, Leinert, Hannover, Hütmann, Frankfurt am Main, Bartels, Altona, Weim, Magdeburg, Segig, Nürnberg, Auer, München, Wasner, Stuttgart, Frank, Mannheim, Baudert, Weimar, Sidermann, Dresden, Lipinski, Leipzig, Stubbe, Hamburg, Hug, Pant, Raab, Darmstadt, Zeitin, Stuttgart, Zieg, Hamburg.

Außerdem erhält der Parteivorstand das Recht, zwei Mitglieder in die Kommission zu delegieren.

Damit sind die Anträge zur Organisation erledigt.

aus Vertretern der einzelnen Landesparteien zusammengestellt ist und den Auftrag erhält, eine Revision des Organisationsstatuts der Partei vorzunehmen und rechtzeitig vor dem nächsten Parteitag den Entwurf eines neuen Organisationsstatuts zu veröffentlichen.

Bei der Revision ist u. a. zu berücksichtigen: die endgültige Regelung der Frauen- und Jugendorganisation, die Änderung des Schiedsgerichtsverfahrens, der Wahlmodus zu den Parteitagen, die Einführung des Proportionalwahlrechts, die Festsetzung eines einheitlichen Geschäftsjahres für alle Orts-Wahlkreise- und Bezirksorganisationen und die Anpassung des Geschäftsjahres der Gesamtpartei an dasselbe.

17. Berlin VI: Dem § 11 des Statuts folgende Fassung zu geben:

§ 11. Der Parteitag usw.:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Aufgabe, daß Kreise, welche bis zu 5000 Mitglieder haben, durch drei, auf je weitere 5000 Mitglieder noch je einen Delegierten mehr vertreten sind.

2. Mitglieder der Fraktion.

3. Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder usw.

18. Siebenter sächsischer Wahlkreis (Meißen): Der Parteivorstand erhält den Auftrag, alljährlich ein Adressenverzeichnis der Vorsitzenden der Kreisorganisationen oder Kreisvertrauensleute herauszugeben. Diese Verzeichnisse sind den Leitern der Kreisorganisationen in gewünschter Anzahl zur Verfügung zu stellen.

19. Lechhausen: § 11 Absatz 1 des Organisationsstatuts dahin abzuändern:

1. Die Delegiertenwahlen zu den Parteitagen sind nach Reichstagswahlkreisen, nicht wie bisher nach Ortsvereinen vorzunehmen.

2. Auf 1000 Mitglieder soll ein Delegierter kommen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis mehr als drei Delegierte entsenden kann.

3. Hat ein Wahlkreis weniger als 1000 Mitglieder, ist selbsterwählbare Wahlkreise anzufügen.

4. Die Kandidaten werden in einer Wahlkreis-Konferenz aufgestellt und sind, wenn in einem Wahlkreis drei Delegierte zu wählen sind, sechs Kandidaten aufzustellen usw.

5. Die Delegationskosten trägt der oder die betreffenden Wahlkreise.

6. Die Tagesdiäten sind von dem Parteitag festzusetzen; Reisediäten bestimmt der betreffende Wahlkreis.

20. Westliches Westfalen: Für alle Parteioorganisationen der einzelnen Wahlkreise, sowohl der Bezirksverbände als auch der Gesamtheit, ist das Geschäftsjahr das Kalenderjahr, also die Zeit vom 1. Januar bis ultimo Dezember.

68. Frankfurt a. M.: Der Parteitag wolle eine Kommission einsetzen, welche zu prüfen hat, inwiefern unsere Parteigeschäfte aller Art eine richtige geschäftliche Organisation haben, und hat diese Kommission dem Parteivorstande eventuelle Abänderungsvorschläge zu machen.

122. Magdeburg: Der Parteitag wolle die Einführung eines einheitlichen Beitrages für ganz Deutschland beschließen.

129. Die Unterzeichneten beantragen gemäß Antrag 18, eine Organisationskommission einzusetzen und derselben die Anträge 15, 17, 19 und 20 als Material zu überreichen.

Libert, Rudolph, Frankfurt a. M. und 25 Genossen.

Es folgen die Anträge zur Tagesordnung des nächsten Parteitages. Die Anträge 117-120\*) werden sämtlich unterfertigt.

**Pfannkuch**

bittet, die Anträge nicht in der bindenden Form anzunehmen, sondern sie dem Parteivorstande zur Erwägung zu überweisen. Es können im Laufe des Jahres Verhältnisse eintreten, die den Parteivorstand zwingen, die Tagesordnung anders zu gestalten, als es die Antragsteller wünschen. Der Parteivorstand würde dann in die Verlegenheit kommen, gegen einen bestimmten ausgesprochenen Parteitagbeschuß zu verstoßen.

**Singer**

teilt mit, daß inzwischen ein Antrag eingegangen ist, die Anträge 117-120 dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

**Zubeil**

bittet, trotzdem dem Antrage 117 zuzustimmen. Es ist schon sehr häufig beantragt worden, die Landarbeiterfrage auf die Tagesordnung eines Parteitages zu setzen. Der Parteivorstand hat aber noch niemals Gelegenheit gefunden, diese hochwichtige Frage zur Beratung zu stellen. Unsere Zukunft liegt nach meiner Ueberzeugung darin, daß wir die Landarbeiter in großer Zahl gewinnen. Ich bitte daher den Parteivorstand, diese Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

**Mielenz - Stettin**

bestätigt ebenfalls den Antrag 117. Der letzte Passus des Parteiberichtes hat sich eingehend über diese Frage ausgesprochen und das Interesse, das die ländliche Bevölkerung daran nimmt, sollte auch die Partei ganz Deutschlands veranlassen, dazu Stellung zu nehmen. Nur wenn die Landarbeiter über unsere Ziele aufgeklärt werden, werden wir das Joch der Junker in den östlichen Provinzen brechen können.

Der Antrag auf Ueberweisung der Anträge 117 bis 120 wird angenommen.

**Kummeur werden die Anträge über den Ort des nächsten Parteitages**

zur Beratung gestellt. Neben dem Antrag 121, der Eisenach vorschlägt, ist ein schriftlicher Antrag eingegangen, den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten.

**Leber-Jena:**

Unser Antrag ist hauptsächlich deshalb gestellt worden, weil vor 40 Jahren der Kongreß der deutschen Sozialdemokratie in Eisenach getagt hat. Vor kurzem hat der Genossenschaftstag mit 800 Delegierten dort getagt. Für die Unterkunft der Parteigenossen ist also gesorgt. Auch stehen uns schöne Lokale zur Verfügung.

Der Antrag, den nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten, wird von den sächsischen Genossen zurückgezogen und dafür beantragt, Leipzig zu wählen.

Dieser Antrag wird nach kurzer Befürwortung durch Sidermann, nachdem der Antrag, Eisenach zu wählen, abgelehnt ist, mit großer Mehrheit angenommen.

Es wird nunmehr noch der Antrag 51, bei der Besichtigung der Parteischule Südwestdeutschland in höherem Maße zu berücksichtigen, zur Debatte gestellt.

**Pfannkuch:**

Ich halte den Antrag für gegenstandslos. Die Auswahl wird in der Weise getroffen, daß der Parteivorstand rechtzeitig eine Veröffentlichung erläßt, in der die Bezirksleiter aufgefordert werden, Vorschläge zu machen von Genossen, die sie zur Aufnahme in die Parteischule für geeignet halten. Die Antragsteller nehmen offenbar an, daß die Schüler in ihre Bezirke zurückkehren und ferner dort ihre Tätigkeit ausüben, wo sie hergekommen sind. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Der Antrag würde also den Zweck, den er haben kann, nicht erreichen, und ich bitte, es bei der bisherigen Gepflogenheit zu belassen.

**Der Antrag 51 wird abgelehnt.**

**Lipinski-Leipzig:**

Wir waren höchst überrascht, daß uns diesmal für das nächste Jahr die Ehre zuteil werden soll, den Parteitag zu empfangen. Wir haben seit Jahren den Wunsch ausgesprochen, Leipzig ist die Geburtsstadt der Sozialdemokratie und hat stets bewiesen, daß es die Tradition der Partei hochhält. Ich habe im Auftrage der Leipziger Delegierten für den erteilten Auftrag zu danken. Wir werden bemüht sein, Ihnen einen durchaus würdigen Empfang in Leipzig zu bereiten. (Bravo!)

Inzwischen sind die Vorschlagslisten für die Vorstands- und Kontrollkommissionenwahl eingegangen.

Für den Parteivorstand werden vorgeschlagen: Als Vorsitzende: Vebel und Singer. Als Kassierer: Gerich. Als Sekretäre: Ebert, Rollenbuhr, Müller und Pfannkuch.

Als Beisitzerinnen: Helene Grünberg und Luise Zieg. Als Mitglieder der Kontrollkommission werden vorgeschlagen: Bod, Götze, Braun-Königsberg, Dreh, Hannover, Brähne, Frankfurt a. M., Dorn-Nürnberg, von Elm-Hamburg, Ernst-Berlin, Ged-Offenburg, Hildenbrandt-Stuttgart, Kadon-Dresden, Aleemann-Leipzig, Könen-Hamburg, Sasse-Bochum, Timm-München, Ulrich-Offenbach, Zeitin-Stuttgart.

**Singer**

teilt mit, daß Dorn-Nürnberg wegen Arbeitsüberhäufung auf eine etwaige Wahl verzichtet.

Schluß 7 Uhr.

**Resolution gegen die Kriegshehe.**

Das gemeinschaftliche und verbrecherische Treiben bestimmter Kreise, zwei Kulturvölker wie das englische und deutsche gegenseitig zu verheeren und zum Krüge aufzustacheln, dient nur den egoherzigen und kurzfristigen Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen. Es steht im schroffen Gegensatz zu der Bestimmung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die enge Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind. Angesichts der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg gerade den wehrfähigen Massen auferlegt, und der ungeheuren materiellen und kulturellen Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt, angesichts der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Nationalitäten die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt, macht es der Parteitag dem Proletariat Deutschlands zur besonderen Pflicht, gemäß der

117. Zeltow, Weeslow, Storow, Charlottenburg, Straßburg, Rügen, Berlin III, Königsberg und Niederbarnim: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Landarbeiterfrage und die Organisation der Landarbeiter“.

118. Wahrenth: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Agrarfrage zu setzen.

119. Zeltow, Weeslow: In Anbetracht der lauen Beteiligung der Parteigenossen an der Genossenschaftsbewegung, möge sich der Parteitag eingehend mit derselben beschäftigen, eventuell ist die Genossenschaftsfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Der Parteitag möge sich klar für die Genossenschaftsbewegung aussprechen und die Genossen auffordern, dieselbe mehr wie bisher zu unterstützen.

120. Rieder-Varnim: Auf die Tagesordnung eines der nächsten Parteitages zu setzen: „Sozialdemokratie und Genossenschaftswesen“.

Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart mit allen in Betracht kommenden Mitteln für die Ueberwindung des chauvinistischen Geistes und die Sicherstellung des Friedens einzutreten. Parteivorstand und Kontrollkommission.

**Aus der Frauenbewegung.**

Die Schäden der gewerdmäßigen Stellenvermittlung für die Hausangestellten

wurden in einer öffentlichen Versammlung besprochen, die vom Verein der Hausangestellten nach dem Saale des Zentral-Arbeitsnachweises, Berlin, Gormannstraße, einberufen worden war. Frau Emma Jhrer als Referentin wies nach, daß die schlechtesten Stellen am häufigsten wechseln. Sie unterzog dann den als Mittel zur „Schaufmachung“ gedachten Berliner Unterstützung- und Belohnungsfonds einer kritischen Würdigung. Aus diesem Fonds, wozu die Dienstmädchen die bekannten Beiträge leisteten, würden seit 1884 nur noch in ganz außerordentlichen Fällen den Dienstboten Prämien gegeben, während im übrigen ein Hospital für alte Dienstboten geschaffen sei. Es sei ein eigenartiges Verfahren: die wirtschaftlich Schwachen würden mit Beiträgen belastet, damit sie nachher von ihrem eigenen Gelde für treue Dienste belohnt würden. Für das Hospital seien von den Dienstboten 1891 rund 41 400 M., 1895 rund 37 980 M. und 1898 rund 28 800 M. aufgebracht worden. Anspruch auf das Hospital hätten bei 10 Jahren Dienstzeit in Berlin Mädchen im Alter von 60 Jahren, bei 15 Jahren Berliner Dienstzeit im Alter von 55 Jahren und bei 20 Jahren Berliner Dienstzeit im Alter von 50 Jahren ab. Da erhielten sie dann Wohnung, Reinigung der Wäsche und 50 Pf. täglich für Nahrung und Kleidung. Damit wollte man die Mädchen an die Herrschaft fesseln, wozu noch die Prämierung durch den Berliner Hausfrauenverein komme. Ein Ehrenzeichen erhalte, wer 30 Jahre in derselben Familie geblieben habe. (Heiterkeit.) Derartige Mittel, der Fluktuation abzuwehren, wären absolut verfehlt. Wollte man einen Anreiz zum längeren Bleiben geben, so läge doch der Gedanke sehr nahe, mit dem Mädchen einen angemessenen Lohn mit der Maßgabe zu vereinbaren, daß er von Zeit zu Zeit in bestimmter Weise steige. Ganz abgesehen von der Behandlung. — Bei der heutigen Lage der Dinge sehen wir, daß der Beiz der Privatstellenvermittlung blühe. Im Jahre 1894 ergab eine amtliche Umfrage, daß in Preußen 5126 Vermittler waren, die 381 206 Stellen in einem Jahre vermittelten. In ganz Deutschland seien 7000 Vermittler gewesen, deren Zahl jetzt auf 10 000 gestiegen sei, und das trotz der gesetzlichen Beschränkungen (Gewerbeordnung und Ministerialerlasse von 1901 usw.). In Breslau ergab 1904 eine polizeiliche Umfrage, daß von 26 Vermittlern im Gastwirts-gewerbe 8016 Stellen vermittelt wurden, woraus man bei einer Durchschnittsgebühr von 6,40 M. eine Einnahme von 51 815 M. erzielte. In Wirklichkeit sei die Einnahme weit höher noch, denn Kellner, Köche, Portiers zahlten 15 bis 30 M. Vermittlungsgebühr. Die privaten Stellenvermittler beständen zu einem großen Teil aus recht bedenklichem Material. Nach einer feinerzeit vorgenommenen bedenklichen Feststellung waren von den Berliner Vermittlern 346 wegen Diebstahls, 109 wegen Körperverletzung, 25 wegen Rupperei und 241 wegen anderer Vergehen bestraft, während ein erheblicher Teil mindestens übel beleumundet war. Von den weiblichen Vermittlern, die etwa ein Drittel ausmachten, nahmen viele die stellensuchenden Mädchen ohne Familienanhalt in Kost und Logis. Das sei eine große Gefahr für die Mädchen, die hier Unterschlupf suchen müßten. Ohne Angehörige und meist ohne Geldmittel seien sie der Vermieterin ganz ausgeliefert. Diese werde keinen Anlaß haben, sie schnell unterzubringen. Je mehr das Mädchen bei ihr in Schulden komme, je mehr habe sie es in ihrer Hand. Namentlich schweren sittlichen Gefahren seien die Mädchen auf diese Weise ausgesetzt. Allerdings könne nach der auf Grund der Gewerbeordnung ergangenen ministeriellen Verordnung durch die Ortspolizeibehörden den Vermittlerinnen das Gewerbe der Beherbergung und Beföstigung der Stellenlosen unterlagt werden. Eine klare, durchgreifende und wirksame Regelung dieser Frage sei aber nicht gegeben. Mednerin teilte noch verschiedene Zahlenreihen mit, durch die die horrende Ausnutzung der Arbeitslosen durch private Stellenvermittler illustriert wird, und empfahl den versammelten Hausangestellten die Benutzung der gemeinnützigen Stellennachweise, die auf paritätischer Grundlage beruhen. In Preußen gäbe es bereits 276 kommunale oder mit kommunaler Unterstützung betriebene Arbeitsnachweise, die in einem Jahre 322 772 Stellen vermittelten. Wenn sich der Verein der Hausangestellten, wie beabsichtigt, dem Berliner Zentralarbeitsnachweis anschließen, dann wäre es Sache der Mitglieder, die privaten Vermittler zu meiden, den Zentralarbeitsnachweis zu benutzen und für dessen Benutzung lebhaft einzutreten. Vor allem müsse sich, wer noch nicht darin sei, dem Verein der Hausangestellten anschließen, dessen Aufgabe es sei, in jeder Beziehung die Interessen der Hausangestellten zu vertreten. (Lebhafte Beifall.)

An der Diskussion betonte Fräulein Klauener, daß den Dienstboten mit Almosen in Form von Prämien nicht gedient sein könne. Wenn gute Arbeit richtig entlohnt werde, werde das Mädchen auch länger in der Stellung bleiben. Im öffentlichen Arbeitsnachweise werde dem Interesse des Hausangestellten dadurch entgegengekommen, daß man vor Abschluß eines Vertrages genau die Zahl der Zimmer, der zum Haushalt gehörigen Personen, die Höhe des Lohnes und andere Bedingungen feststelle. Manche Herrschaften seien zwar deshalb sehr erregt und wollten davon nichts wissen. Das sei aber nie ein Grund gewesen, von diesen Feststellungen abzugeben. Im Gegensatz zum öffentlichen Arbeitsnachweise könne die Wirtschafterin niemals ein wirkliches Interesse für das Wohlergehen des Mädchens haben. Denn die Herrschaft, die die schlechteste Stelle habe, die am meisten wechsle, sei ja ihre beste Kundin. Verschiedene Hausangestellte nahmen das Wort, um ihre Erfahrungen bei Herrschaften und gewerdmäßigen Vermittlern mitzuteilen. Bei einer Herrschaft, wo die nervöse Frau alles terrorisierte, waren im Seebade im Zeitraum von 4 Wochen 7 Mädchen. Das Kinderfräulein, das 8 M a r t für die Stellung bezahlt hatte, wäre am liebsten auch bald gegangen, blieb aber wegen der Kündigungsfrist acht Wochen, wofür sie 50 M. Lohn erzielte. — Eine Frau konnte ein Mädchen nicht gebrauchen, weil es kein Geld hatte, Auslagen zu machen. „Herrschaften“, die 10 Zimmer zur Verfügung hatten, muteten dem Mädchen zu, auf dem Hängedobden zu schlafen. Wäsche und Reinemachefrauen müssen dem Vermittler 50 Pf. pro Tag abgeben, bei einem Tagesverdienst von 2,25 M. Die Vermittler ließen sich sogar unterschreiben, daß sich die Vermittler für ein andermal nicht durch die Herrschaft selber stellen lasse. Natürlich verpflichtet das die Frauen nicht. — Die Vorsitzende, Fräulein Baar, schloß die Versammlung mit einem Aufruf zur Organisation.

**Aus Industrie und Handel.**

**Enorme Gehälter.**

Nach dem letzten Jahresbericht der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft erhielten die Direktionsmitglieder Gehälter zwischen 30 000 und 100 000 M a r t, das heißt weit mehr als die höchsten Staatsbeamten. Außerdem wurden noch rund 560 000 M a r t Lantien an die Direktion und Beamte gezahlt, darunter 244 000 M a r t Lantien an vierzehn Mitglieder des Aufsichtsrats. Ministerialdirektor a. D. R i d e bezog allein für seine Person mehr als 150 000 M a r t, das heißt fast dreimal so viel als der höchste Reichsbeamte.

**Kapitalerhöhung der Berliner Handelsgesellschaft.**

Kaum weist der Geldmarkt eine bessere Lage auf, so beginnen auch schon die großen Industrie- und Handelsbanken mit neuen Kapitalerhöhungen. Auch die Berliner Handelsgesellschaft vermag diesem „Juge der Zeit“ nicht zu widerstehen. Sie will ihr Grundkapital um 10 Millionen Mark erhöhen. Offiziell teilt sie mit:

Der Verwaltungsrat der Berliner Handelsgesellschaft hat auf Antrag der Geschäftsinhaber beschloffen, auf den 7. Oktober 1908 eine außerordentliche Generalversammlung der Kommanditisten einzuberufen, deren Tagesordnung die Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft um 10 Millionen Mark sowie die Festsetzung der Bedingungen für die Ausgabe dieser neuen Anteile bilden wird. Die Kapitalerhöhung wird begründet durch die namhafte Steigerung des gesamten Geschäftes der Gesellschaft seit der letzten Vernehmung im Jahre 1903 und durch das mit der gleichzeitigen Erweiterung der geschäftlichen Beziehungen verbundene Anwachsen der Anlagen, zumal sich auch allgemein in den letzten Jahren in der Art wie in der Ausdehnung der bankgeschäftlichen Transaktionen eine immer stärker werdende Inanspruchnahme der Kapitalkraft geltend gemacht hat. Bei der Gesellschaft hat sich der Umsatz seit der letzten Kapitalerhöhung im Jahre 1903 um mehr als die Hälfte gesteigert. Nach Durchführung der geplanten Kapitalerhöhung wird sich das Grundkapital auf 110 Millionen Mark und der gesetzliche Reservefonds auf rund 34 Millionen Mark stellen. Es ist in Aussicht genommen, die neuen Anteile, welche vom 1. Januar 1909 ab gewinnberechtigend sein sollen, den alten Kommanditisten im Verhältnis von 10 zu 1 zum Bezüge mit 145 Prozent anzubieten. Dieser Bezugspreis stimmt mit dem der letzten Kapitalvermehrung im Jahre 1903 überein.

Die Dresdner Bank und der A. Schaaffhausensche Bankverein haben, wie sie mitteilen, den zwischen ihnen bestehenden Interessengemeinschaftsvertrag infolgedessen abgeändert, als die Zusammenverwertung der Gewinne und die Einrichtung des Delegationsrats vom 1. Januar 1909 ab in Wegfall kommen. Die bisherige Form der Interessengemeinschaft und die mit der Gewinnpoolung für jedes der beiden Institute verbundene Beschränkung der freien Bewegung hat mannigfache Unzutruglichkeiten mit sich gebracht, während die beiden Verwaltungen aus der Erfahrung der verflochtenen Jahre die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die erstrebten Vorteile der Interessengemeinschaft sich auch ohne eine solche Beschränkung erreichen lassen. Durch die anderweit getroffenen Vereinbarungen ist für die Fortdauer der intimen geschäftlichen Beziehungen und der gegenseitigen Vertretung in den beiden Aufsichtsräten Sorge getroffen.

**Rußlands Ernte.**

Petersburg, 17. September. Laut „Handels- und Industriezeitung“ ist der Ernteertrag im europäischen Rußland für Winterweizen allgemein unbefriedigend. Befriedigender ist der Ertrag nur im Weichselgebiet und in den baltischen Provinzen, in den nordöstlichen Gouvernements, im östlichen Kaukasus, im Südwesten und in der Krim. Sommerweizen allgemein gutmittel; unbefriedigend in den Mittel- und Unterwolgagebiet, in Westarabien und Cherson; gut in Kleingrubland und teils in den nordöstlichen, baltischen und Weichselgouvernements und im Nordkaukasus. Roggen allgemein mittelmäßig; unbefriedigend in Kleingrubland und den südlichen Gouvernements, im Dongebiet, im westlichen Teil des Zentrums, in Samara, in den westlichen Gouvernements und in Polen; gut im oberen und Mittelwolgagebiet, in den Gebieten der Hintertwolga, der Rama und Bjalta und den baltischen Provinzen. Gerste

allgemein mittelgut; gute Ernte im Nordkaukasus, Kleingrubland, in den Gebieten der Rama und Bjalta, im Gebiet der baltischen Provinzen, im Weichselgebiet; unbefriedigend im Mittelwolgagebiet, im Südwesten, im nördlichen Teile des Dongebietes und teils in der Krim und im Zentrum. Hafer allgemein mittel. Die Verteilung des guten und des unbefriedigenden Ertrages ist ungefähr wie bei Gerste; am meisten unbefriedigend im Wolgagebiet. Der Ernteertrag ist allgemein durch Kälte im Norden und Dürre im Süden während des Monats August geschädigt worden.

**Eingegangene Druckschriften.**

- Simko. Tragödie von B. Gerdborff. 30 Seiten. — Terafona. Die Dorfstraße. Trauerspiel von B. Gerdborff. 48 Seiten. Verlag A. W. N. N. a. N.
- Straubes Taschenplan von Berlin. Preis 25 Pf. Zul. Straube, Berlin S.W. 13.
- Volkswirtschaft von D. Grensch. 152 Seiten. Verlag der Buchhandlung des Schweizerischen Gräflervereins, Zürich.
- Neue Gedichte von Margarete Deuller. 112 Seiten. Verlag Bruno Cassirer, Berlin W. 35.
- Zehn Jahre Bibliotheksarbeit. Von G. Hennig. 40 Pf. Verlag Leipzig Buchdruckerei A.-G. in Leipzig.
- Einsame Liebe. Roman. Brosch. 3 M. Verlag Desterfeld u. Co., Berlin W. 15.
- Jenaische Stadt- und Universitäts-Chronik von A. Schmeigel. 4 M. Verlag V. Kloppe in Jena.
- Amerikanische Jugendgerichte von G. Stammer. 80 Pf. V. v. Decker Verlag, Berlin S.W. 19.
- Die Bank. Romanhäfte für Finanz- und Bankwesen. 9. Heft. Von K. Lenzburg. Quart. 4 M. Sonderlag Charlottenburg, Wielandstr. 13.
- Handb. für Holzarbeiter. Nr. 9. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband. Verlag: Berlin, Neue Friedrichstr. 2.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Sonnabend, 19. September. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Königl. Opernhaus. La Traviata.  
 Königl. Schauspielhaus. Clavigo.  
 Torquato Tasso.  
 Deutsches. Medien.  
 Kammerspiele. Gespenster.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Fassung. Die Macht der Finsternis.  
 Berliner. Mercader.  
 Neues Schauspielhaus der Gesellschaft.  
 Neues Schauspielhaus. Faust.  
 I. Teil. (Anfang 7 Uhr.)  
 Kleines. 2x2=5.  
 Komische Oper. Tiesland.  
 Weidens. Das Mädchen der andern.  
 Heibel. Der Liebhaber.  
 Weidens. Ein Walzenträum.  
 Schiller O. (Ballner-Theater.)  
 Opferlamme.  
 Schiller Charlottenburg. Ein  
 Leinwand.  
 Friedrich-Wilhelmshof. Schauspielhaus. Als ich wiedertam.  
 Thalia. Das Fitternachtsmädchen.  
 Lustspielhaus. Die blaue Maus.  
 Triand. Fräulein Solette — meine Frau.  
 Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.  
 Vorführung. Jaja.  
 Luiten. Gladsmann als Erzieher.  
 Bernhard Reie. Der Theaterknecht.  
 My. No. Trilby und Svengali. Spezialitäten.  
 Metropol. Donnetwetter — tadellos.  
 Gebrüder Herrfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachtleben.  
 Vorführung. Spezialitäten.  
 Wintergarten. Spezialitäten.  
 Kasino. Familie August Knoche. Spezialitäten.  
 Polier-Caprice. Die Brautjungfer.  
 Die lästige Witwe.  
 Carl Haberland. Spezialitäten.  
 Gustav Wehrend. Keine Casse!  
 Ausgezeichnet! Spezialitäten.  
 Reichshausen. Stettiner Sänger.  
 Walhalla. Spezialitäten.  
 Urania. Taubenstraße 48/49.  
 Nachmittags 4 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.  
 Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater.  
 Taubenstraße 48/49.  
 Nachmittags 4 Uhr:  
**Von der Zugspitze zum Watzmann.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Ueber den Brenner nach Venedig.**

**COLOGISCHER GARTEN**  
 Täglich nachm. 4 Uhr:  
**Großes Militär-Konzert.**  
 Eintritt 1 M.,  
 von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,  
 Kinder unter 10 Jahren  
 — die Hälfte. —

**Berliner Theater.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Der Traum ein Leben.**

**Neues Operetten-Theater.**  
 Schiffbauerdamm 25. a. d. Luisenstr.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Die Dollarprinzessin.**  
 Operette in 3 Akten von Leo Fall.

**Residenz-Theater.**  
 — Direktion: Richard Alexander. —  
 Zum erstenmal:  
**Das Glück der andern.**

**Luisen-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Gladsmann als Erzieher.**  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Ausgewiesen.  
 Abends 8 Uhr: Helga.  
 Montag: Gladsmann als Erzieher.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
 Gr. Frankfurter Str. 132.  
 Zum erstenmal:  
**Der Theaterknecht.**  
 Anfang 8 Uhr. Sonntagtagspreise.

**Metropol-Theater**  
 Unter persönlicher Leitung des  
 Komponisten **Paul Lincke.**  
 Zum 15. Male:  
**Donnerwetter**  
 tadellos!  
 Große Jahresrevue in einem Vorspiel u. 9 Bildern v. Jul. Freund.  
 Musik von Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Richard Schultz.  
 Die Tänze einstudiert v. Ballettmeister Louis Gundlach.  
**Massary - Perry**  
**Holden - Bender**  
**Giampietro - Kettner**  
**Pfann - Thielscher**  
 Anf. 8 Uhr. — Rauchen gestattet.

**Passage-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Na endlich!**  
 Pariser Extravagans mit  
**Paulette van Roy**  
 und das kolossale  
**Eröffnungsprogramm**  
 14 erstklassige Spezialitäten.

**Schiller-Theater.**  
 O. (Ballner-Theater.)  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Das Opferlamme.**  
 Schwank in 3 Aufzügen von Ostler  
 Walthar und Leo Stein.  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Stein unter Steinen.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Das Stiftungsfest.**  
 Montag, abends 8 Uhr:  
**Der Richter von Zalamea.**  
 Schiller-Theater Charlottenburg.  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Ein Teufelskerl.**  
 Historisches Schauspiel in 3 Akten von  
 Bernard Shaw.  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr,  
**Götze von Berlichingen.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Das Opferlamme.**  
 Montag, abends 8 Uhr:  
**Ein Teufelskerl.**

**Zirkus Schumann.**  
 Heute Sonnabend, den 19. d. Mt., abends präzis 7 1/2 Uhr:  
**Erste Grande Soirée High Life Gala - Programm und**  
**Original 36 Marokkaner 36.**  
**Nackte Schönheiten.**  
 Das vorangekündigte. Clown Armando m. seinen besten Affen.  
 Rowland - Truppe, 8 Pers., v. Zirkus Ringling Brothers  
 aus Amerika. — 9 Luft-Vollkugeln. — Leoparden-Gruppe der **MIG**  
**Vallecithas.** Sämtliche Spezialitäten. Sonntag: Zwei Vorj.

**Danksagung.**  
 Von meiner Bißwunde soweit hergestellt, daß ich mein Krankenlager verlassen kann, ist es mein erstes, auf diesem Wege allen meinen Freunden, Bekannten, Gönnern und Interessenten meiner Dressur für die überaus zahlreiche Teilnahme durch Telegramme, Briefe, Karten und Blumen meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen.  
 Mit größter Freude konnte ich bei dem mich betroffenen Unglück konstatieren, wie weitgehender Sympathien ich mich in allen Schichten der hochgeschätzten Bevölkerung zu erfreuen habe und wirkte die gesamte Teilnahme wie Balsam auf meine Wunden. Daher nochmals allen, allen tausend aufrichtigen Dank.  
 157/10  
 Mit größter Hochachtung  
 Berlin, den 19. September 1908.  
**Willy Hagenbeck, Artist,**  
 Direktor der Hagenbeck-Schau.

**BRUNNEN-THEATER**  
 Badstraße 58. Direktion: Willy Voigt.  
 Sonntag, den 20. September 1908:  
**Theodora.**  
 Drama in 5 Aufzügen und 7 Bildern  
 von Victorien Sardou.  
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**Passage-Panoptikum.**  
 Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
 aller Riesen  
**Pisjakoff**  
 Eintritt 50 Pf.  
 Kinder, Soldaten 25 Pf.

**W. Noacks Theater**  
 Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16.  
 Große Extra-Klassiker-Vorstellung.  
**Die Räuber.**  
 Trauerspiel in 5 Aufz. von Schiller.  
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
 Sonntag: **Kommah** oder: **Der**  
**Glück des alten Geigers.**

Die größte Sensation und größte Anziehungskraft von Berlin bietet noch immer die **Hagenbeck-Schau.** Von heute ab **Wiederauftreten** des Direktors **Willi Hagenbeck,** welcher von einem Eisbär sehr schwer verletzt wurde. **Java?** und die übrigen Schlager des Programms. Tägl. abends 8 Uhr: **Gr. Vorstellung.** Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend: **2 gr. Vorstellungen,** nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr. Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr: **Beachtung u. Fütterung d. Raubtiere.** Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags: **Hochinteressante Raubtier-Dressur - Proben.** Besichtigung und Fütterung der Raubtiere gegen ein Entree von **50 Pf.** für Erwachsene und **25 Pf.** für Kinder.

**XIV. Saison.**  
**Zirkus Busch.**  
 Sonnabend, den 19. September, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Premiere**  
**„Barbarossa“.**  
 (Bilder aus der Blüte der deutschen Kaiserzeit 1155—1184.)  
 Große Original-Ausstattungs-Pantomime des Zirkus Busch in 6 Bildern.  
**I. Bild: Die Hochzeit zu Würzburg.**  
 Das große Turnier. — Lanzenstechen. — Die großen Fechtproduktionen zu Pferde und zu Fuß. — Kämpfe mit dem Strohhand-schwert. — Fichten mit Schwerdt und Dolch.  
**II. Bild: Im Schlosse Chiavenna.**  
**III. Bild: (Aus den lombardischen Feldzügen.) Die Etsch-Klausen.**  
 Der Ueberfall. — Verrat an Barbarossa. — Der Sturm auf den 35 Meter hohen Barium und die Jellenburg. — Befreiung durch die Steinschleudern. — Erstigung der Beste durch den tollkühnen Reiterangriff auf den brennenden Turm! Uebergang über die Etsch.  
**IV. Bild: Der Reichstag zu Erfurt.**  
 Der Vanspruch gegen Heinrich den Löwen.  
**V. Bild: Das Friedensfest zu Mainz.**  
 Der Ritterschlag der Söhne Barbarossas. — Der goldene Kronen-Witz mit dem großen Papen. — Ballen.  
**Schlussbild: Der Kyffhäuser.**  
 Barbarossas Bild in die Zukunft.  
**Apotheose.**  
 Ferner erstes Auftreten des **Schulreiters Herrn Karl Reinsch als Gast,** sowie das **große Gala-Programm.**

**Apollo Theater**  
 Ab 8 Uhr: Das gr. Attraktions-Programm. 8 1/2 Uhr:  
**Trilby und Svengali?**  
 Kunst und Mystikum.

**Vera Violetta.**  
 10 1/2 Uhr:  
**Paul Spadoni**  
 der König der Kraftjongleure.

**Walhalla-Variete-Theater**  
 Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Das neue große September-Programm. — 12 glänzende Spezialitäten.

**Palast-Theater**  
 Burgstr. 24. 2 Min. v. Hf. Bf. We.  
 Täglich 8 Uhr. Galerie 30 Pf.  
 Der einzig dastehende Eröffnungs-Spielplan!  
 12 Attraktionen 1. Ranges 12.  
 U. a.: The 5 Rahnes, Schlander-dreit - Akrobaten. Montani Sisters, Doppeldrachstein-Witz. Miss Irene und Maxwell, musikal. Virtuosen. Dazu:  
**Der Seefadett.**  
 Singpiel in 2 Akten.  
 Familienarten, wochentags 8. halben  
 Kassenpreis gültig, in allen Barbier-,  
 Friseur- u. Zigarengeschäften gratis!

**Rixdorfer Theater**  
 Bergstraße 147.  
 Sonntag, den 20. September 1908:  
**Der Kaufmann von Venedig.**  
 Schauspiel in 5 Akten v. Shakespeare.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**Parodie-Theater**  
 Dresdener Straße 97.  
 Heute:  
**Cavalleria-Rustikana** mit  
 die italienische Barlesse  
**„Berlin steht Kopf“.**  
 Anfang Sonnt. 8. wochent. 8 1/2 Uhr.

**Gebrüder Herrnsfeld-Theater.** Ververk. 11-2 Uhr.  
 57 Kommandantenstr. 57  
 Zum 50. Male:  
**Das kommt davon!**  
 mit dem Vorspiel:  
**Es lebe das Nachtleben.**  
 Komödie in 3 Akten von Anton  
 und Donat Herrnsfeld.

**Casino-Theater**  
 Kolpingstr. 37. Täglich 8 Uhr  
**Familie August Knoche.**  
 Berliner Gesangsposse in 3 Akten.  
 August Knoche: Dir. Hans Berg.  
 Vorher d. glänzende Eröffnungsprobe.  
 Sonntag 4 Uhr: Der Brandstifter  
 Hochzeitsschiff.

**Jeder Arbeiter,  
jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit**

Die Lederhose Herkules tragen. Unerreichte Leistungsfähigkeit. Kleinverlauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Hüften umjost. Die Herkules-Hose **4 M. 50**

Monteur-Gadett's „Edison“, schilau Körper oder Drell 2 M. 65  
Monteur-Hosen „Edison“, schilau Körper oder Drell 2 M. 35  
Manchester-Cosy-Gambdrum 6 M. 75  
Manchester-Gadett's Gambdrum 11 M. 75  
Maier-Mittel . . . . . 3,50, 2 M. 25  
Mechaniker-Mittel (braun) 3,35, 2 M. 75  
Reihe Lederhosen . . . . . 4,50, 3 M.  
Reihe Hosen . . . . . 7,25, 6,—, 5 M. 50  
Reihe Gadett's für Feine, Kellner, Konditoren, Köche usw.  
Die Preise gelten für normale Größen.

**Baer Sohn**

Brückenstr. 11. Ebnaustr. 29/30.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Haupt-Neigasse gratis und franco.  
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schnittlänge, bei Jacketts und Mitteln die Brustweite anzugeben. 35002\*

Nachdruck verboten!



**FÜR 1 MARK**

Wöchentliche Teilzahlung bietet das  
Versandhaus Berliner Herren-Moden  
(nur Stralassener-Str. 10, am Hofenmarkt)

**Garderobe** fertig u. nach Maß  
ohne Verschleiß  
Verarbeitung halbbare Stoffe unter  
Garantie für langlebigen Sitz.  
Reich mit Knöpfen versehen. Nicht-  
gebleichte Wäsche. Toilette-  
(Wäsche) werden im Kommu-  
nals mit Chauffeur-Bügel 1,75,  
60 Wäsche, zu höchsten Wäsche-  
preisen gegen Kaffe versandt 1540



**Paul Drencke Nachfolger  
Otto Berlett**

Hutfabrik  
Oranienstraße 172

empfiehlt sein großes Lager in 3888L\*  
**Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.**  
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse  
des In- und Auslandes stets am Lager.  
Reparaturen schnell, sauber und billig.

**Luisen-Theater.**

SO., Reichenberger Straße 34.

Sonntag, den 20. September 1908, nachmittags 3 Uhr:  
Erinnerungsaufführung zur demnächstigen 30jährigen Wiederkehr  
des Tages des Sozialistengesetz-Erlasses:

**„Ausgewiesen.“**

12 Jahre wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ polizeilich verboten gewesen!

Die Leser des „Vorwärts“ zahlen gegen Vorzeigung dieses Inserats an der Theaterkasse **nur 60 Pf.** für 1. Parkett.

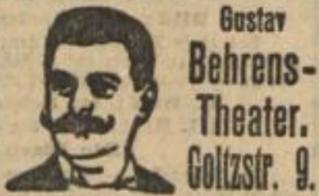
„ „ „ „ Auf allen übrigen teureren Plätzen 25 Pf. Ermäßigung des Kassenspreises. „ „ „ „  
Ausschneiden! 4351L\* Gutschein für 1-3 Personen!

**Volksgarten-Theater**

am Bahnhof Gesundbrunnen.  
Voranzeige.  
Sonntag, den 20. September 1908:  
**Großes Erste-Dank-Fest**  
mit Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung u. brillantem Feuerwerk zum Gedenke für Bag L a e t t h genannt Dutil Belle. Erste-Festzug. XXX Großer Ball.

**Reichshallen-Theater**

Täglich:  
**Stettiner  
Sänger**  
Meyzel, Britton, Seidel, Horst, Schröder, Ebersberger, Bühling, Otto Schröder u. R. Schröder.  
Auf. montags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.



Gustav Behrens-Theater.  
Goltzstr. 9.  
**Feine Sache! Ausgezeichnet!**  
Große Aufstufungsoperette.  
Reiz! La belle Rose, Prima-Ballerina Reiz! Georg Thierry gen. Silvester-Schäffer II.  
**10 Spezialitäten 10.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

**Castan's**  
Panoptikum  
Friedrichstraße 105  
(Weko Behrensstraße)  
Pachorrpalast.  
Ohne Extra-Entree!  
**Im Reiche der Zwerge!**  
(4 Damen, 4 Herren.)  
Vereinbilletts halbe Preise.



**An alle Bekannte, Freunde und Gönner!**  
Erlaube mir die ergebene Mitteilung zu machen, daß ich am **Sonabend, d. 19. September, nachm. 3 Uhr,** ein Spezialgeschäft **eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß** eröffne. Es wird mein Bestreben sein, dem geehrten Publikum stets gute, reelle Ware zu billigen Preisen zu liefern. In der Hoffnung, daß meine verehrten Freunde und Bekannten ihr Wohlwollen mir auch weiter schenken werden, zeichne  
Mit aller Hochachtung  
**J. Lehrer**  
Berliner Straße 11  
(am Hermannplatz).  
Am Sonnabend, den 19. d. M., erhält ein jeder Kunde ein vornehmes Geschenk gratis.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres Vaters und Schwiegervaters legen wir den Genossen des vierten Bezirkes, dem Deutschen Arbeiter-Verein, den Kollegen der Firma Sach u. Hoffe sowie dem Genossen Reuter für die trefflichen Worte unseren herzlichsten Dank.  
Ewige  
**Max und Sophie Wolf.**

**A. B. Koch**  
Kohlen-Groß-Handlung  
gegründet 1893.  
Haupt-Kontor und 1. Geschäft: Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.  
II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.  
Preise für nur 12 Marken ab Platz von 10 Str. an: 41732\*  
Prima Ia Halbheine (bekannte Marken) pr. Str. 97 Pf.  
Herbmand-Brifted pr. Str. 97 Pf.  
Anna od. Waldmannsheil pr. Str. 99 Pf.  
Pflaumen pr. Str. 101 Pf.  
Ia Diamant pr. Str. (110 bis 120 Stk.) 105 Pf.  
Ia Ilse o. Hlv. pr. Str. 105 Pf.  
Ia Anthrazit-Cadee 3.235 Pf.  
Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Originalwaggons und größeren Abköpfen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

**Greift zu!**  
den besten 41432\*  
Monatsanläge . . . . . 9,50 M.  
Abonnementanläge . . . . . 13,00  
Wandlungsanläge . . . . . 11,00  
Partisanen . . . . . 12,00  
Gehaltsanläge . . . . . 14,50  
Anlage, Erlös f. Maß . . . . . 20,50  
Winterpaletts . . . . . 9,50  
Hosen . . . . . 2,60

**Moldauer**  
Prinzenstraße 64, im Laden.  
— Straßenbahn-Vergütung. —

**Cigarren**  
reellster Fabrikate.  
**Günstige Engros-Preise!**  
Al. Rexito . . . . . 100 St. 2,85 M.  
Gabinet . . . . . 3,60  
Gamba . . . . . 4,—  
Leon . . . . . 4,50  
Ergel. Kräfte II . . . . . 5,—  
Viteja . . . . . 5,50  
Senia . . . . . 6,—  
400 Stück gratis Nachnahme.

**Czollek & Geballe**  
Zigarren-Engros. Berlin C.,  
Neue Promenade 7, 1. Etage.  
(Kein Laden.) Preisliste franko!  
Geöffnet bis 8. Sonntag v. 9 1/2-1.

**Folies-Caprice**  
Durchschlagender Ertrag!  
**Die lästige Wuwe.**  
Die Brautschau. — Bunter Teil.  
Vorverkauf von 11-2 Uhr  
s. d. Theaterkasse. Anf. 6 Uhr.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 16. September verstarb unser Mitglied, Frau  
**Anna Felchner**  
Goldiner Straße 13.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
229/18 Der Vorstand.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.**  
Verwaltung I  
(Verein Berliner Hausdiener).  
Hierdurch diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Gustav Pikulla**  
am 16. d. Mts. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Am 7. d. Mts. (schieb der Kollege  
**Willi Philipp**  
freiwillig aus dem Leben.  
Ehre seinem Andenken!  
Am 15. d. Mts. verstarb der Kollege  
**Albert Sellmann,**  
Kniptroßstr. 18/19.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Auf-  
erleibungs-Kirchhofes, Behmestee,  
Nichtenbergstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
71/5 Die Verwaltung I.

Am Mittwochabend 10 1/2 Uhr  
verstarb plötzlich unsere liebe  
Mutter, Tante, Schwieger- und  
Großmutter 16326  
**Berta Hehde,**  
geb. Jaursch.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 20. September,  
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des neuen Auf-  
erleibungs-Kirchhofes, Hermannstraße, aus  
statt.  
Sebastianstr. 39.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankfagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme und die zahlreichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres Vaters, Großvaters und Schwiegervaters **Albert Wedel** legen wir allen Freunden und Bekannten (sowie dem Rauschklub „Edelweiss“, dem Sozialdemokratischen Wahlverein Rigdors (Bezirk 15), dem Verband der freien Halb- und Schandweier (Ordnungsverwaltung Rigdors) unseren herzlichsten Dank.  
Rigdors, den 17. September 1908  
Ewige **Anna Wedel**  
geb. Schulz.

**Der Total-Ausverkauf**

wegen vollständiger Auflösung meines Kaufhauses bietet Ihnen nie wiederkehrende Preise in allen Abteilungen meines grossen Lagers. Nachstehend einige Beispiele:

Ein Posten plattierte Wolle hervorragend gute Qualität . . . . . jetzt 1/2 Pfd. 68 Pf.	Ein Posten Kleider-Lastings doppelt breit, verschiedenen Farben, Meter jetzt 48 Pf.
Ein Posten Damen-Halbreform-Schürzen gestreifte Stoffe, ringe- herum mit Vordant . . . . . jetzt 78 Pf.	Ein Posten Hemdentuche . . . . . Meter jetzt 15 Pf.
Ein Posten Damen-Reform-Schürzen vorzügliche Stoffe, richtige Wäsche . . . . . jetzt 98 Pf.	Ein Posten Inletts rot, Eisenbreite . . . . . Meter jetzt 28 Pf.
Ein Posten Damen-Hemden Bekleider und Untertaillen mit reicher Stickerei oder Spitzenverzierung . . . . . Stück jetzt 88 Pf.	Ein Posten Inletts rot-rosa gestreift, Dockbottelbreite . . . . . Meter jetzt 58 Pf.
Ein Posten Herren-Normal-Hosen Wolle plattiert . . . . . jetzt 95 Pf.	Ein Posten Lakenleinen besterwa, amputierte Ware . . . . . Meter jetzt 68 Pf.
Ein Posten Plüsch-Tischdecken mit Karbelstickerei . . . . . jetzt 5 <sup>00</sup>	Ein Posten Rolltücher rot Leinen Jacquard, 120 cm lang . . . . . jetzt 98 Pf.
Ein Posten schwarz Taffet und Merveilleux reine Seide Meter . . . . . jetzt 95 Pf.	Ein Posten Rolltücher Jacquard, 120 cm lang . . . . . jetzt 78 Pf.
	Ein Posten Damast-Gerstenkorn-Handtücher 1/2 Dutzend jetzt 2 <sup>95</sup>

**Ein Posten Damen-Paletots** englische Stoffe, hervorragende Verarbeitung, Wert das dreifache . . . . . jetzt 775

Der Verkauf findet täglich von 9-1 u. 3-8 1/2 Uhr statt  Trotz der billigen Preise verabfolge ich nach wie vor **Norden-Marken**  Der Verkauf findet Sonntags von 8-10 u. 12-2 Uhr statt.

**H. MARCUS, Reinickendorfer Strasse 14.**

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Orville Wright gestürzt!

Die Zahl der Luftschifferunfälle mehrt sich. Und alle sind sie wohl darauf zurückzuführen, daß die in Frage kommenden Aeronaute...

Nach dem Absturz des Parfabel-Ballons forderte Regierungsrat Martin in der „Täglichen Rundschau“ Drachensieger für die deutsche Luft-Marine...

Und an demselben Tage, an dem in Berlin diese Zeilen im Druck das Licht der Welt erblickten, da brach Wrights Aeroplan bei Windstille in der Luft zusammen...

Washington, 17. September. Bei einem Ausflug, den Orville Wright heute mit Leutnant Selfridge vom Signalcorps der Bundesarmee unternahm...

Wie es heißt, hätte Wright den Apparat mit neuen größeren Schrauben versehen, um die Abnahmepflichtung der Militärverwaltung besser bestehen zu können...

Ueberrigens ist das Fliegen mit den Aeroplanen noch völlig Neulingssache und wird es vielleicht immer bleiben.

Orville Wright wird von den Folgen seines Unfalls wahrscheinlich erst in sechs Wochen wieder hergestellt sein.

Kleines Feuilleton. Der Choleraheiler von Petersburg. Die grenzenlose Unwissenheit und der trasse Aberglaube der Volksmassen...

Die Choleraheiler von Petersburg. Die grenzenlose Unwissenheit und der trasse Aberglaube der Volksmassen...

Die Choleraheiler von Petersburg. Die grenzenlose Unwissenheit und der trasse Aberglaube der Volksmassen...

Die Choleraheiler von Petersburg. Die grenzenlose Unwissenheit und der trasse Aberglaube der Volksmassen...

Die Choleraheiler von Petersburg. Die grenzenlose Unwissenheit und der trasse Aberglaube der Volksmassen...

Die Choleraheiler von Petersburg. Die grenzenlose Unwissenheit und der trasse Aberglaube der Volksmassen...

Die Choleraheiler von Petersburg. Die grenzenlose Unwissenheit und der trasse Aberglaube der Volksmassen...

Die Choleraheiler von Petersburg. Die grenzenlose Unwissenheit und der trasse Aberglaube der Volksmassen...

Die Choleraheiler von Petersburg. Die grenzenlose Unwissenheit und der trasse Aberglaube der Volksmassen...

Die Choleraheiler von Petersburg. Die grenzenlose Unwissenheit und der trasse Aberglaube der Volksmassen...

Die Choleraheiler von Petersburg. Die grenzenlose Unwissenheit und der trasse Aberglaube der Volksmassen...

Die Choleraheiler von Petersburg. Die grenzenlose Unwissenheit und der trasse Aberglaube der Volksmassen...

Die Choleraheiler von Petersburg. Die grenzenlose Unwissenheit und der trasse Aberglaube der Volksmassen...

die Erde auf. Bright glaubt, daß er sicher gelandet wäre, falls er sich 50 Fuß höher befunden hätte.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Schiffer-Versammlung. Heute abend 8 Uhr findet im Lokal von Keller, Köpenicker Straße 96/97, eine Schiffer-Versammlung statt.

Sachsen-Schönhansen. Dienstag, den 22. September, abends 8 Uhr, findet unsere fällige Mitgliederversammlung im Lokal des Genossen E. Gerchleb...

Berliner Nachrichten.

Moderne Menschenjagd.

Bevor die Herbststürme wild auch über das Häusermeer der Reichshauptstadt brausen, nimmt Frau Hermandad noch einmal einen kräftigen Anlauf...

Mitten zwischen den Steintolossen liegt eine weitgedehnte Dase, ein Stüchden Frieden auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz der nimmer rastenden Weltstadt.

Die Berliner Polizei kennt auch hier zweierlei Maß. Sie unterscheidet eine „kleine“ und eine „große“ Razzia. Ganz unvermutet, oft erst am Spätnachmittag...

Fürsten der Finsternis. Und wenn sie Euch auch wirklich helfen sollten, so helfen sie Euch mit Hilfe des Teufels, zum Schaden Eures Seelenheiles.

Theater.

Im Berliner Theater müht sich die neue Direktion zu zeigen, was sie kann und will. „Den Journalisten“, denen nur ein ephemeres Probepalais gegönnt...

Was die neue Direktion sonderlich gelockt hat, gerade diesen Grillparzer als Eintrittsstück zu wählen, ist mir nicht klar. An Ausstattung kann sie schon wegen der Raumverhältnisse nicht mit anderen Bühnen konkurrieren.

In der ersten Abendstunde, kurz nach 10 Uhr, fallen dem aufmerksamen, misstrauischen Beobachter kleine Trupps von höchstens drei uniformierten Beamten auf...

Sträflicher Tierkultus.

Die moderne Tierhubbewegung, der zahlreiche Personen aus den höchsten Ständen sehr nahe stehen, ist in ihren Auswüchsen auf dem besten Wege, sich unsterblich lächerlich zu machen.

Humor und Satire.

Am Opernhaus. A.: Was laden die Leute für Pflastersteine ab, wird wieder gebaut? B.: Nein, das sind die stichendsten Wasser-Eintrittskarten mit Keilschrift zur neuen Pantomime „Sardanapal“.

Notizen.

Vorträge. Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse spricht am Montag, den 21. September, Dr. Kern über den der Arbeiterklasse besonders ans Herz gewachsenen italienischen Maler Giovanni Segantini.

Freunde der reisenden Millionäre standesgemäße Unterkunft finden können. Die eigenartigen Etablissements bieten den reisenden Kötern allen Komfort der Neuzeit, von luxuriös ausgestatteten Vaberräumen bis zum Turraum und Barbieraal. Ein in der Hundeburger besonders geschultes Dienstpersonal sorgt für die Bequemlichkeit der hohen Gäste und vor allem dafür, daß sie ihre heimischen Gewohnheiten nicht zu ändern brauchen. In dem Saale des Hundebärbers findet man eine reichhaltige Sammlung kostbarer Essenzen und Seifen, mit denen den Kunden ihre Toilette gemacht wird.

Man könnte über solche und ähnliche Narrheiten, die ja schließlich Geld unter die Leute bringen, herzlich lachen, wenn nicht auch etwas Ernstes dabei herauskäme. Der Tierkult ist in widerlichem Gegensatz zu der schönen Menschenbehandlung, die sich fast immer genau dieselben reichen Leute angelegen sein lassen. Das bekannte Wort, daß der Tierfreund auch ein guter Mensch ist, hat hier nur fragwürdigen Wert. Wir kennen in Berlin recht vornehme Herrschaften, denen für ihre Tiere nichts zu teuer ist, die aber für den würdigen Bettler nicht einen Pfennig übrig haben. Ihre Köter und Katzen füttern sie tügelnd mit Schokolade und Marzipan, dem armen Menschen reichen sie nicht ein Stück Brot. Um einen überfahrenen Hund können sie Tränen weinen, auf einen verunglückten Arbeiter blicken sie mit mißdeutscher Neugier. Wird ihnen eine Subscriptionsliste unterbreitet zur Errichtung eines Hundebärbers oder des modernen Hundehotels, so greifen sie sofort in die Tasche. Soll der Geldbeutel für bedürftige Menschenkinder in Anspruch genommen werden, dann ist er leer. So zeigen die lachhaften Gewohnheiten der Vornehmen und Reichen auch auf diesem Gebiete des Luxus den moralischen und geistigen Verfall, der in ihren Kreisen immer tieferen Ninnen wächst. Auch der Arme liebt seine Haustiere, aber in edlerer Weise. Er teilt mit ihnen sein letztes Stück Brot und überrechnet, wie unendlich viele hungrige Menschen satt gemacht werden könnten von den enormen Kosten, die der überhandnehmende, sträfliche Tierluxus und Tierkultus der mitten im Golde sitzenden Verschwender erfordert.

#### Die Besichtigung in den Krankenhäusern der Stadt Berlin

soll also nun „reformiert“ werden. Man will, so meldeben wir bereits am Freitag, sie abwechselungsweise gestalten und auch schmackhafter. Beschlossen hat das die Kommission, die aus Anlaß der im Virchow-Krankenhaus vorgekommenen Vergiftungen durch Fleisch über die etwa erforderlichen Verbesserungen berät.

War dieser Beschluß endlich „nützig“? Haben nicht in den Krankenhäusern unserer Stadt jahraus jahrein Tausende von Patienten, wenn sie Essen als unschmackhaft zurückweisen, sich sagen lassen müssen, daß sie „ohne Grund mäkeln“? Haben nicht die Wärter, die unaussprechlich über die Mangelhaftigkeit der Verköstigung klagen mußten, es oft genug zu hören gekriegt, daß sie „eben niemals zufriedenzustellen“ seien? Und ist nicht, wenn der „Vorwärts“ solche Klagen veröffentlicht hatte, dreißig behauptet worden, daß sei nur darauf berechnet, Unzufriedenheit unter den Kranken und dem Wartepersonal zu erregen und gegen die Krankenhausverwaltung zu „heben“?

Das alles scheint jetzt plötzlich vergessen zu sein — vergessen, weil ganz unerwartet auch mal die Pflegegeschwestern Grund hatten, sich zu beklagen. Die Vergiftungserscheinungen, die im Virchow-Krankenhaus bei den Pflegegeschwestern nach dem Genuß von Schabefleisch aufgetreten waren, haben sich als segensbringend erwiesen. Die bürgerliche Presse, die den Klagen der Patienten und des Wartepersonals kein Gehör geschenkt und zu allen Veröffentlichungen des „Vorwärts“ geschwiegen hatte, schlug sofort Alarm, als die Pflegegeschwestern kamen und klagten. Ebenso bereitwillig zeigte im Nathause sich die freisinnige Stadiberordnetermehrheit, an einer Aussprache über die vorgekommenen Vergiftungserscheinungen sowie über etwa vorhandene Mängel der Verköstigung teilzunehmen.

Fast schien es, als sollte der Staub, der da aufgewirbelt worden war, nur zu rasch sich wieder legen. Diejenige Presse, die gern mit dem Magistrat „Hühnung“ behält, begann schon nach wenigen Tagen einzulenkeln. Im „Lokalanzeiger“ las man eine Strafpredigt über den Unverstand der Patienten, die nicht einsähen wollen, wie gut man es im Krankenhaus mit ihnen meint. Auch die „Morgenpost“ gab sich dazu her, die Zuschrift eines Krankenhausarztes (unterzeichnet Dr. R.) zu veröffentlichen, der allerlei über „die drei Diätformen“ erzählte und die Verköstigung für „schmackhaft, kräftig, reichlich und individuell“ erklärte.

Diese Zuschrift ist in den Krankenhäusern im Kreise der Patienten, denen sie bekannt geworden war, viel erörtert worden und hat lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Ein Leser unseres Blattes, der lange im Krankenhaus Moabit liegt und gleichfalls die „Morgenpost“ mit dem ärztlichen Loblied auf die Krankenhauskost zu Gesicht bekommen hat, schreibt uns, daß man dort selbst bei der ersten Diätform manche der von dem Dr. R. ausgehällten Genüsse vermissen sieht. Kompost zum Sonntagsgesicht gebe es keineswegs regelmäßig, höchstens alle 14 Tage. Das feische Obst, von dem der Arzt spricht, müsse hauptsächlich durch die Angehörigen mitgebracht werden. Butter werde so knapp gewährt, daß sie bis zum Abend nur dann reiche, wenn zum Nachmittagskaffee die Semmel trocken gegeben werde. „Wer weiß, was für ein Essen der Dr. R. bekommt!“ sagt der Einsender im Hinblick auf das von diesem gelungene Lob der Krankenhauskost. Zu der Behauptung des Dr. R., daß die Patienten oft bei der Entlassung eine ganz beträchtliche Gewichtszunahme aufweisen, bemerkt der Einsender: „Von dem hiesigen Essen kann keiner schwer werden.“ Er führt die Gewichtszunahme auf die Extrakt zurück, die von den Angehörigen mitgebracht wird. Auch Dr. R.'s Hinweis auf die vielen Hundert Pfund nicht genossener Speisen, die täglich in die Tränkeimer wandern, beweise noch nichts für die Reichhaltigkeit der Kost, eher lasse sich daraus auf einen Mangel an Schmackhaftigkeit schließen.

Den Verteidigern der Krankenhauskost hatte in den letzten Tagen auch der Magistrat sich angeschlossen. Nach den reumütigen Bekenntnissen, die er in seiner Stadtverordnetenversammlung abgelegt hatte, war ihm angefallen, daß in der bürgerlichen Presse sich ankündigenden Umschwung der Stimmung bald wieder wackler zu Rute geworden. Durch den Magistratsbericht, der in der Zeitung den Patienten eine Notiz überbrachte, die im Anschluß an die Meldung des im Virchow-Krankenhaus angeordneten Wechsels des Küchenpersonals sagte: „Ob aber damit angeht die Größe der Anstalt und der Zahl der Kranken, die stets zu beschwerden geneigt sind, die Klagen aufhören werden, erscheint zweifelhaft.“ Es habe, so hieß es weiter in der Notiz, sich herausgestellt, daß die Männer weniger als die Frauen und von diesen wieder die besser situierten und gebildeteren weniger als die übrigen über das Essen usw. klagten.“ Hier fehlt nur noch, daß hinzugefügt wird, auch unter den Pflegegeschwestern seien nach

dem Genuß des Schabefleischs „die gebildeteren weniger als die übrigen“ erkrankt.

Nachdem der Magistrat diesen ebenso dreisten wie törichten Angriff gegen die mit der Verköstigung unzufriedenen Patienten hatte verdrängen lassen, durfte man sich eigentlich darauf gefaßt machen, daß aus den Beratungen der eingangs erwähnten Kommission wenig herauskommen würde. Um so mehr muß man davon überrascht sein, daß jetzt die Verköstigung, mit der die „besser situierten und gebildeteren“ Patienten angeblich so sehr zufrieden sind, dennoch geändert werden soll. Ob der Beschluß wirklich ausgeführt werden wird?

#### Die Konzeptionsverlängerung der Großen Berliner und der Schöneberger Magistrat.

Der Schöneberger Magistrat hat auf die an ihm ergangene Aufforderung, sich auf das Gesuch der Großen Berliner auf Erteilung der Konzeption auf 90 Jahre zu äußern, an den Oberpräsidenten eine Antwort gelangen lassen, die, wie wir dem „Berl. Tagebl.“ entnehmen, folgenden Wortlaut hat:

„Die Bedenken sind formeller und materieller Natur. Was die formelle Seite anlangt, so gibt zunächst die Zuständigkeitsfrage zu schweren Bedenken Anlaß. Gemäß § 7 des Kleinbahngesetzes ist der Bezirksauswah und nicht der Provinzialrat in erster Instanz zuständig, soweit eine Stadtgemeinde beteiligt ist. Daß etwa im Falle der Verteilung einer Provinz die Zuständigkeit des Provinzialrats konfirmiert werden sollte, davon besagt weder der Wortlaut, noch der Sinn, noch die Fassung des § 7 das Bestimmte. Euer Ergänzungs Ersuchen bezieht den Antrag der Großen Berliner Straßenbahn als den Antrag auf Erlass eines Ergänzungsbeschlusses im Sinne des § 7 des Kleinbahngesetzes.“

Die Gesellschaft beantragt nun aber wörtlich nur eine Ausdehnung der Dauer der Zustimmung zur Benutzung von Straßen und Plätzen. Aus dieser Verschiedenheit glauben wir einen zweiten Einwand herleiten zu müssen. Der § 8 des Gesetzes handelt von der Zustimmung der Wegeunterhaltungspflichtigen. Im engsten drücklichen und inhaltlichen Zusammenhange mit § 8 bestimmt § 7, daß diese Zustimmung im Falle der Verweigerung ergänzt werden kann. Daß eine Ergänzung der Zustimmung auch in dem Falle statthaft sei, wenn die Zustimmung schon erteilt ist, eine solche logisch auch unbedenkliche Anordnung trifft das Gesetz nicht. Unstreitig hat Schöneberg die Zustimmung schon im Vertrage von 1897 erteilt, und daraus folgt, daß die Große Berliner Straßenbahn etwas logisch Unmögliches und gesetzlich nicht Sanctioniertes forderte, wenn sie den Antrag auf § 7 des Gesetzes gestellt hätte. Tatsächlich fordert sie aber auch gar nicht die Ergänzung nach § 7, sondern sie stellt einen Antrag, der im Gesetze überhaupt nicht gestattet ist, nämlich den Antrag auf Ausdehnung der Dauer der Zustimmung. Sollte diese Ansicht reprobiert werden, so ist an dieser Stelle hervorzuheben, daß Schöneberg nach dem Vertrage mit der Straßenbahn im Jahre 1897 das Recht hat, die gesamte Bahnstrecke zu übernehmen. Dieses Recht ist ein wohlerworbenes, das den Schutz der Rechtsordnung genießt und durch ein Ergänzungsbeschluss ebensowenig aus der Welt geschafft werden kann wie der Vertrag selbst.

Was schließlich die allgemeinen Verkehrsinteressen anlangt, so betrachten wir die Erteilung der Konzeption auf fast ein Jahrhundert an die Große Berliner Straßenbahn als den schwersten Schlag, den die Verkehrsverhältnisse Groß-Berlins jemals erleiden könnten. In allen Großstädten geht das Bestreben dahin, die Straßenbahnen mit ihren netzartigen Begleiterscheinungen und ihrer verkehrshemmenden Gebundenheit an ein Gleise nach und nach zu beseitigen; in diesen Großstädten, wie zum Beispiel Paris, läßt man sie nach Möglichkeit überhaupt nicht aufkommen. Diese Bestrebungen sind insbesondere in neuester Zeit vollberechtigt, nachdem vollwertige Ersatzmittel auf dem Verkehrsmarkte erschienen sind in der Gestalt von Untergrundbahnlinien und elektrischen Automobilzügen. Hier liegen trotz kleinerer noch bestehender Mängel und trotz der zeitigen noch hohen Elektrizitätspreise die Mittel für eine ideale Verkehrsgestaltung nicht nur für die Zukunft, sondern schon für die unmittelbarste Gegenwart. Eine hundertjährige Konzeption an die Große Berliner Straßenbahn erteilt, hätte mit unbedingter Notwendigkeit zur Folge, daß Groß-Berlin, die Hauptstadt des Deutschen Reiches, in der Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse hinter jeder Provinzialstadt zurückbleiben würde und sich demnach Zustände entwickeln würden, deren Tragweite unschwer wäre. Wir hegen das feste Vertrauen, daß die Behörden des Staates an der Schwelle einer neuen Verkehrsära einem rüstungsbedürftigen Verkehrsunternehmen zum Schaden von drei Millionen Würgern eine Konzeption auf ein Säkulum nicht erteilen werden.“

#### Brügel statt Lohn?

Wer vom Arbeitgeber Lohn fordert, den er nicht zahlen will, kann es erleben, daß er obenein noch Brügel dabonträgt. Gegen einen Herrn Honig, Inhaber einer Blusen- und Unterrock-Konfektion in der Seidelstraße, erhob am Freitag vor dem Gewerbegericht Berlin eine Witwe R. den Vorwurf, daß er in dieser Weise mit ihr verfahren sei. Sie hatte ihm Blusen geliefert, für die ein Arbeitslohn von 1,25 Mk. pro Stück vereinbart worden war. Die Blusen sollten nicht vorchriftsmäßig angefertigt worden sein, darum wollte Herr Honig pro Stück 25 Pf. vom Lohn abziehen. Frau R. wehrte sich hiergegen, und schließlich forderte Herr Honig, daß sie ihm den angeblich entstandenen Schaden mit 3 Mk. pro Stück ersetze, wofür sie dann die Blusen behalten dürfe. Selbstverständlich ging Frau R. auch hierauf nicht ein. Bei den Verhandlungen über diesen Punkt, die im Geschäftslokal des Herrn Honig zwischen ihm und Frau R. stattfanden, soll er, so berichtet sie, sie gebard und hinausgeschoben haben, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Wegen dieses Auftretens hat Frau R. gegen Herrn Honig Anzeige erstattet, vorerst aber stand sie vor dem Gewerbegericht als Klägerin wegen ihrer Lohnforderung. Herr Honig war nicht persönlich erschienen, sondern ließ sich durch einen Angestellten vertreten. Dieser wendete ein, die Blusen seien verpfusst worden, auch befände sich ein Teil davon noch in den Händen der Klägerin. Was an den Blusen verpfusst sei, konnte er nicht sagen. Uebrigens habe, fügte er hinzu, Herr Honig gegen Frau R. Klage eingereicht wegen einer Forderung von 117 Mark, die er für die verpfuschten Blusen an sie stellen müsse. Da die Parteien keine Neigung befanden, sich zu einigen, so ordnete der Gewerberichter an, daß beide Sachen zu verbinden seien zu gemeinsamer Verhandlung und Entscheidung. Es wurde daher ein neuer Termin anberaumt, zu dem auch Herr Honig persönlich erscheinen und die Vorlagen mitbringen muß, nach denen Frau R. die Blusen angefertigt hat.

**Selbstmord einer Fünfzehnjährigen.** Vorgestern Abend beging die 15 Jahre alte Stieftochter Helene Neumann des Schuhmanns G. in der eckerischen Wohnung in der Beußelstraße Selbstmord, indem sie sich mit einem Löffel des Stiefvaters eine Kugel in die rechte Schläfe schoß. Als die Eltern zurückkehrten, fanden sie die Tochter noch lebend auf dem Sofa liegen und schafften sie nach dem Krankenhaus Moabit, wo sie halb nach der Einlieferung starb. Das junge Mädchen zeigte seit einiger Zeit ein überspanntes und schwärmerisches Wesen, das auf seine Sucht, Romane zu lesen, zurückzuführen ist.

**Ein aufregender Vorfall mit tödlichem Ausgange** hat sich gestern nachmittag vor dem Hause Reinickendorfer Straße 87 zugetragen. Das vierjährige Söhnchen Rudolf der Witwe Moll, Reinickendorfer Straße 45 wohnhaft, war mit dem Großvater auf die Straße gegangen und hatte gespielt. Als der Kleine den Bahndamm betrat, kam ein Fuhrwerk der Tierhandlung von Abrahamsohn entgegengefahren und der Knabe, der auf den Bürgersteig flüchten wollte, wurde vom Vorderrad erfasst und überfahren. Die Mütter des Wagens gingen ihm über die Brust hinweg. Der Großvater, der den Vorgang mit ansehen mußte, trug das Kind sofort nach der

Unfallstation in der Lindower Straße, wo aber nur noch der Tod festgestellt werden konnte. Der Fuhrer, der wohl ein böses Gewissen haben mochte, entzog sich seiner Feststellung durch die Flucht.

Schwer verunglückt ist gestern nachmittag der 35 Jahre alte Fuhrer Max Schmidt aus der Reinickendorfer Straße 85. Er fuhr mit einem Steinwagen am Nordhafen entlang und war auf seinem Sitz eingeschlafen. Sch. verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte so unglücklich auf das Straßenpflaster hinab, daß er eine blutende Kopfwunde und eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation in der Lindower Straße die erste Hilfe und wurde dann nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus übergeführt.

Eine wüste Szene entwickelte sich vorgestern Abend um 11 $\frac{1}{2}$  Uhr in der Voßringer Straße in der Nähe des Rosenthaler Tores. Die 28 und 41 Jahre alten Arbeiter August Berger und Ferdinand Kiebuhr wurden dort, als sie eine Schankwirtschaft verließen, von zwei fremden Burken ohne jede Veranlassung überfallen. Die Angreifer schlugen mit den Worten, na, da haben wir sie ja, ohne weiteres auf sie ein. Während die Ueberfallenen sich verteidigten, kamen auf den Lärm gegen dreißig Personen herbeigelaufen, die ebenfalls in die Schlägerei verwickelt wurden. Der Vorkämpfer des 62. Reviers, Polizeileutnant Junghaus bot vier Schaulente von seinem und drei vom 12. Revier auf, um dem Kampf ein Ende zu machen. Berger und Kiebuhr kamen abel weg. Der erstere erhielt neun, der andere sieben Kopfwunden, ein 38 Jahre alter Kellner Max Sprenger erhielt einen Stich in die rechte Hand. Die Verletzten wurden auf der Rettungswache in der Kastanienallee verbunden. Ein Maurer und zwei Arbeiter wurden nach der Revierwache gebracht, aber wieder entlassen, weil ihnen eine Teilnahme an der Schlägerei nicht nachzuweisen war.

**Ein Diebstahl in der Pfandkammer.** Ein ungewöhnlich dreister Diebstahl ist am gestrigen Tage in der städtischen Pfandkammer verübt worden. Dort befand sich ein Vertiko, das am Tage vorher bei einer Zwangsversteigerung verkauft worden war und gestern abgehoben werden sollte. Da in der Halle auch gestern Versteigerungen vorzunehmen waren, wurde das Möbelstück vorübergehend auf den Hof gestellt, von dem es bald danach verschwand. Wie festgestellt wurde, waren zwei junge Leute auf dem Hofe erschienen, hatten aus der Nachbarschaft einen Fuhrmann gemietet, dem sie erzählten, sie hätten das Vertiko gekauft, und beauftragten ihn, es nach der Bernauer Straße zu fahren. So wurde das Vertiko ausgeladen, ohne daß die Angestellten der Pfandkammer Verdacht schöpften. Nach der Angabe des Fuhrmanns fanden die beiden jungen Leute, als er in die Bernauer Straße einbog, dort vor einem Hause und erklärten, daß sie das Vertiko allein nach der Wohnung bringen wollten. Sie löschten den Fuhrer ab, der sich um den Verbleib des Möbels nicht weiter bekümmerte. Zweifellos ist der Schrank von den beiden Dieben nach einer in der Nähe befindlichen Wohnung oder zu einem Trödler geschafft worden.

Schrecklich zugerichtet wurde gestern nachmittag der 23jährige Arbeiter Wilhelm Bernide aus der Gleimstr. 54. B. war in einer Fabrik in der Badstraße beschäftigt. Gestern nachmittag war er mit anderen Arbeitern dabei, große Spiegelscheiben fortzuschaffen. Eine der Scheiben kam zu Fall und stürzte unglücklichweise auf den rechten Arm des jungen Mannes. Von der Hand bis zur Schulter wurde dem Verunglückten der Arm furchbar zugerichtet. Schlagadern und Sehnen wurden durchgeschnitten und die Knochen gesplittert. Blutüberströmte schafften die Kollegen den B. nach der Rettungswache, wo der Arm sofort unterbunden werden mußte. In bestimmungslosem Zustand wurde der Schwerverletzte, dessen Zustand infolge der starken Blutverluste ein recht bedenklicher ist, nach der königlichen Klinik gebracht.

Eine Einbrecherbande erbeutete in der letzten Nacht Schuhwaren im Werte von 2000 Mark im Schuhwarengeschäft von Roser in der Kommandantenstraße. Die Diebe drangen mit Hilfe von Dietrichen und Nachschlüssel in den Lagerraum und packten mehrere Hundert Paar Schuhe, Herren- und Damenstiefel in Bündeln zusammen und schleppten die Beute ungehindert davon.

**Feuerwehrbericht.** Von drei Seiten aus wurde gestern die Berliner Feuerwehr nach der Lessingstraße im Hansviertel alarmiert. Vor dem Hause Nr. 14 war eine große Kuhre Heu in Brand geraten. Hausboch schlugen die Flammen empor. Der 15. Zug mußte mit mehreren Schlauchleitungen Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. Das Heu war natürlich nicht mehr zu retten, nur mit Mühe gelang es, die Pferde in Sicherheit zu bringen. Gleichzeitig mußte in der Müllerstr. 61a ein Wohnungsbrand gelöscht werden. Grober Unflug lag einer Feuermeldung zugrunde, die den 8. Zug nach der Grülliger Str. 54 rief. — Der 20. Zug wurde wegen einer Gasausströmung nach der Spandauer Str. 11—13 und der dritte wegen eines Brandes nach dem Exerzierplatz an der Schwedter Straße alarmiert; ein Zaun war dort in Brand gesteckt worden.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht am Sonntag, den 20. d., nachmittags um 6 Uhr, Herr Doyent Jens Lützen über „Das Licht der Fixsterne“ und um 7 Uhr über „Die Mark und die Eiszeit“. Das Thema des Vortrages am Montagabend um 9 Uhr lautet: „Kann die Erde untergehen?“ Die Vorträge, die gemeinverständlich und mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet sind, finden während des Neubaus der Treptow-Sternwarte im Restaurant Anabe, vormals Jenner, Treptower Chaussee 22, statt. Mit dem großen Fernrohr ist am Tage die Sonne, abends ein Fixstern und der interessante Planet Saturn zu beobachten. Mit kleineren Fernrohren werden den Besuchern beliebige Objekte gezeigt.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

**Ein Kind verbrannt.** In dem Hause Rrumme Straße 70 zu Charlottenburg ereignete sich gestern vormittag ein schweres Brandunglück. Dort hat die Witwe Brundke, die sich als Aufwärterin und Waschfrau mühsam ernährt, mit ihren acht Kindern eine aus zwei Stuben und Küche bestehende Kellernwohnung inne. Als die Frau sich gestern wie gewöhnlich zur Arbeit begeben und ihre beiden jüngsten Kinder, die vierjährige Tochter Gertrud und den sechsjährigen Sohn Ernst, allein in der Wohnung zurückgelassen hatte, kam in einer Vorderstube Feuer aus. Die Gefahr wurde von Strahnpassanten erst bemerkt, als gegen 11 $\frac{1}{2}$  Uhr plötzlich Flammen aus den Kellerfenstern schlugen. Beherzte Männer eilten sofort nach dem Eingang im Hofe, wo ihnen der Kleine Ernst schon laut schreiend entgegengekommen kam. Die in ihrem Bettchen liegenden geliebte Trude konnte aber nicht mehr gerettet werden, da die Wohnung schon vollständig verqualmt war. Als die schnell herbeigerufenen Feuerwehr aus der Lüchow-Wache eintraf, war das Kind schon eine Leiche. Das Gesicht war fast bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Wie das Feuer ausgekommen ist, steht noch nicht fest. Trotzdem die Feuerwehr kräftig Wasser gab, konnte doch nicht verhindert werden, daß fast die gesamte Wohnungseinrichtung ein Raub der Flammen wurde. Die Leiche des verbrannten Kindes wurde nach dem Schauhaufe geschafft. — Fast gleichzeitig hatte die Charlottenburger Feuerwehr in der Fasanenstr. 17 zu tun. Dort war in der Wohnung des Chauffeurs Wäcker durch Unvorsichtigkeit Benzol in Brand geraten. Da Frau Wäcker krank war, so hatte sie zur Hilfe ein siebzehnjähriges Dienstmädchen Klara Brosched angenommen, die gestern vormittag damit beschäftigt war, mittels

Vermischtes.

Die Cholera.

Die Gefahr einer Verschleppung der Cholera nimmt erstere Gestalt an. Wie notwendig die strengste Kontrolle der aus Russland kommenden Passagiere auf Dampfern und Eisenbahnen ist, zeigt die Tatsache, daß nach einer telegraphischen Meldung aus Helsinki...

In Petersburg rafft die Seuche von Tag zu Tag immer neue Hunderte von Menschen fort. Nach den vorliegenden Nachrichten sind von vorgestern mittag bis gestern mittag 392 Personen an Cholera erkrankt, 125 Choleraerkrankte sind gestorben...

Verhüllene Schiffmannschaft.

Am 2. Juli ist bei Wellington (Island) das Hamburger Vollschiff „Palmyra“ gestrandet. Von einem Boot wurden 16 Personen an Bord genommen. Am 22. August entlief die Besatzung...

Der provisorische Ofen.

Die Ehefrau des Arbeiters Müller in Langermünde litt vor einigen Tagen besonders unter der frostigen Witterung, wollte aber noch nicht heizen. Um sich nun ein bißchen zu erwärmen, setzte sie sich auf einen mit glühenden Kohlen gefüllten Eimer...

Schulden wie ein Major. In dem Konkursverfahren über den Nachlaß eines verstorbenen Oberleutnants von Alvensleben in Schöneberg soll die Schuldverteilung der „Masse“ erfolgen...

Krieg im Frieden.

Bei Artillerieübungen zwischen Vicalvaro und San Fernando in Spanien wurden der „Epora“ zufolge fünfzehn Artilleristen durch eine Geschossexplosion, teilweise schwer, verletzt.

Ein wildgewordener Elefant führte gestern im Rudapester Tiergarten ein schweres Unglück herbei. Er erfaßte einen Wärter, der ihn gepußt und gereinigt hatte, mit dem Rüssel, brüllte ihn gegen die Wand und durchbohrte mit seinen Stoßzähnen den Körper des Unglücklichen...

Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Besitzt täglich von 9-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr...

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter Hamburg. (R. H. 2.) Berlin 3: Heute, abends 8 Uhr, im Generalschulhaus, Engelstr. 15, Saal 7. - Berlin 4: Heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Werckh, Andreestr. 26.

Festtag der wandergewerbtreibenden Geschäftleute (Berlin und Umgegend): Heute, abends 9 Uhr, bei Drösel, Neue Friedrichstr. 33. Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund. Ortsgruppe Berlin. Der Ausflug nach Buch wird der Friedensfeier am Sonntag wegen bis auf weiteres vertagt.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 29. September, vormittags 10 Uhr, in Freiers Festhalle, Köpenicker Str. 20: Feier der Jugendaufnahme. Die Festrede hält Herr Dr. Bruno Hiller über das Thema: „Wir leben fort in unseren Kindern.“ Eintritt für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf.

Witterungsüberblick vom 18. September 1908, morgens 8 Uhr.

Table with 7 columns: Stationen, Barometer, Wind, Bewölkung, Regen, Temperatur, Windrichtung. Rows include stations like Eutin, Hamburg, Berlin, München, Wien, Lissabon, Petersburg, Sankt Petersburg, Warschau, Prag, Wien.

Wetterprognose für Sonnabend, den 19. September 1908. Trocken und vorwiegend heiter, nachts kühl, am Tage mild bei schwachen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, Wasserstand, am, seit. Rows include stations like Memel, Regensburg, Weiskel, Dier, Krefeld, Barmen, Rhein, Ruhr, Elbe, Dresden, Bayreuth, Magdeburg.

\*) + bedeutet Hoch, - Fall, - ? Unterpegel, - ? höchster Stand: 885 cm am 16. um 6 Uhr nachm.

Benzin fließt aus einem Anzug zu entweichen. Dabei kam sie der Hochmaschine zu nahe, so daß sich das Benzin entzündete. Es erfolgte eine heftige Explosion, bei der die Broschek durch die brennende Flüssigkeit Brandwunden an den Füßen davontrug...

Rixdorf.

Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 17. September. An erster Stelle der Beratungen steht ein vom Magistrat vorgelegtes Ortsstatut über die Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten und Magistratsmitglieder. Danach soll vom 1. Januar 1909 ab die Stadtverordnetenversammlung aus 72 (jetzt 60) Mitgliedern bestehen und vom 1. April 1911 ab die Zahl der gebildeten Stadträte auf 12 erhöht werden...

Neuerlich lebhafteste Zusammenstöße zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und dem bürgerlichen Block rief ein Antrag des Magistrats hervor, nach welchem der Vorsteherin der privaten Mädchenschule, Fräulein Gunkel, ein neues, Richardplatz 13/14, zu erwerbendes, städtisches Schulgebäude zur Verfügung gestellt werden soll. Die hierfür festgesetzten Bedingungen schließen weitgehende Vergünstigungen durch die Stadt in sich. So deckt die fixierte Miete nicht entfernt die Vergütung und Amortisation des Grundstückes und des Gebäudes...

Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen wurde gestern abend an der 8 Jahre alten Tochter des Arbeiters Kober, Kaiser-Friedrich-Str. 86, verübt. Das Kind spielte mit einigen anderen Kindern in Abwesenheit der Eltern auf der Straße. Ein etwa 40 Jahre alter Mann trat an das Mädchen heran und erlaubte es, mit nach der Wohnung ihrer Eltern zu kommen, da er dort etwas abliefern wolle...

Wilmerdorf.

Die Große Berliner Straßenbahn hatte an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, die Anlegung einer Straßenbahn-Endhaltestelle in der Prinzregentenstraße vorzunehmen zu dürfen. Der Magistrat hat im Einverständnis mit der Verkehrsdeputation den Antrag unter der Bedingung genehmigt, daß die durch die Verlegung der Schienen entstehenden Mehrkosten der Asphaltierung von der Gesellschaft getragen werden...

Stadt von etwa 80000 Einwohnern, ob sie nur vier solcher Häuschen besitzt. Der Bau von zwei weiteren Anstalten ist geplant; aber an eine weitgehende Vermehrung kann in diesem Jahre nicht gedacht werden. - Auf seine Anfrage des Stadtr. Klettke, wie weit die Arbeiten des Magistrats betreffs eventueller Einführung der Bezirkswahlen gediehen seien, ergab sich, daß das jetzige System noch recht lange erhalten bleibt. Nach Ansicht des Magistrats machen die örtlichen Verhältnisse, die vielen unbedeutenden Grundstücke zurzeit eine gerechte Bezirkseinteilung unmöglich...

Lichtenberg.

Die städtischen Arbeiter beschäftigten sich am Mittwoch in einer gut besuchten Versammlung mit ihren Anträgen zum nächsten Etat. Eingangs der Versammlung referierte Genosse Spiedermann über die Wünsche der Gemeinden gegenüber den städtischen Arbeitern. Der sehr instruktive Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Zu den Forderungen, die in ihren Einzelheiten in einer Anzahl Betriebsversammlungen der einzelnen Betriebe durchberaten waren, sprach Kollege Wolenski. Die Forderungen bezwecken in erster Linie eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden für die Schichtarbeiter und auf 9 Stunden für alle übrigen Arbeiter...

Erwähnt sei noch, daß das Koalitionsrecht in den Betrieben der Stadt Lichtenberg noch nicht voll zur Anerkennung gelangt ist. Neben Klagen aus dem Elektrizitätswerk nach dieser Richtung ist es in der Anlagenanlage ein Herr Sigmund, der sich dazu berufen fühlt, die Arbeiter von der Wahrnehmung ihrer ihnen gesetzlich gewährleisteten Rechte abzuhalten.

Nieder-Schöneweide.

Die letzte Gemeindevertretersitzung setzte den Termin der Ersatzwahl zur Gemeindevertretung auf den 29. September fest. Die Wahlzeit ist von mittags 12 bis abends 8 Uhr. In einer früheren Sitzung hatte die Vertretung beschlossen, die Lehrer an der Anabener-Vorschule ebenso zu befordern wie die Volksschullehrer, jedoch wurde die Gewährung einer pensionsfähigen Funktionszulage abgelehnt. Dieser Beschluß ist von der Regierung nicht genehmigt worden, mit der Motivierung, daß die Funktionszulage bei den höheren Lehrpersonen mindestens 150 M. jährlich betragen muß...

Potsdam.

Die Hand gepalsten. Der in Rowates wohnhafte Maschinist Altemann des Dampfers „Habermann“ der Igl. Wasserbauinspektion wollte heute vormittag für ein unbedeutendes Auspuffrohr einen Holzpfosten zurechtmachen. Beim Zusägen des Holzes mit einem Beil ging ein kräftig geführter Hieb daneben und spaltete die linke Hand. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde Al. ins städtische Krankenhaus gebracht.

Interessante Taucherübungen kann in diesen Tagen bei der Sacrower Fähre beobachten. 150 Meter von der Fähre ab standen seit einiger Zeit in der Sacrower Enge zwei Brähme mit einem Bohrerhülst verankert, von dem ein eisernes Rohr zur Ermittlung der Grundlege und Bauhöhe des Bodens für einen Brückenbau in eine Tiefe von 50 Meter getrieben worden war. Gestern in aller Frühe wurden die Brähme von einem Schlepplugg angerannt, und binnen weniger Minuten sanken sie mit allen Werkzeugen und Vorrichtungen. Zur Hebung der Geräte und Werkzeuge werden zwei Taucher eintreffen, die mit den Stophanderanzügen in die Tiefe tauchen werden.

Reichenhendorf.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Bagels-Rixdorf einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die modernen Massenlamps und unsere Aufgaben“. Im letzten Teil seiner Ausführungen streifte er die Budgetbewilligung durch die sächsischen Landtagsfraktionen. Redner bebauete das Abweichen von der bisherigen zielklaren Politik. Die sich an das Referat anschließende Diskussion bewegte sich in gleichem Sinne. - Es folgten die Berichte über die Generalversammlung des Zentralwahlvereins und der Verbandsgeneralversammlung. Der Berichtserstatter der letzteren brachte im Anschluß daran folgende Resolution ein: „Die heute, am 13. September, tagende Wahlvereinsversammlung protestiert gegen die Festsetzung des Frauenbeitrages auf 10 Pf. monatlich. Die Versammlung fordert den Zentralvorstand auf, Mittel zu ergreifen, um diesen Beschluß aufzuheben und den Beitrag auf 20 Pf., wie in der übrigen Provinz Brandenburg, festzusetzen.“ Nach eingehender Diskussion fand die Resolution einstimmige Annahme. Zum Schluß der Versammlung wurde vom Vorsitzenden noch bekannt gegeben, daß zwecks Agitation unter den Frauen zur nächsten Versammlung eine Genossin als Referentin gewonnen werden solle.

Brunnenstr.  
17-18.

# H. Greifenhagen Nachf.

Veteranenstr.  
1-2.

## 3 Waggon Emaille, Porzellan, Steingut

so lange Vorrat

hervorragend billig

so lange Vorrat

### Emaille

Eimer grau . . .	68 Pf.	neublau . . .	85 Pf.
Ovale Wannen	40 50 60 cm	neublau . . . . .	95 Pf. 1.95 2.95
Eimer bunt oder Delft, mit Deckel . . . . .	1.95		
Kehrschaufeln weiss oder neublau	38 Pf.		
Teigschüsseln	38 42 46 cm	rund, mit Henkel, neublau	1.50 1.95 2.75
Wasserkessel gross . . . . .	68	50 Pf.	
Schöpflöffel . . . . .	18	28 Pf.	
Kaffeekannen ca. 5 Tassen Inhalt	50 Pf.		
Sand-Soda-Seife-Garnitur	98 Pf.		
Toilette-Eimer m. Einsatz u. Rohrbügel	2.95		

### Steingut

Waschservice 4 teilig, klein . . . . .	95 Pf.
Waschservice 5 teilig, gross . . . . .	1.95
Toilette-Eimer mit Einlage . . . . .	1.95
Gr. bunte Krüge v. Waschservice	48 Pf.
Nachtgeschirre crème mit gold	50 Pf.
Salz- oder Mehlresten mit Holzrückwand . . . . .	68 Pf.
Tortenplatten, rund oder viereckig	98 Pf.
Teller tief oder flach . weiss	5 Pf.
bunt	8 Pf.

### Wirtschafts-Artikel

Möbelklopfer . . . . .	48 38 18 Pf.
Spiritus-Gaskocher	98 58 38 Pf.
Kaffeemühlen . . . . .	78 Pf.
Verzinte Waschtöpfe mit Ring . . . . .	4.85 3.95 2.50
Küchen-Waagen Stück	1.00
Eiserne Storesstangen verstellbar, 140 cm, ausziehbar . . . . .	48 Pf.
Scheibengardinen-Stangen verstellbar . . . . .	4 Pf.
4 stufig 6 stufig 8 stufig	
Stehleitern	1.25 1.95 2.75

Ein Posten Körper-Vitrage Fenster = 2 Flügel	1.25
Ein Posten Körper - Rouleaux . . . . .	1.95
Ein Posten Engl. Tüllgardinen Fenster = 2 Flügel . . . . .	1.95 1.45
Ein Posten Blumenvasen mit Beschlag . . . . .	98 Pf.
Ein Posten Schwarzwälder Uhren	98 Pf.
Ein Posten Bambus-Etagere mit 2 Majolika-Tellern . . . . .	98 Pf.

### Porzellan

Satz Milchtöpfe weiss/gold	1.95	98 Pf.
bunt . . . . .		
Kaffeesevice weiss, 9 teilig . . . . .	98 Pf.	
Kaffeesevice bunt, 9 teilig	3.95	2.35
Dessert-Teller bunt, 6 Stück . . . . .	88 Pf.	
Tassen bunt . . . . .	28 Pf.	15 Pf.
Teller weiss, tief oder flach . . . . .	10 Pf.	
Teller Rosenmuster, tief oder flach . . . . .	28 Pf.	
Teller Dessert . . . . .	18 Pf.	
Teller Kompott . . . . .	15 Pf.	
Saucieren weiss . . . . .	38 Pf.	

### Nie wiederkehr. Gelegenheit!

Porzellan-Vergissmeinnicht-Garnitur „Tadellos“  
 Vorratsstollen . . . 78 Pf. Essig- od. Oelflaschen 78 Pf.  
 Gewürztonnen . . . 25 Pf. Salz- od. Mehlresten 1.50  
 Satz - 6 Stück Milchtöpfe . . . 1.95  
 Alle genau passenden Küchenrahmen-Artikel mit 20 % Rabatt; so lange Vorrat.

Ein Gelegenheitsposten  
**Gute Solinger Bestecke**  
 Paar 58 Pf.

HEUTE SONNABEND

## auf alle Waren Doppelte Rabattmarken

mit Ausnahme von Lebensmitteln und einiger anderer Netto - Artikel.

Anerkannt vorzüglichster Schuhputz.

# Immalin

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.



Schutz-Märke.

### Das Fritzchen läßt nicht nach,

es will absolut Weissen-Seifenpulver „Goldperle“ einlaufen, weil so hübsche Geschenke in jedem Paket enthalten sind. Man achte auf den Namen „Goldperle“.  
 Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Bestelltes Teilzahl-Geschäft für **Brennabor-Räder!**  
 Kein Laden! Günstigste Bedingungen. Berlin SO., Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.

**Billige Dampfer-Extrafahrten** von Waisenbrücke am Sonntag, den 20. September.  
 Um 9<sup>1/2</sup> und 2 Uhr nach Voigts Krampenburg (Alpen) Preis hin u. zurück 75 Pf., einfach 50 Pf., Kinder 25 Pf.  
 Um 10 Uhr nach Ziegenhals. Hin und zurück 75 Pf., einfach 50 Pf., Kinder die Hälfte.  
 Montag, den 21. September, 7<sup>1/2</sup> Uhr, nach Teupitz (letzte Fahrt). Reederei E. Rabat, Stralau-Berlin, Tel. Amt VII 590, 13 459.

**Einsegnungs-Anzüge** 14.50-29.- Mk. Nur eigene Konfektion  
**Anzüge nach Maß** von 24.50 Mk. an. **M. Schulmeister**, Schneidermeister. Dresdener Str. 4 am Kottbuser Tor. 4060L\*

Die städtischen Arbeiter protestieren!

Eine große Protestkundgebung der städtischen Arbeiter von Berlin fand am Donnerstagabend bei Freyer in der Kopenstrasse statt. Saal und Galerien waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Unberührt gaben die Arbeiter ihrer Erbitterung über die Haltung der Mehrheitsparteien in der Stadtverordnetenversammlung vom 10. September Ausdruck und erhoben einen scharfen Protest dagegen, daß ihre berechtigten Forderungen durch einen Antrag auf „Uebergang zur Tagesordnung“ einfach beiseite geschoben wurden. Der Referent des Abends, der Stadtverordnete Dr. Wehl, fand mit seiner scharfen Kritik an der Stadt Berlin als Arbeitgeberin den stürmischen Beifall der Versammelten. Er wies darauf hin, daß ein Vertreter der Mehrheitsparteien in jener Sitzung selbst erklärt hatte, die Ablehnung der Anträge auf Verbesserung der Lebensbedingungen der Gemeindegewerkschaft müsse eine heftige Verbitterung unter den Zurückgewiesenen hervorzurufen, aber die Vorwürfe dieses Mannes richteten sich nicht etwa gegen seine Parteifreunde, sondern gegen die sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament, weil sie diese Anträge vorlegte und die Annahme derselben forderte. Dazu waren aber die sozialdemokratischen Vertreter verpflichtet als die erwählten Sachwalter der Interessen der Arbeiterschaft. Man hätte sogar erwarten dürfen, daß die Verwaltung von Berlin selbst mit einer Vorlage gekommen wäre, um die Löhne der städtischen Arbeiter zu erhöhen, nachdem die Stadt in einer Eingabe an den Reichstag gegen die Erhöhung der Zölle und indirekten Steuern ihre Bedenken geltend gemacht hätte. Die herrschende Meinung ist von den Stadtbehörden anerkannt worden, aber eine Erhöhung der Einnahmen der Gemeindegewerkschaft wird beharrlich verweigert. Wenn in einzelnen Betrieben kleine Lohnaufbesserungen, die auch nur Pfennigfucherei darstellen, eingetreten sind, so hat man damit nur ein wenig dem Drängen und freitigen Wahlen der Arbeitervertreter nachgegeben. Die Gründe, welche die Gegner veranlassen, den Anträgen der Arbeiter stattzugeben, kennzeichnete der Redner in gründlichen Ausführungen als durchaus haltlos, als leere Ausflüchte. Sie wollen eben nichts bewilligen, erklärte er. Die Arbeiter sind keine Nacht, die sie zu fürchten hätten. Von einer Sozialpolitik will man nichts wissen, man treibt nur eine rücksichtslose Finanzpolitik. Der Redner besprach die Anträge der Arbeiter und zeigte, wie bescheiden die Forderungen gehalten sind. Große Anerkennung verdiente die Geduld, welche die Arbeiter bewiesen haben, indem sie allen Einsprüchen begegneten und überall anknüpften, um zu ihrem Rechte zu gelangen. Man dürfe sich schließlich nicht wundern, wenn städtische Arbeiter die Armenverwaltung in Anspruch nehmen, weil sie bei ihrer geringen Entlohnung nicht auskommen. Die Geduld der städtischen Arbeiter könne auch einmal ein Ende nehmen. So sehr eine Arbeitsstellenstellung der Gemeindegewerkschaft von Berlin zu bedauern wäre, so müßte doch die Wirkung eine außerordentliche sein, wenn eine solche Gefahr allen Gemütern droht. Die Drohung allein wäre schon mächtig. Dazu gehört freilich zuerst, daß die Arbeiter sich in einer starken Organisation zusammenschließen, und das müßte der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sein. Nach der jetzigen Lage der Dinge müßten die städtischen Arbeiter sich sagen, daß ein Kriegszustand zwischen ihnen und der Stadt besteht (Starker Beifall), und da ist es ihre Pflicht, fest zusammenzutreten und unablässig für ihre Organisation zu agitieren. Der Redner empfahl die folgende Resolution zur Annahme: „Die im großen Saale von Freyer, Kopenstrasse 20, am 17. September tagende, von über 8000 Personen besuchte Ver-

sammlung der städtischen Arbeiter Berlins nimmt empört Kenntnis von der verständnis- und rücksichtslosen Behandlung, welche den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in der Stadtverordneten-Sitzung am 10. September zuteil wurde.

- Die Versammelten erklären demgegenüber: 1. daß die in den städtischen Betrieben gezahlten Löhne (u. a. 3,50 und 3,75 M. pro Tag) bei den gegenwärtigen Leberungsverhältnissen in keiner Weise zum Unterhalt der Familie genügen und unbedingt der Aufbesserung bedürfen; 2. daß die unhaltbare Verworfenheit und Verriessenheit der Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Betrieben nur durch eine allgemeine Arbeitsordnung, zu deren Schöpfung die sozialdemokratischen Anträge einen ersten Schritt bedeuteten, beseitigt werden kann.

Aus diesen Gründen nehmen die städtischen Arbeiter die von den Stadtverordneten in brücker Weise abgelehnten Anträge der sozialdemokratischen Fraktion von neuem auf. Die Versammelten beauftragen die Ortsverwaltung des Gemeindegewerkschaftsverbandes und die Arbeiterausschüsse, diese Forderungen unverzüglich dem Magistrat bzw. den Betriebsverwaltungen zu übermitteln und erwarten von ihren Vertretern energische Wahrung ihrer Interessen, von den genannten Behörden aber eingehende Würdigung und Anerkennung ihrer berechtigten und wohlbegründeten Anträge.

Die geradezu schmähliche Art der Erledigung ihrer Angelegenheiten in der Stadtverordneten-Versammlung ist den Versammelten ein neuer Beweis für die Notwendigkeit der Selbsthilfe. Sie erneuern daher ihr schon wiederholt abgegebenes Bekenntnis der Zugehörigkeit zur modernen Arbeiterbewegung und fordern alle Arbeitstollen kategorisch zum Anschluß an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf, um gegebenenfalls die Verbesserung ihrer Lebenslage mit den gewerkschaftlichen Mitteln erlangen zu können.

In der Diskussion sprachen zahlreiche Arbeiter im Sinne des Referats. Von allen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß auf die Freistimmigen kein Arbeiter sich verlassen könne. Lebhaft bedauert wurde die Zersplitterung der Gemeindegewerkschaft in zahlreiche kleine Vereine, die vollständig bedeutungslos sind und sogar Schaden stiften. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter müsse die eine große Organisation sein, in der sich alle zusammenschließen, um gemeinsam ihre Rechte geltend zu machen. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Gerichts-Zeitung.

Gesundbeter.

Daß es immer noch Leute gibt, von denen man sagt, sie werden nicht alle, bewies eine Verhandlung am Donnerstag vor dem Schöffengericht zu Spandau gegen den künftl. Förster Bohm aus Finkenkrug wegen Körperverletzung. In dem Dorfe Seegefeld treibt seit einiger Zeit ein Magnetiseur, Spiritist und Gesundbeter namens Weihenberg sein Wesen. Derselbe hält u. a. auch bei dem Gutsherrn Seume zu Seegefeld verschiedene spiritistische Andachten ab und hat im Dorfe eine ziemlich große Schar von Anhängern, meist der begüterten Klasse angehörend. Zu den Besuchern dieser Andachten gehörte auch, gegen den Willen ihres Vaters, die 18jährige Tochter des Försters Bohm, namens Waldtraud. Am 21. Juli er. fuhr Fräul. Waldtraud mit ihrem Rade von Finkenkrug nach Seegefeld, um an-

geblich zur Kirche zu gehen. Als sie in später Abendstunde noch nicht wieder zu Hause war und der Vater auf telefonische Anfrage erfahren hatte, daß sie beim Gutsherrn Seume sei, vermutete der Förster, daß seine Tochter wieder einer Andachtsübung des Weihenbergs beizuhne, und seine Ahnungen hatten ihn nicht getäuscht; denn abends in der zehnten Stunde wurde seine Tochter von Weihenberg und dem Rechnungsführer Tschabas, auch ein Anhänger Weihenbergs, per Wagen nach der Oberförsterei gebracht. Hierüber furchtbar in Wut geratend, ergriff der Förster einen Stock und verbläute den Gesundbeter und seinen Anhänger ganz gehörig. Als er auf Weihenberg einschlug, rief ihm seine Tochter zu: „Vater, schlage ihn nicht, er ist mein Heiland!“ Auf die Strafanzeige der beiden Verprügelten wurde die Anklage gegen den Förster erhoben. Der als Zeuge benannte Weihenberg beauftragte, er wäre gegen Mittag des 21. Juli zu dem Gutsherrn Seume gerufen mit dem Bescheide, Fräulein Bohm wäre dort in Ohnmacht gefallen. Noch ehe er das Zimmer betrat, hörte er, wie Fräulein Bohm rief: „Komm nur, Du kannst mich erwecken.“ Er sei dann in das Zimmer getreten und habe heftig auf den Geist, von dem die junge Dame besessen, und welchen er sah, eingeredet, und nach kurzer Zeit war derselbe gewichen. Abends sei er dann noch einmal gekommen und habe eine Andacht abgehalten, an welcher auch Fräulein Bohm teilnahm, und hierbei wäre sie wieder in einen leichten Krampfzustand verfallen, von welchem er sie aber bald wieder befreite. Da es nun schon ziemlich spät war, habe er sich entschlossen, mit dem Rechnungsführer Tschabas die junge Dame per Wagen nach Hause zu bringen, und hier hätten sie dann von dem Angeklagten ihre Hiebe bekommen. Er nähme ihm das aber nicht übel, denn der Herr Förster habe auch einen Geist, der ihn dazu getrieben. Zu dieser Verhandlung war auch der praktische Arzt Dr. Kottelius aus Seegefeld geladen, der ausführte, daß der Förster infolge einer längeren Krankheit sehr nervös und aufgeregter sei. Er habe in dem Augenblick, als er die Tat beging, vor Aufregung nicht gewußt, was er tat. Der § 51 des Strafgesetzbuchs finde hier Anwendung. Auf Grund dieses Gutachtens erkannte das Gericht auf Freisprechung.

Römischer Heiliger.

Eine höchst sonderbare Straftat gelangte Donnerstag zur Kenntnis des Reichsgerichts. Vom Landgerichte Halberstadt ist am 15. Juli der Maler Hermann Fehr wegen Rückfalldiebstahls zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er sah in Quedlinburg im Gefängnis und sollte am 17. Juni nach Bremen übergeführt werden. Vorher wurde er am ganzen Körper genau untersucht. Hierbei fand man unter seinem Kleider versteckt ein dem Justizfiskus gehörendes Neues Testament, welches in eine andere Zelle gehörte. Das Gericht hat festgestellt, daß der Angeklagte sich dieses fremde Vermögenstück rechtswidrig angeeignet hat. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgerichte verworfen.

Künstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Futur genügend, Geschäft langsam, Preise unverändert. Wild: Futur mäßig, Geschäft reger, Preise wenig verändert. Geflügel: Futur sehr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise in Wien nicht befriedigend, sonst gut. Fisch: Futur genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südrüchte: Futur genügend, in Weizen und Pflanzen über Bedarf. Geschäft etwas lebhafter, aber nicht befriedigend, Preise unmerklich verändert.

Fortsetzung des

Serien-Verkaufs unserer bewährten Schuhwaren-Fabrikate

zu besonders günstigen Ausnahme-Preisen!

Sonstiger Preis M. 3,90	Damen- Spangenschuhe für die Straße	2,90
Sonstige Preise M. 4,50-4,80	Damen- Promenadenschuhe zum Knöpfen und Schnüren	3,50
Sonstiger Preis M. 5,90	Damen-, Herren- Strapazierstiefel gutes Wichsleder	4,50
Sonstige Preise M. 6,90-7,50	Damen-, Herren- Schnür- u. Schnallen-Stiefel, vorrögl. Qualität	5,50
Sonstiger Preis M. 7,50	Herren- Schaffstiefel extra starker Boden	6,50

Damen- und Herrenstiefel

bestes Chromleder teils mit Lackkappe. Ausnahme-Preis M. 7,50



feinstes Box-Calf, amerik. Formen. Ausnahme-Preis M. 9,50

Der Verkauf findet nur in unseren folgenden Filialen statt, worauf wir zu achten bitten!

- Berlin N., Reinickendorfer Straße 12
- „ N., Badstraße 23
- „ N., Brunnenstraße 42
- „ N.W., Turmstraße 55
- „ S., Kottbuser Damm 5
- „ O., Andreasstraße 47
- „ O., Frankfurter Allee 144
- Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 121
- Schöneberg, Hauptstraße 159

Schuh-Fabrik

MAX TACK

Schuh-Fabrik

# Friedenskundgebung.

## Ueberreichung einer Adresse des englischen Volkes an das deutsche Volk.

Sonntag, den 20. September 1908, mittags 12 Uhr,  
in der **Neuen Welt**, Hasenhaide 108-114.

Die Ueberreichung erfolgt durch eine Deputation von 20 englischen Arbeiterführern und Parlamentsmitgliedern.

Von englischer Seite werden sprechen:

F. Maddison, Internationale Schiedsgerichts-Liga.  
D. F. Shackleton, Präsident des Gewerkschaftskongresses.  
W. A. Appleton, Sekretär der General-Federation der Gewerkschaften.  
J. A. Allen, Präsident des Genossenschafts-Kongresses.  
Uebersetzer: Eduard Bernstein.

Von deutscher Seite werden sprechen:

Karl Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
Paul Singer, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei.

Massenbesuch erwarten Die Einberufer:

Alwin Körsten für die Berliner Gewerkschaftskommission.

Eugen Ernst für den Verband sozialdemokratischer Wahlvereine.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branche der Vergolder.

Montag, 21. September ev., abends 8 Uhr, in den Arminshallen,  
Kommandantenstr. 58/59.

### Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Vor dreißig Jahren“. Vortrag des Genossen H. Schütte.
  2. Diskussion. 3. Renwahl des Branchenleiters. 4. Verschiedenes.
- Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.  
Bühnenbesuch dringend notwendig. 90/14\*  
Der Branchenleiter

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Col I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1267.

Montag, den 21. September 1908,  
abends 8 Uhr:

**Allgemeine Versammlung**  
aller in den Schleifereien u. galvanischen Anstalten  
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

- Vortrag des Herrn Professor Dr. Sommerfeldt über:  
„Ursache, Wirkung und Verhütung der Berufskrankheiten in  
unserem Beruf.“  
Vorgeführt durch zahlreiche Lichtbilder und Präparate.  
Zu dieser Versammlung können die Kollegen ihre Frauen mitbringen.  
Zur Dedung der Unkosten wird ein Betrag von 20 Pf. erhoben.  
Bühnenbesuch wird erwartet.

Montag, den 21. September 1908,  
abends 6 Uhr:

**Versammlung**  
für die Metallarbeiter und Arbeiterinnen  
von Reinickendorf-Ost

im Lokal von Sadan, Reinickendorf, Residenzstr. 124.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Bahn. 2. Renwahl der Gewerk-  
schafts-Unterkommission. 3. Verschiedenes.
- Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung macht es jedem Metallarbeiter von  
Reinickendorf-Ost zur Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen.

### Die Vertrauensleute der mechanischen Betriebe

werden hiermit ersucht, die Fragebogen über die Lohn-  
erhebung so schnell wie möglich im Bureau, Charitéstr. 3,  
abzuliefern.

Protokolle über die Verhandlungen des Gewerkschafts-  
kongresses in Hamburg sind zum Preise von 25 Pf.  
pro Stück für die Mitglieder im Bureau und bei dem  
Kassierer zu haben. — Futterale für Mitgliedsbücher,  
pro Stück 10 Pf., sind ebenfalls im Bureau und bei  
dem Kassierer zu haben. 123/4

Die Ortsverwaltung.



**D. Perleberg**  
Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung  
Chausseestr. 63 \* Ecke Liesenstr.

In meiner Abteilung

### Herren-Mass-Schneiderei

sind bereits sämtliche

Neuheiten in engl. und deutschen Stoffen

für Herbst und Winter

in unübertroffener Auswahl eingetroffen.

Größte Leistungsfähigkeit.

Weitgehendste Garantie.

Unerreicht billige Preise.

### Hut-Arnold Dresdenstr. 116

(Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engros-Geschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00 Stiefe Herrenhüte v. 2,00-7,00  
Nur fehlerfreie moderne Ware Nur fehlerfreie moderne Ware  
Größte Auswahl in Mützen- und Pelzwaren.

### Dr. Schünemann

Spezial-Kräft für 36462\*

Haut- und Harnleiden,

Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

### Orts-Krankenkasse der Kürschner und verw. Gewerbe zu Berlin.

Donnerstag, 24. September 1908,  
im Alten Schützenhause, Linien-  
straße 5:

### Ordentliche General-Versammlung der Delegierten.

In getrennter Versammlung  
abends Punkt 8 Uhr:  
Versammlung der Arbeitgeber.

Tages-Ordnung:  
1. Erwahlung eines Vorstandsmit-  
gliedes bis Ende 1909. 270/19  
2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes  
auf 3 Jahre.

Um 8 1/2 Uhr:  
Versammlung der Arbeitnehmer.

Tages-Ordnung:  
1. Erwahlung eines Vorstandsmit-  
gliedes bis Ende 1909.  
2. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern  
auf 3 Jahre.

Um 9 1/2 Uhr: Gemeinschaftliche  
Versammlung mit folgenden  
Punkten:

1. Berlesung des Protokolls.
2. Wahl von 3 Revisoren zur Prü-  
fung des Jahresabschlusses.
3. Renderung des § 49 dahingehend,  
dah anstatt: „Die Klassenmitglieder  
wählen für je 20 Klassenmitglieder  
einen Vertreter.“ Gelegt wird:  
Für je 50 Mitglieder einen Ver-  
treter. Und: Für je 40 von den  
Arbeitgebern beschäftigte Klassenmit-  
glieder. Gelegt wird: Für je 100  
von den Arbeitgebern beschäftigte  
Klassenmitglieder einen Vertreter.“
4. Sonstige Klassenangelegenheiten.

Um pünktliches Erscheinen wird  
dringend ersucht.

Die zugesandte Einladung  
legitimiert, ohne dieselbe kein Einlag.

Der Vorstand.  
E. Fritze, Vors., Kottbuserdamm 101.



### Centralhaus moderner Herrenkleidung

Neue Friedrichstr. 35,

neben der Central-Posthalle,

liefert an jedermann elegante

### Herren-Garderoben

nach Maß und fertig unter Ga-  
rantie für taubellose Sitz gegen  
wöchentlich Teilzahlung von 1 M. an.  
Zuschneiderei. Verhältnisse! Hause.  
Auf Wunsch Besuch des Neuesten  
mit neuesten Stoffmustern.  
Sonntags geöffnet.





Immer noch ist

## Die erste Grossmacht

einzig und allein **tonangebend** in ganz Berlin

Unsere gewaltigen Riesenlager gediegener

# Möbel

bertreffen alles bisher Dagewesene. Wir unterhalten in allen unseren Häusern ständig eine Ausstellung kompletter Einrichtungen in allen Preislagen von den einfachsten bis zu den luxuriösesten und liefern z. B. schon eine komplette Einrichtung mit einer Anzahlung von 15 Mark an. Gleichfalls grösstes Lager

Stilreiner Salons, Speisezimmer, Schlafzimmer,  
Wohnzimmer, Herrenzimmer, mod. Küchen etc.

## Kredit

erhält Jedermann bei allerniedrigster Anzahlung und langfristigen Ratenzahlungen. Langjähriges Garantie. Wir bitten um Besichtigung unserer Etablissemments.

### M. Glogau

nur Alte Jakobstr. 73

Ecke Dresdener Strasse.

Keine Filialen.

### C. Wachsmann & Co.

direkt am Weddingpl. Reinickendorferstr. 15 neben der Feuerwache

### Paul Neugebauer Nachfl.

Charlottenburg

Ecke Spielhagenstr. Wilmsdorferstr. 31 Ecke Spielhagenstr.

**Unser Verkaufssystem!** An jedem Gegenstand zwei deutliche Preise:  
**I Teilzahlungspreis und I Kassapreis**

**Unser Verkaufssystem!** An jedem Gegenstand zwei deutliche Preise:  
**I Teilzahlungspreis und I Kassapreis**



Gerichts-Zeitung.

Ein Kampf mit Hundefängern

Bildete die Grundlage einer Anklage wegen Körperverletzung, die die Jangbeamten Albert Holz, Friedrich Gottmannshausen, Walter Kretschmer und Max Sommerfeld vor die fünfte Strafkammer des Landgerichts I führte. Das Schöffengericht hatte feinerzeit folgenden Tatbestand festgestellt: Am 18. Oktober v. J. jagten die vier Angeklagten in der Rehnerstraße hinter einem maul- torblosen Hunde her. Der in der Rehnerstr. 6 wohnende Schant- wirt Westphal, der mit seiner Ehefrau in der Tür seines Lokals stand und der Jagd zusah, rief dabei aus: „Den Hund kriegen sie

doch nicht!“ und als der Hund doch seinen Verfolgern zum Opfer fiel, rief Herr Westphal wiederum: „Nun hat er sich doch fangen lassen!“ Nun traten Gottmannshausen und Holz an Westphal heran und erklärten ihm: „Was willst du Vollgefressener? Was hat der Vollgefressene zu bestellen?“ Dabei stieß der Angeklagte Holz ihn mit der Hand in das Gesicht und schlug ihn mit dem Holzgriff seiner Schlinge eine blutende Wunde am Kopf. Gleichzeitig stürzten auch Kretschmer und Sommerfeld auf Westphal los und schlugen mit den Fäusten verärgert auf ihn ein, daher ohnmächtig wurde. Ein antwortender junger Mann sprang hierauf vor und schloß den zusammenbrechenden W. durch Vorhalten eines Stuhles. Er wurde aber zur Seite gestoßen und die Angeklagten wollten in das Lokal dringen. Als

Frau Westphal sie zurückhalten wollte, erhielt sie von Kretschmer einen Schlag auf den Kopf, so daß ihr das Blut über das Gesicht lief. Sie packte ihn nun, um seine Fest- stellung zu veranlassen, an dem von ihm um den Hals getragenen Schlingengriff, wodurch die Schlinge sich zog. Einer der An- geklagten sprang seinem Kollegen zu Hilfe und es entspann sich ein heftiges Ringen, wobei die blutende Frau W. auf den Straßendamm geschleift wurde. Diesen Tatbestand hat das Schöffengericht als durch die Verweiskaufnahme festgestellt erachtet. Holz wurde zu zwei Monaten, Kretschmer zu sechs Wochen, Sommerfeld zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Gottmannshausen kam mit einer Geldstrafe davon. Die Strafkammer verwarf die Berufung der Angeklagten.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Sonder-Angebot von Sonnabend, den 19., bis Dienstag, den 22. September er. inkl. so lange Vorrat.

Fleischwaren

- Harte Mettwurst . . . . . Pfund 85 Pf.
Mettwurst Braunschweiger Art . . . Pfund 90 Pf.
Westfälische Schlackwurst . . Pfund 1 50
Holsteiner Schlackwurst . . . Pfund 1 05
Holsteiner Schinkenwurst . . . Pfund 1 20

- Prima Kassler Rippespeer . . . Pfund 80 Pf.
Prima Rehblätter . . . . . 1 75 bis 2 25
Prima junge Hühner . . . . . 75 Pf. bis 1 10
Prima Suppenhühner . . . . . 1 80 bis 2 25

- Pökel-Rippchen . . . . . Pfund 65 Pf.
Magerer Speck . . . . . Pfund 75 Pf.
Eisbein (Spitzbein) . . . . . Pfund 25 Pf.
Prima Würstchen . . . . . 3 Paar 25 Pf.
Gekochter Schinken . . . . . 1/4 Pfund 35 Pf.

Kolonialwaren

Table with 3 columns: Item, 1 Pfund, 5 Pfund. Includes Java-Reis I, Java-Reis II, Rangoon-Reis, Viktoria-Erbsen.

Gebrannte Kaffees Mischung IV III II I Pfund 0.90 1.10 1.30 1.50

Unsere Marken sind wegen des vorzüglichen Geschmacks allseitig bekannt. 5 Pfd. gem. Zucker I M.

Table with 3 columns: Item, 1 Pfund, 5 Pfund. Includes Große Linsen, Mittel-Linsen, Kleine Linsen, Langbohnen.

- Deutscher Kakao garantiert rein . . . Pfd. 85 Pf.
Haushalt-Schokolade garantiert rein Pfd. 75 Pf.
Haushalt-Kakes . . . . . Pfd. 45 Pf.

Eigene große Betriebswerkstätten im Hause.

Denken Sie nur

bestimmt daran, bevor Sie Ihre Einkäufe zum Herbst und Winter erledigen, die großen Läger der als reell und gut bekannten Firma

Kottbuser Damm 78 Leske & Lehrer Kottbuser Damm 78

Spezialhaus guter Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß

zu besichtigen. Wir haben unsere Firma mit einer der bekanntesten Engros-Firmen der Herren-Konfektionsbranche verschmolzen und sind dadurch in der angenehmen Lage, dem kaufenden Publikum, unseren Grundsätzen getreu, das denkbar Beste zu außer- gewöhnlich billigen Preisen bieten zu können.

Das Geschäft steht nach wie vor unter persönlicher Leitung unseres Herrn Leske.

Wir bringen eine unerreichte Auswahl in

Herbst-Paletots \* Herbst-Anzügen

Einsegnungs-Anzügen \* Knaben-Paletots \* Knaben-Anzügen.

Unerreicht gross sind unsere Läger in Stoffneuheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung feiner Herrenmoden nach Mass. Sämtliche bei uns bestellten Kleidungsstücke werden unter Leitung erster Meister in eigenen grossen Werkstätten hergestellt. Wir richten die ergebene Bitte an unsere geschätzten Freunde und Gönner, uns Herbstbestellungen recht- zeitig zu übergeben, damit wir in der Lage sind, die uns bestellten Sachen auf das sorgfältigste verarbeiten zu können. Für tadellosen Sitz, bester Verarbeitung nur guter Stoffe und Zutaten übernehmen die weitgehendste Garantie.



W

Unsere Grundsätze:
ir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
ir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
ir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!
Nachdruck
verboten.



78 Kottbuser Damm 78 Leske & Lehrer 78 Kottbuser Damm 78

Spezialhaus eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung, fertig und nach Maß.

Bekleidung für sämtliche Berufe.

4387L\*

Wir verabfolgen unseren werten Kunden am Sonnabend und Sonntag bei Einkauf eines Anzuges oder eines Paletots eine hochfeine Weste gratis!

Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

# Brauerei Friedrichshain

früher Lipps, am Königstor.  
Oekonom: Ernst Liebing.

Heute:

## Bayerisches Keller-Fest Fronten-Feuerwerk.

Anfang 6 Uhr. Entree 25 Pf.

# Berliner Eis-Palast

Lutherstr. 22/24. **Permanente Eisbahn.**  
2000 qm Lauffläche. Von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich von 12 Uhr ab: **Großes Konzert.** Abends 9 u. 10 Uhr: Reigenlaufen und Kunstlaufen der Professionals. Vornehme Restauration. Elegantes Café. — Eintrittspreise: Vormittags 10 bis nachm. 5 1/2 Uhr 75 Pf., nachm. 5 1/2 Uhr an 1 M. Kinder unter 12 Jahren bis 5 1/2 Uhr abends 50 Pf. Abonnements à 20 Bes. zu 22,50 M. Sonntags ab 10 Uhr morg. Entree 1 M., Kinder unt. 12 Jahren 5. 4 Uhr nachm. 50 Pf.

**Wer — Stoff — hat,**  
fertige Herrenanzug 20 M., feinste Zutaten, zwei Knöpfe, für guten Sitz belam goldene Webstoffe. **Ludwig Engel, Brenzlauerstr. 23, 11** (Alexanderplatz). Gegründet 1892. — Reste zu ungünstigen Spottpreisen. Gelegenheitskauf von 5 M. pro Meter an, reine Wolle, neueste Muster. Spezial: Winterpaletot Napoleon nach Maß 30 M. Ein Versuch führt zu dauernder Kundshaft. Ohne Konkurrenz.

## Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129.  
Die schönsten 40962\*  
**Herren-Sommer-Paletots**  
und Anzüge in neu  
sowie speziell  
**Monats-Garderobe**  
von stabileren getragene Sachen,  
sakt neu, für jede Figur passend,  
speziell Bauchanzüge sind in  
großer Auswahl stets zu staunend  
billigen Preisen zu haben.

## Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129.  
Hochbahnhofsstation Kottbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.



## Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung keine  
elegante fertige 18922

## Herren-Garderoben

Wichtig für Recht.  
Anfertigung nach Maass.  
Tadellose Ausführung.

## Julius Fabian,

Schneidermeister,  
Gr. Frankfurterstr. 37, II  
Eingang Straußberger Weg.

**Manoli Abbas**  
Beste 3 Pf. Cigarette.

# Gänse! Gänse!

Gänsefleisch mit Keulen a Pfd. 70 Pf. [157/18]  
Gänseknochenfleisch a Pfd. 40 Pf.  
Gänsekeulen, frisch und gedöckelt. Große geräucherte Gänsekeulen,  
mit und ohne Knochen, a Stück 1—2 M. — Garantiert reines frisches  
Gänsefleisch a Pfd. 1,20 M., sowie sämtliche Gänse-Artikel  
empfehlen täglich frisch

**Hermann Leibner, Berlin C.**  
Klosterstraße 95, Gehaus Raiser-Wilhelm-Straße 11.

# Schleuniger Verkauf grosser Posten

Teppiche, Gardinen, Portieren, Herren-, Damen- und  
Kinder-Konfektion, Kleiderstoffe und Schuhwaren

Wirkliche Gelegenheitskäufe zu nie gekannt billigen Preisen.

## Kinder-Konfektion

Nur einmaliges Angebot	Solange der Vorrat reicht
Ein grosser Posten eleg. garnierter Kinderkleidchen aus modernen Stoffen, 50—100 cm lang	5 <sup>95</sup>
Ein grosser Posten Russenkittel aus reinwoll. Tuch	1 <sup>95</sup>
Ein grosser Posten entzückender Velourkleidchen mit Bordüre und Lack-Örten	2 <sup>95</sup>
ca. 300 Knaben-Pyjaks ganz gefüttert, mit Stickerei und Abzeichen, für 3—9 Jahre	7 <sup>00</sup> 5 <sup>75</sup> 4 <sup>45</sup>
ca. 500 Knab.-Blusen-Anzüge dunkelblau, Kammgarn, Cheviot, ganz gefüttert	6 <sup>95</sup> 5 <sup>95</sup> 4 <sup>95</sup>
ca. 160 Knaben-Winter-Paletots mit Sammetkrägen	6 <sup>45</sup> 4 <sup>95</sup> 2 <sup>95</sup>
Ein Posten Leibchen-Hosen für 3—9 Jahre, solange der Vorrat reicht	95 Pf.
Konfirmanden-Anzüge nur gedieg. Qual. 1 versch. Stoffart.	15 <sup>00</sup> 12 <sup>50</sup> 9 <sup>50</sup>

## Herren-Konfektion

ca. 250 Herren-Jackett-Anzüge in modernen Karos und Streifen, gediegene Verarbeitung	27 <sup>50</sup> 25 <sup>00</sup> 22 <sup>50</sup> 16 <sup>50</sup>
ca. 300 Herren-Herbst- u. Winter-Paletots u. Ulster elegante Saison-Neuheiten	33 <sup>00</sup> 27 <sup>50</sup> 25 <sup>00</sup> 22 <sup>50</sup>
ca. 200 Herren-Winter-Joppen prima Qualität	13 <sup>00</sup> 11 <sup>50</sup> 9 <sup>75</sup> 7 <sup>50</sup>
ca. 350 Herren-Stoff-Beinkleider dauerhafte Strapazier-Hosen	2 <sup>80</sup>
ca. 500 Herren-Phantasie-Westen entzückende Neuheiten zum Anschauen	1 <sup>95</sup>

## Teppich-Abteilung

Prima Velour ca. 150/200	12 <sup>50</sup>	Plüsch-Teppich B 150/200	9 <sup>95</sup>
Prima Velour ca. 165/240	21 <sup>50</sup>	Plüsch-Teppich B 165/230	17 <sup>25</sup>
Prima Velour ca. 200/300	32 <sup>75</sup>	Plüsch-Teppich B 200/300	23 <sup>50</sup>
Prima Velour ca. 250/350	56 <sup>50</sup>	Plüsch-Teppich B 250/350	31 <sup>75</sup>
Plüsch-Teppich K ca. 180/200	13 <sup>75</sup>	Plüsch-Teppich K 200/315	43 <sup>50</sup>
Plüsch-Teppich K ca. 165/225	22 <sup>50</sup>	Plüsch-Teppich K 250/330	54 <sup>75</sup>
Plüsch-Teppich K ca. 200/300	34 <sup>25</sup>		

## Damen-Konfektion

ca. 250 Kostüme aus reinwoll. Cheviot u. prima Tuchen, beste Verarbeitung u. Ausführung, zum Teil auf Seide, Wert bis 42,00, jetzt	19 <sup>75</sup>
ca. 150 Kostüme moderne Fassons, Schneiderarbeit, auf Seide, Wert bis 55,00, jetzt	34 <sup>00</sup>
ca. 300 Paletots durchweg aus prima engl. Stoffen, auf Seide, Wert bis 48,00, jetzt	19 <sup>75</sup>
ca. 450 Paletots aus besten karierten und gestreiften Phantasiestoffen, Wert bis 25,00, jetzt	8 <sup>45</sup>
ca. 450 Kostümröcke aus guten Chevrots u. anderen Stoffen in div. Ausführungen, Wert bis 20,00, jetzt	6 <sup>85</sup> und 4 <sup>95</sup>

## Nur einmaliges Angebot!

ca. 200 Jacketts aus reinwollenen Tuch, zum Teil auf Seide und elegantest. Ausführung, Wert bis 30,00, jetzt	6 <sup>75</sup>
--	-----------------

## Schuhwaren

ca. 300 Pr. Damen-Knopf-Stiefel Gr. 35—38, prima Boxcalf und Chevr., zum Teil Goodyear-Welt	4 <sup>45</sup>
ca. 600 Pr. Damen-Schnür-Stiefel mit und ohne Lackkappe	4 <sup>95</sup>
ca. 400 Pr. Damen-Schnür-Stiefel prima Boxcalf und Chevreux	6 <sup>95</sup>
ca. 300 Pr. Herren-Strapazier-Stiefel	2 <sup>95</sup>
ca. 250 Pr. Herren-Schnür-Stiefel prima Boxcalf	6 <sup>95</sup>
ca. 300 Pr. Kinder-Stiefel Grösse 31—35	4 <sup>95</sup>
ca. 300 Pr. Kinder-Stiefel Grösse 27—30	3 <sup>95</sup>
ca. 500 Pr. Leder-Hausschuhe für Damen mit warmem Futter	1 <sup>95</sup>

## Gardinen und Portieren

Englische Tüll-Stores	3 <sup>25</sup> 2 <sup>75</sup> 1 <sup>95</sup>
Englische Tüll-Bettdecken	3 <sup>85</sup> 2 <sup>45</sup> 1 <sup>95</sup>
Englische Tüll-Gardinen Fenster	4 <sup>25</sup> 2 <sup>75</sup> 1 <sup>45</sup>
Erbstüll-Stores mit Volant	9 <sup>50</sup> 6 <sup>75</sup> 4 <sup>95</sup>
Spachtel-Stores mit schöner Applikation	7 <sup>75</sup> 5 <sup>50</sup> 2 <sup>95</sup>
Erbstüll-Bettdecke für 2 Betten	15 <sup>50</sup> 12 <sup>25</sup> 8 <sup>75</sup>
Läuferstoff-Mottlet	2 <sup>85</sup>
Läuferstoff-Bouclé	1 <sup>95</sup>
Plüschdecke mit reicher Stickerei	5 <sup>25</sup>
Filztuch-Garnitur (3 Shawis und 1 Lambrequin) mit Applikation und Stickerei	2 <sup>95</sup>
Diwandecke schwere Qualität, swaiselrig	8 <sup>75</sup>
Diwandecke	3 <sup>95</sup>

## Kleiderstoffe

Reinwollene Kostümstoffe als Diagonal, Chevrons oder Tuch bis 140 cm breit Meter	1 <sup>95</sup>	Ein Post. mod. Kleiderstoffe doppeltbreit, Wert M. 1,55 . . . . . jetzt Meter	95 Pf.	Reinseidene Blusenstoffe Schotten und Streifen, Wert bis M. 2,50 . . . . . jetzt Meter	1 <sup>95</sup>
--	-----------------	---	--------	--	-----------------

# Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

König-Strasse 33 vormals Pfingst & Co. König-Strasse 33